



Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,  
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

51. Jahrgang  
1|2024

## ***Geschichtlich bedingte Gegenwartsarbeit...***

**Jubiläumsausgabe zum 50jährigen  
Bestehen der Zeitschrift  
Die alte Stadt / Forum Stadt**



Forum Stadt  
Verlag

Herausgegeben von Hans Schultheiß



## Vierteljahrszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.«  
in Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,  
Matthias Klopfer, Hans-Rudolf Meier, Elisabeth Merk und Jürgen Reulecke

### **Redaktionskollegium:**

*Hans Schultheiß* (Chefredakteur)

*Prof. Dr. Dietrich Denecke*, Universität Göttingen,  
Geographisches Institut

*Prof. Dr. Andreas Gestrich*, Trier,  
Historisches Institut

*Dr. Robert Kaltenbrunner*, Bonn und Berlin,  
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

*Prof. Dr. Klaus Jan Philipp*, Universität Stuttgart,  
Institut für Architekturgeschichte

*Dr. habil. Olaf Schnur*, Berlin, vhw Bundesverband  
für Wohnen und Stadtentwicklung

*Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning*, Bauhaus-Universität  
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

*Prof. Dr. Dieter Schott*, TU Darmstadt,  
Institut für Geschichte

*Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp*, Hochschule  
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

### **Redaktionelle Zuschriften**

und Besprechungsexemplare werden an die  
Redaktionsadresse erbeten:

Email: [hans.schultheiss@email.de](mailto:hans.schultheiss@email.de)

Forum Stadt

Postfach 100355

73728 Esslingen

Website: [www.forum-stadt.eu](http://www.forum-stadt.eu)

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-  
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden  
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

### **Erscheinungsweise:**

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

### **Bezugsbedingungen:**

Jahresabonnement EUR 102, - Einzelheft EUR 26, -  
Vorzugspreis für Studierende EUR 64, -  
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,  
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des  
Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres  
erfolgen und müssen bis zum 15. November des lau-  
fenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder der Re-  
daktion eingegangen sein.

### **Vertrieb:**

Südost Service GmbH  
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen  
Fax +49 (0) 8581 - 9605-754  
E-mail: [info@suedost-service.de](mailto:info@suedost-service.de)

### **Verlag:**

Forum Stadt Verlag (FStV)  
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart  
E-mail: [forumstadtverlag@email.de](mailto:forumstadtverlag@email.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht un-  
bedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und  
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge  
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-  
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung  
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-  
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche Ver-  
lagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts.  
Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Her-  
stellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung  
in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung  
online und offline. Alle in dieser Zeitschrift veröffentlic-  
hten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil der  
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheber-  
rechts ohne schriftliche Genehmigung in irgendeiner Form  
reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von  
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertra-  
gen werden.

© 2024 Forum Stadt e.V., Esslingen  
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-  
jahrszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziolo-  
gie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter  
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Inhalt 1/2024

# ***Geschichtlich bedingte Gegenwartsarbeit...***

***Jubiläumsausgabe zum 50jährigen Bestehen  
der Zeitschrift Die alte Stadt / Forum Stadt***

Herausgegeben von Hans Schultheiß

## ***Grußwort***

*Matthias Klopfer*, Geschichtlich bedingte Gegenwartsarbeit... 5

## ***Abhandlungen***

### ***Klaus Jan Philipp***

Das Historische als Kontinuum ..... 9

### ***Hans-Rudolf Meier***

Die Beiträge zur Denkmalpflege in der Zeitschrift  
Die alte Stadt / Forum Stadt – Themen und Debatten ..... 19

### ***Uwe Altröck***

Großsiedlungen in der Zeitschrift Die alte Stadt / Forum Stadt ..... 33

### ***Harald Bodenschatz***

Die autogerechte Stadt: rascher Siegeszug und langer Abschied ..... 49

### ***Tilman Harlander***

Die Beiträge zum Nationalsozialismus in der Zeitschrift  
Die alte Stadt / Forum Stadt ..... 67

### ***Carina Thomas***

Flächensanierung und soziale Stadterneuerung. Die „Aktion  
Maxvorstadt“ im Ringen um den Erhalt ihres Stadtviertels ..... 89

## ***Forum***

### ***Hans Schultheiß***

Wegmarken einer städtischen Arbeitsgemeinschaft ..... 109

***Autorinnen / Autoren*** ..... 126

---

**Abb. Umschlag:**

Osterstraße in Hameln nach der Sanierung, 1979.

Zeichnung: *Hansjochen Jahnke*; aus: *Die alte Stadt 7* (1/1980), S. 109.

---

**Hinweis zu geschlechtergerechter Sprache aus Gründen der Lesbarkeit:**

Sämtliche personenbezogenen Bezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

## „Geschichtlich bedingte Gegenwartsarbeit...“

### Grußwort von Matthias Klopfer

Oberbürgermeister der Stadt Esslingen am Neckar  
und Erster Vorsitzender von Forum Stadt –  
Netzwerk historischer Städte e.V.



In seinem Geleitwort zur ersten Ausgabe dieser Zeitschrift vor 50 Jahren, damals noch mit dem Titel „Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege, schrieb Karl Ravens, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: „Die ‚fertige‘ Stadt gab es nie. Sie wird es nie geben“. Damit umriss er einen kommunalen Dauerauftrag, dem sich fortan insbesondere historische Städte zu stellen hatten. Sanierungsbedürftige Bausubstanz, vielfache Kriegszerstörungen und Eingriffe der autogerechten Stadt bedrohten nicht nur das Gesicht dieser Städte, bauliche Zeugnisse unser Vorfahren, sie schädigten auch die Lebensumwelt ihrer Bewohner.

Mitherausgeber dieser ersten Ausgabe war Alexander Mitscherlich, der 1965 mit seiner Schrift über „Die Unwirtlichkeit der Städte“ nicht nur die Fachwelt wachgerüttelt hatte. „Es stand nicht gut um die alte Stadt, sie hatte keine Lobby“, berichtete Otto Borst einmal rückblickend. Und so war es geradezu zukunftsweisend, dass sich bereits fünf Jahre vor Mitscherlichs Schrift historische Städte im Jahre 1960 in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten. Ein kommunales Netzwerk, das bis heute besteht und 1975 mit dieser Zeitschrift eine Verbindung zur Wissenschaft hergestellt hatte. Kommunale Praxis und wissenschaftliche Erkenntnisse sollten sich Hand in Hand den drängenden Altstadtfragen zuwenden.

50 Jahre können eine lange Zeitspanne sein. Im Gründungsjahr der Zeitschrift 1975 dürften sich die allerwenigsten unter uns mit dem Gedanken beschäftigt haben, dass noch nicht einmal geplante Bauwerke heute bereits unter Denkmal-

schutz stehen. Gerd Albers, anerkannter Nestor der deutschen Stadtplanung und Stadtplanungsgeschichte und ebenfalls langjähriger Mitherausgeber hatte mit seinem historischen Verständnis diese Möglichkeit schon damals in Betrag gezogen. „Geschichtlich bedingte Gegenwartsarbeit, die in die Zukunft weist“ – so umriss auch schon Erhard Schrempp, Bürgermeister der Stadt Gengenbach und 1960 Mitbegründer unserer Arbeitsgemeinschaft das weite Aufgabenfeld kommunaler Arbeit.

Ich danke dem Historiker Hans Schultheiß, der das Amt des Chefredakteurs unserer Zeitschrift seit 38 Jahren bekleidet, für die Herausgabe dieses Jubiläumsbandes und seinen historischen Abriss von Verein und Zeitschrift. Ebenso gilt mein Dank Uwe Altrock, Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Hans Rudolf Meier und Klaus Jan Philipp, den Autoren dieses Jubiläumsbandes, ausgewiesene Wissenschaftler in den Disziplinen der Zeitschrift und langjährige Wegbegleiter von Forum Stadt – sei es als Autoren, Mitherausgeber oder wissenschaftliche Kuratoren unserer Internationalen Städtetagen. Sie haben sich der Aufgabe gestellt, im Spiegel unserer Zeitschriftenbeiträge die Entwicklungen der letzten 50 Jahre zu beschreiben und zu analysieren. Spannender Lesestoff gewiss – in unseren Mitgliedsstädten und den wissenschaftlichen Instituten ebenso wie für unsere Abonnenten und einen Leserkreis darüber hinaus.

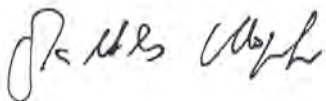
Seit dem Jahr 2005 vergibt unsere Arbeitsgemeinschaft den „Otto-Borst-Preis“ als Preis für Stadterneuerung und als Wissenschaftspreis. Der Name erinnert an den Historiker Otto Borst, Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft, langjähriger Geschäftsführer und Herausgeber der Zeitschrift. Unser Wissenschaftspreis fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs in unseren Fachgebieten Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung. Und daher ist es mir eine besondere Freude, dass Carina Thomas, für ihre Masterarbeit ausgezeichnet mit dem Otto-Borst-Preis 2023, ebenfalls in dieser Ausgabe vertreten ist. Ihr Beitrag über die Entwicklung der Münchner Amalienpassage aus der zeitgenössischen Perspektive der 1960er und 1970er Jahre zeigt exemplarisch, dass sich damals auch in der Bevölkerung Protestbewegungen gegen Abbrüche von historischer Bausubstanz formierten und eine maßgebliche Rolle spielten.

In seinem Vorwort zur Erstausgabe der Zeitschrift betonte Eberhard Klapproth, Oberbürgermeister der Stadt Esslingen und damals Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, dass historische Forschung und ihre Erkenntnisse immer auch „auf soziale Zwecke beziehbar“ sein müssen. Es schloss mit den Worten: „Diese Zeitschrift hat ihre unmittelbare, ihre soziale Verankerung. Darin liegt das Schöne, aber auch die Schwere ihrer Aufgabe.“

Nicht zuletzt ist es gerade auch diese soziale Verankerung, die mich als Kommunalpolitiker überzeugt hat, das Amt des Ersten Vorsitzenden von meinem Vorgänger, dem Esslinger Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger, zu übernehmen. In der Ausgabe 1/2011 hat er anlässlich der 50jährigen Bestehens unserer Arbeitsgemeinschaft das „Erfolgsmodell historische Stadt“ umrissen, welches es nun in die Zukunft fortzuschreiben gilt. Mit vielen neu hinzugekommenen Aufgaben und Herausforderungen. Konfrontiert mit den Auswirkungen des Klimawandels wird das Thema der Nachhaltigkeit mit an erster Stelle stehen: klimaneutrale Energieversorgung, ressourceneffiziente Bauweise, umweltfreundliche Mobilität und das Schaffen lebenswerter und ökologisch verträglicher Stadträume. Immer drängender auch im Zusammenhang mit allen Migrationsfragen die Förderung von sozialer Integration und bezahlbarem Wohnraum oder angesichts der digitalen Transformationen die Modernisierung unserer städtischen Dienstleistungen und Wirtschaftsunternehmen.

Teilen Sie mit mir die große Zuversicht, dass unsere Arbeitsgemeinschaft „Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V. im Verbund mit ihrer Zeitschrift auch auf diese Aufgaben wieder Antworten finden wird – zum Wohle unserer historischen Städte!

Ihr



Matthias Klopfer

Esslingen, im März 2024

# Zeitschrift für Stadtgeschichte Stadtsoziologie und Denkmalpflege

In Verbindung mit  
Hans Herzfeld  
Rudolf Hillebrecht und  
Alexander Mitscherlich  
herausgegeben von  
Otto Borst

Verlag W. Kohlhammer  
1. Jahrgang

1/74

Aus dem Inhalt:

Cord Meckseper,  
Berlin  
Stadt, Bild, Denkmal  
und Geschichte  
Adolf Laufs,  
Heidelberg  
Die Reichsstädte  
auf dem Regensburger  
Reichstag

Heinrich Rubner,  
Regensburg  
Deutsche Unterschichten  
im 18. Jahrhundert  
Hans Koepf,  
Wien  
Stadtqualität  
Heide Berndt,  
Frankfurt  
Stadtplanung und  
städtische Anonymität  
Hans Breidenstein,  
Kempten  
Stadsanierung  
und Bürgerbeteiligung  
Rainer Joß,  
Esslingen  
»Stadt« im Unterricht

Erstausgabe 1/1974 der Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege.

---

## Das Historische als Kontinuum

Das Jahr 1984, das George Orwell für seine gleichnamige Dystopie wählte, war entgegen Orwells Mutmaßung ein Jahr, das sich – im Bereich von Städtebau und Architektur – ganz einer heilen Welt, dem Historischen und Schönen zuwendete. Gerd Albers Aufsatz „Über den Rang des Historischen im Städtebau“,<sup>1</sup> der den Mittel- und Ankerpunkt des folgenden Rückblicks bildet, steht mitten in dieser Debatte um das Historische, vielleicht auch um die Möglichkeit einer (wieder) schönen Stadt: Am 9. März 1984 wurde in Stuttgart die von James Stirling, Michael Wilford & Associates entworfene und gebaute Staatsgalerie eröffnet; der Bau war sehr umstritten, die Modernen sahen sich und die moderne Architektur verraten. Zitate historischer Architektur, die Verwendung von gleichsam historischen Materialien wie Travertin und Sandstein sowie die Bezugnahme auf die städtebauliche Situation machten die Staatsgalerie jedoch zu der Inkunabel postmoderner Architektur in Deutschland.



**Abb. 1,2: Staatsgalerie Stuttgart**, eröffnet 1984 (li.) und **Turm der Musikhochschule Stuttgart**, fertiggestellt 1996 (re.); postmodernes Bauensemble der britischen Architekten James Stirling und Michael Wilford; Fotos: H. Schultheiß, 2023.

1 G. Albers, Über den Rang des Historischen im Städtebau, in: Die alte Stadt 11 (3/1984), S. 214-225.

In der am 1. Juni 1984 erfolgten Eröffnung des Deutschen Architekturmuseums in Frankfurt am Main kam die Staatsgalerie zwar nicht vor, dafür jedoch zahlreiche internationale Beispiele solcher postmoderner Architektur, die in der Ausstellung unter dem durchaus provokant gemeintem Titel „Revision der Moderne“ vom Gründungsdirektor des Museums, Heinrich Klotz, zusammengestellt worden waren. Wie Klotz im Katalog schrieb, war das Thema „heiß umstritten“, machte sich doch seit einiger Zeit eine internationale Bewegung auf den Weg, die „Vereinfachungsdogmen“ der Moderne auf den Prüfstand zu stellen zugunsten einer Architektur, die sich durchaus wieder zum „schönen Schein“ und letztlich auch zu ihrer historischen Herkunft bekenne.

Die vom 10.-13. Mai 1984 in Trier durchgeführte Internationale Städtetagung des Vereins „Die alte Stadt“, der Vorgängerin von „Forum Stadt“ war ebenfalls dem Historischen, nämlich dem Thema „Stadterbe und Stadtzukunft“ gewidmet. Der Fokus der Tagung lag auf dem Historischen, den Typen und Wandlungen der Altstädte und dem architektonischen und gesellschaftlichen Umgang mit der historischen Stadt insbesondere den Stadtkernen. Albers Plenarvortrag „Über den Rang des Historischen im Städtebau“ spricht freilich nicht über die Staatsgalerie oder das Architekturmuseum, steht aber natürlich in diesem Zusammenhang, dem man 1984, sobald es um Architektur und Stadtplanung ging, gar nicht ausweichen konnte.

Aber nicht nur das Jahr 1984 war für den Verein „Die alte Stadt“ ein Jahr, in dem Geschichte und das „Historische“ schlechthin im Zentrum standen, denn Verein (Arbeitsgemeinschaft) wie Zeitschrift hatten sich neben Stadtsoziologie und Denkmalpflege, der Stadtgeschichtsforschung verpflichtet. Das erste Heft der Zeitschrift von 1974 beginnt deshalb nicht von ungefähr mit einem langen, tiefgründigen und sehr gut informierten Aufsatz von Cord Meckseper, der gerade auf dem Sprung von Berlin nach Hannover war. In Berlin war er an der Hochschule der Künste Professor für Geschichte, Theorie und Kritik der Architektur Nachfolger von Julius Posener. In Hannover bekleidete er für 25 Jahre bis 1999 die Professur für Bau- und Kunstgeschichte. Meckseper hatte Architektur studiert, war in Stuttgart mit einem stadtbaugeschichtlichen Thema promoviert worden und habilitierte sich dort 1970 für das Lehrgebiet Stadtbaugeschichte. Anders als Gerd Albers, der sehr viel in der Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft publizierte, engagierte sich Meckseper nur gelegentlich.

Der Aufsatz benennt jedoch mit „*Stadtbild, Denkmal und Geschichte*“<sup>2</sup> drei zentrale Stichworte des Selbstverständnisses des Vereins und ist in dieser Hinsicht vielleicht gar als Programmschrift zu verstehen. Irritierend für den heutigen Leser ist der Untertitel „Zur Funktion des Historischen“, der offensichtlich semiotischem

2 C. Meckseper, *Stadtbild, Denkmal und Geschichte. Zur Funktion des Historischen*, in: *Die alte Stadt* 1 (1/1974), S. 3-22.

Denken verpflichtet ist, letztlich jedoch nur meint, wie Geschichte oder geschichtliche Prozesse in den Städten sicht- und erlebbar sind. Dies bezieht sich nicht nur auf das Stadtbild an sich, sondern ist auf allen Maßstabsebenen gleich wirksam. Deutlich steht der Aufsatz Mecksepers in Zusammenhang mit dem kurz bevorstehenden Europäischen Denkmalschutzjahr 1975, für dessen Erfolg in Deutschland nicht zuletzt auch das Städtebauförderungsgesetz von 1971 verantwortlich war. Meckseper jedenfalls konstatiert schon 1974, dass es unter Architekten und Stadtplanern geradezu zu einer „Stadtgestaltungseuphorie“ gekommen sei, die jedoch schnell an Grenzen stieß. Denn obgleich ja Stadtgestaltung stattfand, sieht Meckseper eine „Unsicherheit gegenüber dem Problemkomplex ‚Geschichte‘. „Dies ginge so weit, dass sich „Planungsgutachten und Stadtbildanalysen [...] in der Regel ihre umfangreichen Aufnahmen und Kartierungen ahistorisch auf rein formalästhetische Merkmale [beschränken] und [...] Bedeutungsgehalte, die auf Geschichtliches verweisen, unberücksichtigt [lassen].“ Dabei hat er angesichts der grassierenden „Nostalgiewelle“ die Gefahr vor Augen, dass „eines Tages eine Vielzahl von Altstädten auf das gleiche Klischee von ‚Mittelalter‘ [...] hin restauriert sind und deren Formen von Stadt zu Stadt austauschbar sind.“ Ein Greuel ist ihm „spitzweghaft pseudomittelalterliche Winkelidylle“. Deshalb will er in seinem Aufsatz Begriffe wie Stadtgestalt, Denkmal und Geschichte, in ihren gegenseitigen Bezügen eingehend beleuchten und die Frage stellen, inwieweit „die räumlich dingliche, d. h. formale Struktur unser Umwelt Ergebnis historischer Prozesse“ sei.

Ergänzt wird diese Hauptfrage durch weitere Fragen, die nicht immer gewinnbringend scheinen, so etwa wenn gefragt wird, „inwieweit räumlich architektonische Form bereits ihrerseits auf Historisches verweist und damit Geschichte repräsentiert“ oder „inwieweit die zeitliche Dimension unserer Umwelt auf der Seite des Umweltrezipienten in Erfahrung über Zeitliches eingeht.“ Wichtig aber ist, dass Meckseper den Objektbereich „in seiner ästhetischen und seiner räumlichen Orientierungsfunktion“ ausweitet und auch scheinbar beiläufige Gestaltelemente wie „Straßenbeläge, Bordsteinkanten, Zäune, Straßenschilder, Bäume u.s.w.“ mit in die Betrachtung inbegriffen sehen will. Eine vollständige Bestandsaufnahme des Historischen könne jedoch nur noch interdisziplinär erfolgreich sein. Es müsse dabei darauf geachtet werden, dass Geschichte nicht als „Rezeptreservoir zur Lösung von Gegenwartsproblemen“ missbraucht würde. Vielmehr müsse man vor ahistorischem Denken und enthistorisierten Handeln gewarnt werden: „Es kann nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, daß es bei allen Bemühungen um die Revitalisierung historischer Siedlungsstrukturen zuerst darum gehen muß, allein die deren jeweilige Individualität bestimmenden geschichtlichen Kräfte als solche zu erkennen, freizulegen und aus ihnen allein heraus Konzeptionen für eine echte Weiterentwicklung abzuleiten.“

Deutlich spricht aus solchen Mahnungen der charmante Eifer der Überzeugung, dass tatsächlich der Zeitpunkt gekommen sei, an dem sich die Dinge zu verändern beginnen und Stadterneuerung nicht gleichzusetzen sei mit Stadterstörung. Das Denkmalschutzjahr 1975, das sich ja auch dem ländlichen Raum, den Dörfern, Klein- und Mittelstädte zuwandte und die folgenden Jahre, die im Zeichen postmoderner Architektur „Neues Bauen in alter Umgebung“ – so der Titel einer Münchner Ausstellung von 1978 – propagierte, schufen ein Umfeld, das für den Umgang mit dem „Historischen“ mehr und mehr sensibilisiert war. Neben den zu Beginn erwähnten Ereignissen des Jahrs 1984, könnten hier auch die historischen, im Mittelalter spielenden Romane „A Distant Mirror: The Calamitous 14th Century“ von Barbara Tuchmann (1978) und der Welterfolg „Il nome della rosa“ von Umberto Eco (1980) genannt werden, die ein breites Publikum erreichten. Gewiss wird auch Gerd Albers zu den Lesern dieser Romane gehört und in deren historischen Reflexionen vielleicht auch seine eigenen Gedanken „Über den Wandel der Wertmaßstäbe im Städtebau“ – so der Titel seiner Promotion von 1957 – wiedergefunden haben. Er galt nicht nur wegen dieser Qualifikationsschrift, sondern auch wegen seiner praktischen Tätigkeit als Stadtplaner als „einer der besten Kenner, wenn nicht als Begründer der Geschichte des Städtebaus und der Stadtplanung in Deutschland“, wie Erika Spiegel in ihrer Laudatio zu Albers 90. Geburtstag im Jahr 2009 schrieb.<sup>3</sup>

In seinem zu Beginn bereits angesprochenen Aufsatz „Über den Rang des Historischen im Städtebau“ fällt gegenüber dem zehn Jahre älteren Aufsatz von Meckseper auf, dass das „Historische“ nicht mehr als eine „Funktion“ definiert wird, die auf das Stadtbild einen Einfluss haben kann, sondern sie besitzt für Albers einen „Rang“, ist also in eine Position gerückt, an der über ihre Selbstverständlichkeit nicht mehr verhandelt werden muss. Dennoch betont Albers, dass der Rang des Historischen im Städtebau das „Konzept einer Wertordnung“ voraussetzt, „in dem das Element des Historischen einen bestimmten, als ihm angemessen angesehenen Platz einnimmt.“ Da die meisten europäischen Städte eine jahrhundertelange Geschichte besitzen, würde sich diese Wertordnung kontinuierlich wandeln – die Stadtstruktur und die Bauten jedoch überdauerten diesen Wandel. So werde die Stadt zu einem Palimpsest. Bis ins frühe 19. Jahrhundert habe sich Stadt so entwickelt, dass man alles beließ, was zu gebrauchen war und nur dann in die Stadtgestalt eingegriffen, wenn etwa Brandkatastrophen einen Neubeginn erzwangen. Mit der Entstehung der Denkmalpflege als staatlicher Institution zeitgleich mit der Industrialisierung und den negativen Folgen für den Altbestand, änderte sich dieser Zustand massiv. Albers geht gar soweit, dass er die Hinwendung zu einem „historisierenden Eklektizismus“

3 Vgl. E. Spiegel, Gerd Albers zum 90. Geburtstag, in: Die alte Stadt 36 (4/2009), S. 411-414.

in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als „Alibi für die Beseitigung der echten historischen Substanz“ interpretiert. Hier scheint sein modernes Denken, das er bei Ludwig Hilberseimer und Ludwig Mies van der Rohe in den USA kennen und schätzen lernte, deutlich auf. Doch er muss beobachten und eingestehen, dass die Moderne (Zeilenbau, Solitäre) in Misskredit geraten sei: Vor allem auch wegen ihrer „Geschichtsverachtung, ihrer Geschichtslosigkeit“. Es zeugt von Albers Weitblick, wenn er im Folgenden vorhersieht, dass die derzeitige Kritik an Architektur und Städtebau der Nachkriegszeit auch wieder umschlagen wird und Bauten der 1950er Jahre als geschichtliche Zeugnisse gewertet, „vielleicht sogar geschätzt werden können.“ Die denkmalpflegerische Aufarbeitung der Bauten der 1950er Jahre begann um 1990! Doch ist für Albers der Erfolg der Denkmalpflege vielleicht ein zu großer Erfolg: Schwerfallen würde ihm der Gedanke, „die Denkmalpfleger könnten einmal das Märkische Viertel in Berlin gegen die Abrißgelüste fortschrittlicher Stadtplaner als ein wichtiges Dokument der sechziger Jahre verteidigen wollen.“ Auch hier sollte die Prophezeiung Albers' eintreffen; seit Beginn der 2000er Jahre stehen die Bauten der 1960er und 1970er Jahre auf der Agenda der Stadtplaner, auch in den Mitgliedsstädten von Forum Stadt.

Womit Albers nicht leben will und was ihm wie auch schon Cord Meckseper zuwider war, war die „Anbiederung der Formensprache an historische Architektur und Stadtgestalt.“ Diesen Aspekt führt er im Verlauf des Aufsatzes weiter aus, betont aber zunächst welche Maßstäbe bei der Beurteilung des Rangs des Historischen innerhalb einer Stadt beachtet werden müssten: Es ginge nicht nur um die historischen Einzelgebäude im Zentrum, sondern auch um Gebäudegruppen, Straßenzüge oder ganze Stadtquartiere, samt der Abfolge von Platz- und Straßenräumen. Durch alle diese Faktoren, würde Geschichte spürbar!

Wie aber geht man am besten mit dem Bestand um, wie kann er lebendig erhalten, wie aktuellen Bedürfnissen angepasst werden. Albers definiert drei Hauptziele der Stadtentwicklungspolitik, die miteinander in Einklang gebracht werden müssten:

- ▷ „die Erhaltung der Substanz: ein denkmalpflegerisch-kulturelles Ziel,
- ▷ Die Verbesserung der Funktion im Stadtgefüge: ein stadtwirtschaftliches Ziel,
- ▷ Die Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Bewohner: ein sozialpolitisches Ziel.“

Dafür Sorge zu tragen, dass die Ziele auf jeder Maßstabsebene vom Einzelgebäude bis zum historisch geprägten Quartier erreicht werden können, ist ein hehres Vorhaben, von dem auch Albers weiß, dass es nicht immer gelingen kann. Aber er weiß, dass die „Kernprobleme [...] bei der strukturellen Planung für die Stadt in ihrer Gesamtheit“ liegen und er weiß auch, dass bereits 1930 der Hamburger Oberbaudirektor Fritz Schumacher genau diese Problematik beschrieben hat, die auch für Klein- und

Mittelstädte zuträfe. Kaum wird ein in vorindustrieller Zeit entstandener Stadtkern in seinen Baulichkeiten den heutigen Ansprüchen gerecht werden können. Stadterneuerung wird also immer abwägen müssen zwischen Erhaltung von Struktur und Substanz historischer Bauten und städtebaulichen Qualitäten und der Einordnung solcher Maßnahmen in das gesamte Stadtgefüge. Der Erfolg einer Stadterneuerung wird daran gemessen werden müssen, wie diese Punkte miteinander in Einklang gebracht werden. Ohne Kompromisse wird es dabei nicht zugehen können, Regelwerke werden nicht alles klären können – Albers schlägt deshalb eine nicht mehr verhandelbare Position vor und schreibt: „Im Hinblick auf die Qualität des geschichtlichen Erbes ist alles das abzulehnen, was darauf angelegt ist oder dazu angetan ist, den Betrachter über historische Echtheit zu täuschen.“

Es wäre gewiss nicht falsch, diesen Satz als den hippokratischen Eid und kategorischen Imperativ der Stadtplaner und Stadtplanerinnen, die im historischen Bestand planen und bauen, aufzustellen. Allerdings wurde Albers nicht überall gehört; Zwar glaubte er, dass die um 1984 bestehende Hochschätzung des Bestehenden und des Historischen nicht unbedingt von Dauer sein müsse. Zudem sei sie durch Übertreibungen gefährdet. „Solche Übertreibungen finden sich vor allem in der gedankenlosen Vermarktung von Nostalgie und ‚Altstadtlook‘, in der Kommerzialisierung einer Talmi-Historie, die den unausweichlichen Überdruß an ihr schon voraussehen läßt. Die Qualität des Historischen in unseren Städten sollte uns zu wertvoll sein für solche Anbieterung.“ Leider aber hat Albers hier die Suche nach einer heilen „historisch“ geprägten Welt durch weite Teile der Bevölkerung unterschätzt. Das Berliner Stadtschloss, das neue „historische“ Frankfurt, die Rekonstruktionen in Potsdam und andernorts zeugen leider davon, dass Albers' Worte von 1984 von den Entscheidern der letzten 30 Jahre nicht gehört worden sind.

Cord Meckseper und Gerd Albers waren einschlägig als Architekten, Architekturhistoriker und Stadtgeschichtsforscher ausgewiesen; sie waren sowohl bestens über die geschichtliche Entwicklung von Städten als auch über die aktuellen architektonischen Strömungen informiert. Das galt freilich nicht für alle Mitglieder von „Die alte Stadt“ und ebenso wenig für die Leserschaft der Zeitschrift. Diese Vorbeurteilung ist deshalb wichtig, da die Zeitschrift im vierten Heft 1985 zwei Aufsätze von Erika Spiegel (1925-2017) und Hans Paul Barth (1918-1994) eine Stadtsoziologin und einen Soziologen zu Wort kommen ließ und zwar zu geschichtlichen Themen. Spiegel schrieb über „*Nachmoderne Architektur – Über die Umwandlung von Geschichte in Gegenwart*“.<sup>4</sup> Als „nachmodern“ bezeichnete sie die aktuelle Architektur,

4 E. Spiegel, *Nachmoderne Architektur. Über die Umwandlung von Geschichte in Gegenwart*, in: *Die alte Stadt* 12 (4/1985), S. 351-368.



**Abb.3: Hühnermarkt in der Frankfurter Altstadt, 1903;**

Quelle: *Fritz Rupp*, Bilder aus dem alten Frankfurt am Main. Nach der Natur, Frankfurt a.M. 1896-1911.

---



**Abb.4: Neuer „historischer“ Hühnermarkt;**

Rekonstruktion 2014-2018.  
Foto: H. Schultheiß, 2019.

---

um den Begriff „postmodern“ zu vermeiden, da dieser eher negative Assoziationen auslösen würde. Das wäre deshalb bedauerlich, da die „Postmoderne“ noch nicht die Zeit und Gelegenheit gehabt habe, „ihre experimentelle Phase zu überwinden und ein eigenes Verhältnis zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu finden.“ Wichtig ist ihr die Zeitgenossenschaft der Architektur, die ein neues Verhältnis zur Geschichte aufgebaut habe und auch ein neues Verhältnis zur Zukunft. Diese sei ihr entschwunden: Lächerlich angesichts der gebauten Wirklichkeit sei die „Zukunftsbessenheit der klassischen Moderne, der messianische Glaube, daß es die Aufgabe, wenn nicht die Berufung der Architektur wäre, eine wahrhaftigere, bessere, schönere, menschlichere Zukunft herbeizubauen.“ Spiegel weist von sich, dass Gegenwart „affirmativ“ sein müsse; stattdessen formuliert sie wundervoll: Man habe erkannt, „daß die Architektur, von der die Architekten wollen, daß der Mensch sie wollen

soll, keineswegs die Architektur ist, die die Menschen wirklich wollen.“ So gesehen ist der Mensch nicht mehr nur Objekt, sondern wird Subjekt der Architektur, „auch und gerade, wenn sie Kunst ist.“ Wenn die Postmoderne letztlich auch nur eine Phase der modernen Architektur geblieben ist, wie viele andere Phasen vor und nach ihr, so gelingt es Erika Spiegel in ihrem Aufsatz auf sehr eingängige, dabei nicht minder wissenschaftliche Weise, eine Bresche zu schlagen für eine Architektur, die, wegen ihres semiotischen Anspruchs eine „sprechende“ Architektur zu sein und somit den Nutzer wie den Betrachter in die Gestaltung einzubeziehen, einen humanen Charakter habe.

Hans Paul Bahrds Aufsatz „*Vom Umgang mit Geschichte in der Stadt*“<sup>5</sup> zielt darauf ab, „so etwas wie ein geschichtliches Bewußtsein zu gewinnen, daß die Gegenwart in eine Abfolge unterschiedlicher Perioden einordnet.“ Bahrds, Autor der so wichtigen, in seinem Buch „Die moderne Großstadt“ von 1961 niedergelegten soziologischen Überlegungen zum Städtebau, setzt also ganz grundsätzlich an. Er stellt verschiedene „Typen der Einstellung zum Verhältnis von Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft“ vor und benennt „Reine Traditionalität“, „Mythisches Denken“, „Archaische Zeitalterlehren“, „Traditionelles Dekadenzbewußtsein“, „Endzeiterwartung“, „Orientierung an einer klassischen Periode der Vergangenheit“, „Radikales Fortschrittdenken“, „Historismus“ sowie „Moderne Modernitätskritik“ als solche Typen. Diesem breiten Themenfächer folgt dann eine sehr kurz gefasste Geschichte der Architektur des 20. Jahrhunderts vom Jugendstil über die Reformarchitektur zum Funktionalismus. Schließlich folgt noch eine Polemik zur Postmoderne, der „Beliebigkeit“ oder gar „Launenhaftigkeit“ vorgeworfen wird. Die Frage, ob man aus der Geschichte lernen könne, beantwortet Bahrds ambivalent: Man müsse klar formulierte Fragestellungen an die Geschichte haben, um zu Ergebnissen zu kommen. Insbesondere, wenn es um ästhetische Fragen ginge, werde es sehr subjektiv. Gleichwohl gäbe es Kunstwerke, die „nicht nur im Rahmen des Geistes ihrer Epoche, sondern überhaupt gut sind und besser als andere“ – also gleichsam Klassiker, die von jeder Generation geschätzt und angeeignet würden.

Die in dieser Aussage verborgene Hoffnung auf ein gemeinschaftsstiftendes Kunsturteil erfüllte sich in Wirklichkeit freilich nicht. Zwar scheint es, dass Rekonstruktionen wie die des Berliner Schlosses, die auf Beschluss des Bundestags ausgeführt wurde, eine solche Rolle übernehmen könnte. Bruno Flier, der 2003 in der „Alten Stadt“ ausführlich über „*Das alte Berliner Schloss in der neuen Hauptstadt Deutschlands*“<sup>6</sup> schrieb, kommt freilich zu einem anderen Ergebnis. Er fragt

5 H. P. Bahrds, *Vom Umgang mit Geschichte in der Stadt*, in: *Die alte Stadt* 12 (4/1985), S. 329-350.

6 B. Flier, *Das alte Berliner Schloss in der neuen Hauptstadt Deutschlands. Realität und Metapher aufgehobener Geschichte*, in: *Die alte Stadt* 30 (4/2003), S. 349-370.



**Abb. 5: Zwei historische Entwicklungsetappen am Ort „Mitte Spreeinsel“: Schloss und Palast der Republik;** Quelle: *Landesbildstelle Berlin*.

sich, „wann und wie es denn zu diesem starken Verlangen nach dem Bild vom alten Schloss gekommen ist, das schon seit 50 Jahren nicht mehr existiert, sein Verlust aber fast vier Jahrzehnte lang in Ost und West so gut wie verdrängt, ja überwunden zu sein schien.“ Der Abriss des Palastes der Republik als Entsorgung der Geschichte der ehemaligen DDR zugunsten des (teilweisen) Wiederaufbaus des barocken Schlosses führt ihn zu der Frage: „Wie kann das gegenwärtig nicht vorhandene Schloss zur aufgehobenen Geschichte werden, wenn es zu diesem Zweck zunächst erst einmal wieder hergestellt werden muss, um aufgehoben werden zu können in eine neue Zukunft an diesem Ort, dies aber den Abriss des Palastes der Republik zur Voraussetzung hat, der – noch als Rohbau, zu dem er wieder wurde – existente gebaute Realität und Metapher jüngster deutscher Geschichte ist?“ Heute – 20 Jahre später, kennt kaum noch jemand den Palast der Republik. Für die aus aller Welt nach Berlin strömenden, meist jungen Touristen ist das Schloss als Humboldt-Forum ein Bestandteil der Mitte Berlins, die „Vorgeschichte“ seines Daseins wird kaum mehr reflektiert. Geschichte und Heimat können simuliert werden, schreibt der Architekt Ernst Hubeli in seinem 2002 erschienenen Beitrag „Zur Bedeutung der Geschichte in Städte-

*bau und Architektur*“.<sup>7</sup> Wir würden „gleichzeitig in einer wirklichen Wirklichkeit und fiktiven, medialen Wirklichkeit“ leben. Eine Gleichzeitigkeit fände „allenfalls für einen Moment“ statt.

Sind also die Wünsche und die Wege, die Cord Meckseper 1974 und Gerd Albers 1984 äußerten und aufzeigten, hinweggeweht in eine ernüchternde Wirklichkeit, in der Schein und Sein nicht mehr geschieden sind, weil „Geschichte“ sich architektonisch und städtebaulich sich gleichsam selbständig gemacht hat und nicht mehr greifbar ist? Ich glaube das nicht, sondern bin mir sicher, dass das Verständnis von Geschichte einem kontinuierlichen Wandel unterworfen ist, der von jeder Generation neu bewertet werden wird. Stadtgeschichte endet ja nicht mit einem historischen Datum, sondern geht weiter. Immer wieder wird sich die historische Stadt den jeweils gegenwärtigen Problemen und Aufgaben stellen müssen, lokalen und globalen Krisen, dem Klimawandel, der Flüchtlingskrise und was dem noch folgen wird. Und es wird auch immer Menschen, Stadtplaner, Stadthistoriker geben, die diesen Wandel gestalten und wissenschaftlich begleiten wollen. Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e. V. und die Zeitschrift bietet eine Plattform, auf die aus verschiedenen Blickwinkeln – aus Praxis und Wissenschaft – auf diesen Wandel geblickt wird.

*Literatur in der Reihenfolge der Nennung:*

**Gerd Albers**, Über den Rang des Historischen im Städtebau, in: Die alte Stadt 11 (3/1984), S. 214-225.

**Cord Meckseper**, Stadtbild, Denkmal und Geschichte. Zur Funktion des Historischen, in: Die alte Stadt 1 (1/1974), S. 3-22.

**Hans Paul Bahrdt**, Vom Umgang mit Geschichte in der Stadt, in: Die alte Stadt 12 (4/1985), S. 329-350.

**Erika Spiegel**, Nachmoderne Architektur. Über die Umwandlung von Geschichte in Gegenwart, in: Die alte Stadt 12 (4/1985), S. 351-368.

**Bruno Flier**, Das alte Berliner Schloss in der neuen Hauptstadt Deutschlands. Realität und Metapher aufgehobener Geschichte, in: Die alte Stadt 30 (4/2003), S. 349-370.

**Ernst Hubeli**, Zur Bedeutung der Geschichte in Städtebau und Architektur. Schweizerische und andere Besonderheiten, in: Die alte Stadt 29 (1/2002), S. 50-57.

7 E. Hubeli, Zur Bedeutung der Geschichte in Städtebau und Architektur. Schweizerische und andere Besonderheiten, in: Die alte Stadt 29 (1/2002), S. 50-57.

## **Die Beiträge zur Denkmalpflege in der Zeitschrift *Die alte Stadt/Forum Stadt***

### **Themen und Debatten**

Vom „Denkmal“ ist bereits im Titel des allerersten Textes in der „alten Stadt“ die Rede, und im zweiten Heft – zu dessen Autoren mit Albert Knoepfli der erste Leiter des damals eben gegründeten Instituts für Denkmalpflege an der ETH Zürich zählte – erscheint erstmals in einer Beitrags-Überschrift das Wort „Denkmalpflege“.<sup>1</sup> Das Thema ist also von Anfang an nicht nur im Untertitel der Zeitschrift präsent, sondern auch in den Aufsätzen. „Die alte Stadt/Forum Stadt“ ist damit neben dem offiziellen Organ der Landesdenkmalämter „Die Denkmalpflege“ (bis 1993: „Deutsche Kunst und Denkmalpflege“) die einzige bundesweite Fachzeitschrift der Disziplin. Über die Rolle und Bedeutung des Denkmalthemas im ersten Vierteljahrhundert der Zeitschrift hat 1999 der langjährige Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft ‚Die alte Stadt‘ und ehemalige Präsident des Landesdenkmalamts Baden-Württemberg, August Gebeßler (1929-2008), einen aussagekräftigen Überblick verfasst.<sup>2</sup> Diese Zusammenschau bietet nicht nur einen kritischen Rückblick, sondern enthält darüber hinaus verschiedene Überlegungen, die bis heute aktuell sind. Es lohnt sich also, diese Standortbestimmung nochmals in Erinnerung zu rufen, um danach auf zentrale Denkmalthemen der letzten 25 Jahre einzugehen.

### **Die Standortbestimmung von 1994**

In seinem Beitrag von 1994 positioniert Gebeßler die Denkmalpflege zunächst im Reigen der anderen durch die Zeitschrift repräsentierten Fachdisziplinen und weist darauf hin, dass sich die Denkmalpflege von diesen dadurch unterscheidet, dass nur sie auch behördlich institutionalisiert sei. Das ist gerade im Kontext des Netzwerks historischer Städte relevant. Aus der behördlichen Verankerung ergebe sich, so Ge-

1 C. Meckseper, Stadtbild, Denkmal und Geschichte. Zur Funktion des Historischen, in: *Die alte Stadt* 1 (1/1974), S. 3-22; G. Gaentzsch, Denkmalpflege und kommunale Selbstverwaltung, in: *Die alte Stadt* 1 (2/1974), S. 273-282; A. Knoepfli, Stadt und Altstadt. Erfahrungen und Erwartungen, in: ebda., S. 261-272.

2 A. Gebeßler, Zum Denkmalthema in der „Alten Stadt“, in: *Die alte Stadt* 26 (2/1999), S. 193-204.

beßler, die auch an den Tagungen der ARGE Die Alte Stadt immer wieder sichtbare Differenz der Positionen von Stadtpolitik und Denkmalpflege. Das sei unvermeidlich und das Spannungsfeld auszuhalten und produktiv zu machen, denn: „Denkmalpflege ist nun einmal kein Harmonieunternehmen, sondern von jeher eine Auseinandersetzung“ zwischen gleichermaßen legitimen öffentlichen Interessen. Denkmalpflege werde „getragen von Konfliktbereitschaft – oder besser noch: vom politisch-Denken.“<sup>3</sup> Im Laufe seiner Ausführungen verwendet Gebeßler auch den Begriff „Streitwert“, was bemerkenswert ist, da dieser inzwischen von Gabriele Dolff-Bonekämper konzeptualisiert worden ist und in der denkmaltheoretischen Wertediskussion der letzten Jahre einigen Widerhall gefunden hat.<sup>4</sup> Allerdings müsse – so Gebeßler weiter – die Sache den Streit auch Wert sein, erscheint ihm doch schwer verständlich, warum vergleichsweise kleine Eingriffe „genauso mit dem hoheitlichen Zeigefinger rechtlicher Bestimmungen abgehandelt werden [...] wie der Konflikt um das kaltschnäuzige Abbruchvorhaben“.<sup>5</sup> Denkmalpflege dürfe „nicht im fachlichen Rechthaben“ steckenbleiben, sondern sei eine Vermittlungsaufgabe, insbesondere „zu Zeiten eines guten Denkmalklimas“.<sup>6</sup>

Daraus wird deutlich, dass Gebeßler die Entwicklung in seinem Berichtszeitraum insgesamt positiv bewertet. Unter der Überschrift „Geschichtszeugnis und Altstadtverständnis“ diskutiert er die Veränderungen seit Gründung der Zeitschrift. Pointiert ausgedrückt sei die Altsstadtdiskussion bis in die 1980er Jahre ein Reagieren auf die die Altstädte aufbrechenden Neubauten gewesen und die Denkmalpflege noch nicht in der Lage, über die sog. Prinzipalstücke hinaus „auch den abbruchbedrohten einfachen Hausbestand in seiner Bedeutung für das Stadtganze zu erschließen bzw. in seinem Zeugniswert auch geltend zu machen“.<sup>7</sup> (vgl. Abb. 1) Man habe vielmehr einerseits auf die positive Wirkung renovierter Fassadenbilder gesetzt, andererseits – und häufiger – hätten Konservatoren versucht, mit formalen Korrekturen die Altstadtverträglichkeit von Neubauten zu verbessern. Dafür seien sie „alsbald und rechtens kritisch apostrophiert [worden] als ‚Tekturbüro in Sachen historisch‘“.<sup>8</sup>

3 Ebda., S. 194 f.

4 Ebda., S. 203; G. Dolff-Bonekämper, *Lieux de mémoire et lieux de discorde. La valeur conflictuelle des monuments*, in: Victor Hugo et le débat patrimoniale, hrsg. v. Institut national du patrimoine, Paris 2003, S. 121–144; dies., *Gegenwartswerte. Für eine Erneuerung von Alois Riegls Denkmalwerttheorie*, in: H. R. Meier/I. Scheurmann (Hrsg.), *DENKmalWERTE. Zur Theorie und Aktualität der Denkmalpflege*, München/Berlin 2010, S. 27–40, bes. S. 33 ff.; J. Warda, *Streitwert*, in: H. R. Meier/I. Scheurmann/W. Sonne (Hrsg.), *Werte. Begründungen der Denkmalpflege in Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2013, S. 180 f.

5 A. Gebeßler (s. A 2), S. 196.

6 Ebda.

7 Ebda., S. 199.

8 Ebda., S. 201.



**Abb. 1:** „Haus für Haus stirbt dein Zuhause“; Plakat des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz zum sog. Europäischen Denkmalschutzjahr 1975, als erstmals die städtische Alltagsarchitektur ins Blickfeld der Denkmalpflege rückte.

Ob die in der Folge vielfach erlassenen und viel diskutierten Gestaltungssatzungen Königsweg oder Sackgasse seien, fragt Gebeßler weiter, und geht auf die Gefahr einer daraus resultierenden „Gemeinderatsarchitektur“ ein.<sup>9</sup> Allerdings gefährde auch die Berufung auf Gestaltung als Bewertungsmaßstab bei Vernachlässigung der geschichtlichen Qualität die historische Stadt und ihre Denkmale. Mit Bezug etwa auf Max Bächer konstatiert er, in jüngerer Zeit sei die Einsicht gewachsen, dass „Gegenwartsarchitektur in der Altstadt nicht als Neubauen verstanden [werde], sondern als Weiterbauen“ zu praktizieren sei.<sup>10</sup> Als größten Fortschritt im Denkmalthema erkennt er die intelligenten Um- und Neunutzungen der zurückliegenden Jahre.

<sup>9</sup> Ebda., S. 202.

<sup>10</sup> Ebda., S. 203.

Zugleich warnt er aber vor einer „Art Umnutzungseuphorie“ und schränkt ein: Zwar gebe es für das Denkmal neben dem Recht auf Erhalt und auf Vergänglichkeit auch eines auf Veränderung, allerdings unter der Voraussetzung, dass „es nach der notwendigen Veränderung immer noch befragbar ist auf seinen geschichtlichen Charakter“.<sup>11</sup>

Soweit Gebeßlers auf die Zeitschriftenbeiträge zur Denkmalpflege gestützte Positionsbestimmung von 1999. Dominierendes und verbindendes Thema ist die Stadtanierung, die in dieser Zeit für historische Städte und damit auch für die Mitglieder der ARGE von zentraler Bedeutung war. Der sich im Berichtszeitraum vollziehende Wandel ist auch anhand der angesprochenen bzw. zitierten Artikel zu verfolgen. Aus den Gegensätzen von Alt und Neu, von Denkmalpflege und Architektur, wurde ein Aushandeln von Um- und Weiterbauen. Darin lässt sich – mit Gebeßlers letzter Zwischenüberschrift – die „Zeitbedingtheit in der Denkmalpflege“ ablesen, die er auch in der Weitergabe von Denkmalen als „Daseinsvorsorge für die Zukunft“ erkannte.<sup>12</sup>

Drei Aspekte von Denkmalpflege-Beiträgen in den ersten 25 Jahren der „alte(n) Stadt“ seien noch kurz erwähnt, die Gebeßler in seinem Überblick nicht angesprochen hat: Zum einen die historische Perspektive mit Aufsätzen zur Denkmalpflege im Altertum und im wilhelminischen Kaiserreich, zum anderen die internationale Perspektive mit Ausblicken auf die Denkmalpflege in Australien, der Volksrepublik China, Polen, Tschechien, Südafrika und den USA, und zum dritten gelegentliche Artikel zu der sich allmählich etablierenden Hochschullehre in Denkmalpflege, deren Exponenten sich parallel zur Frühzeit der Zeitschrift im Arbeitskreis Theorie und Lehre der Denkmalpflege zu organisieren begannen.

### ***Intermezzo: Denkmaldebatte zum Millennium***

Kurz nach Gebeßlers Standortbestimmung am Ende des Jahrhunderts zeigte sich, dass das von ihm konstatierte „gute Denkmalklima“ nicht zwingend auch die Institution Denkmalpflege einbezog. Diese wurde zum Beginn des neuen Millenniums durch einen Fundamentalangriff des Stadtplaners und Architekturkritikers Dieter Hoffmann-Axthelm aufgeschreckt. In einem von Antje Vollmer (1943-2023) in Auftrag gegebenen Gutachten für die Bundestagsfraktion der Grünen/Bündnis 90 fragte er rhetorisch, ob die Denkmalpflege entstaatlicht werden sollte, und führte dafür als Gründe Ungereimtheiten sowie wirkliche und vermeintliche Missstände an.<sup>13</sup> In der anschließenden Debatte war „Die alte Stadt“ mit dem dritten Heft des

<sup>11</sup> Ebda., S. 204.

<sup>12</sup> Ebda.

<sup>13</sup> D. Hoffmann-Axthelm, Kann die Denkmalpflege entstaatlicht werden? Gutachten für die Bundestags-

Jahres beteiligt mit einem Artikel von Uwe Altröck, ebenfalls Stadtplaner, der knapp und unaufgeregt auf zahlreiche methodische Mängel von Hoffmann-Axthelms Argumentation hinwies. Altröck schlussfolgerte, dass zwar manche der dort angesprochenen Problemkreise einer vertieften Diskussion wert seien, diese aber eher nicht in die vom Gutachter angestrebte Richtung führten dürfe.<sup>14</sup>

Im gleichen Heft und ebenfalls auf die Schlagzeile vom „Denkmalschutz abschaffen“ bezugnehmend, weitete der Raumsoziologe Detlev Ipsen (1945-2011) die Fragestellung aus und diskutierte die Rolle der Denkmalpflege für die Modernisierung der Gesellschaft generell. Unter ganz anderen methodischen Prämissen sprach er zum Teil ähnliche Themen an wie Gebeßler. Auch er beschäftigte sich mit dem (Um-)Nutzungsparadigma, konstatierte die schwierige Rolle der Denkmalpflege bis in die 1970er Jahre und die Entkrampfung des Verhältnisses von Tradition und Moderne seit den 1980ern.<sup>15</sup> Traditionelle Verhaltensweisen und bauliche Strukturen seien seither keine Gefahr mehr für die Durchsetzung moderner Konzepte, vielmehr würde Vergangenheit nunmehr als Potential für zukünftige Entwicklungen betrachtet.<sup>16</sup> Dies erweitere die Handlungsspielräume der Denkmalpflege erheblich, bedürfe allerdings eines neuen Anforderungsprofils. Statt dualer Denkstrukturen sei Dialektik gefordert, was die Chance eröffne, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu verbinden. Damit sprach er einen erst heute intensiver diskutierten Punkt an, nämlich den nach der zukünftigen Rolle und Aufgabe der Denkmalpflege unter veränderten gesellschaftlichen Paradigmen, die man mit Winfried Lipp als „Reparaturgesellschaft“ bezeichnen könnte.<sup>17</sup> „Die Erarbeitung von Transformationsregeln könnte dabei eine der wesentlichen Fragestellungen und ein Versuchsfeld theoretischer und praktischer Denkmalpflege sein. In diesem Sinne wird Denkmalpflege zu einem Teil der Zukunftskonstruktion.“<sup>18</sup>

fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, März 2000; *M. Donath / Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der BRD* (Hrsg.), Dokumentation Entstaatlichung der Denkmalpflege? Von der Provokation zur Diskussion. Eine Debatte über die Zukunft der Denkmalpflege, Berlin 2000.

14 U. Altröck, Neue Träger – bessere Denkmale? Kann die Denkmalpflege entstaatlicht werden? Zum Gutachten von Dieter Hoffmann-Axthelm für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, in: *Die alte Stadt* 27 (2000), S. 226-240.

15 D. Ipsen, Die Modernisierung der Gesellschaft und die Rolle des Denkmalschutzes, in: *Die alte Stadt* 27 (2000), S. 206-216.

16 Ebda., S. 213.

17 Die Aktualität des von Winfried Lipp vor 30 Jahren geprägten Begriffs zeigt sich darin, dass sein Artikel jüngst in der „führende[n] diskursive[n] Zeitschrift für Architektur und Urbanistik“ (Selbstdarstellung Arch+) wieder abgedruckt wurde: *W. Lipp*, Rettung von Geschichte für die Reparaturgesellschaft im 21. Jahrhundert – Sub specie conservatoris, in: *F. Hertweck et al.*, The great repair. Politiken der Reparaturgesellschaft; *Arch+* 250, Dez. 2020, S. 44-49.

18 D. Ipsen (s. A 15), S. 216.

### **Rekonstruktion und Denkmalpflege**

Zunächst beschäftigte sich aber auch in der „alten Stadt“ die Denkmalpflege­debatte nicht mit Zukunftskonstruktionen, sondern mit Rekonstruktionen. Die Kontro­versen darüber hatten im Zuge des wirkmächtigen Aufbaus der Dresdner Frauen­kirche an Dynamik und Heftigkeit gewonnen, was sich zwischen 1997 und 2013 auch immer wieder in Beiträgen in der Zeitschrift spiegelt. Bereits im ersten dieser Aufsätze formulierte Jürgen Trimborn (1971-2012) mit einem „kritischen Blick auf das ‚Wunder von Dresden‘“, was daran aus denkmalpflegerischer Sicht problematisch ist. So wies er beispielsweise auf die Begriffsverwirrung hin, wenn aus der „archäologischen Rekonstruktion“ die absurde Feststellung abgeleitet werde, dass diese „das Original wiederherstellen lasse“ und „das Resultat des Wiederaufbaus keine Kopie sein wird, sondern die ‚Wiederherstellung des Originals‘“. <sup>19</sup> Für dieses habe man sich in Dresden ein entsprechendes Umfeld gewünscht, und so schloss die historisierende Re-In-szenierung des Neumarkts an, womit „an dieser prominenten Stelle im Stadtbild“ die Stadtgeschichte mit ihren Brüchen „vollkommen kaschiert und zugunsten der Sug-gestion falscher historischer Kontinuitäten ausgeblendet“ wurde. <sup>20</sup> Dem widersprach der seinerzeitige Dresdner Baudezernent Gunter Just in einem Vortrag an der ARGE-Tagung 2001 in Landsberg/Lech zum Thema „Stadtgeschichte und Stadtplanung“, in dem er das Dresdner Konzept zur Bebauung des Neumarkts verteidigte und dar-auf hinwies, dass neben den sog. „Leitbauten“ – d. h. Rekonstruktionen barocker Ge-bäude – eben auch (angepasste) Neubauten realisiert würden, welche die Gesellschaft Historischer Neumarkt e. V. ablehne. Sie stünden dafür, „dass gerade dieser Stadtteil bis zur Zerstörung einer ständigen, zum Teil gravierenden baulichen Veränderung ausgesetzt war.“ <sup>21</sup> Wenn Just weiter ausführte, es müsse keine Bebauungsphase über-sprungen werden, da sich die Grundmauern der im Kriege zerstörten Platzwand-und Umgebungsbebauung noch immer im Boden befänden, <sup>22</sup> so ist dazu nicht nur aus denkmalpflegerischer Sicht bitter nachzutragen, dass eben diese Kellermauern wenig später zur Errichtung einer Tiefgarage unter dem „Historischen Neumarkt“ weitestgehend weggebaggert wurden (vgl. Abb. 2). Spricht Just am Schluss seines Bei-trags die Hoffnung aus, mit dem von ihm vorgestellten Planungsansatz könne Dres-den vom „periodisch auftretenden Rekonstruktionsfieber genesen“, so werden ein

19 J. Trimborn, Das „Wunder von Dresden“: Der Wiederaufbau der Frauenkirche. Ein kritischer Blick auf das „größte Rekonstruktionsprojekt des Jahrhunderts“, in: Die alte Stadt 24 (2/1997), S. 127-149, hier S. 141.

20 Ebda., S. 145.

21 G. Just, Zum Wiederaufbau des Dresdner Neumarktes. Stadtplanung zwischen Rekonstruktion und Gegenwartsarchitektur, in: Die alte Stadt 29 (1/2002), S. 38-49.

22 Ebda., S. 43.



**Abb. 2: Dresden, Neumarkt;** Ausgrabung der historischen Keller an der Schlossstraße, die danach größtenteils zugunsten der Tiefgarage entsorgt wurden; Foto: *Thomas Will*.

---

paar Jahre später im Heft zum Gedenken an August Gebeßler Dresden als „Zentrum der gegenwärtigen Rekonstruktionswelle“ bezeichnet und dabei die Auswirkungen dieser „Welle“ auf die Denkmaltheorie diskutiert.<sup>23</sup> Bei der Tagung 2012 in Regensburg zum Thema „Städtisches Kulturerbe zwischen Konservierung, Inszenierung und Verwertung“ standen dann nicht mehr Dresden, sondern Frankfurt am Main und Berlin im Zentrum der sich kontrovers mit Rekonstruktionen befassenden Beiträge, die im Heft 2/2013 publiziert wurden. Während für den Stadtplaner

<sup>23</sup> Ebda., S. 49; *H. R. Meier*, Paradigma oder Büchse der Pandora? Die Frauenkirche – oder wie Dresden zum Zentrum der gegenwärtigen Rekonstruktionswelle wurde, in: *Die alte Stadt* 36 (1/2009), S. 59-76.

Jürg Sulzer die rekonstruierten Stadtbilder der Stadtraumbildung und -erfahrung dienen und er in ihnen Identitätsanker sieht, analysierte der Denkmaltheoriker Gerhard Vinken die Vermarktungsinstrumente für das Frankfurter „Dom-Römer-Areal“, verwies auf deren Behauptungen und Widersprüche und kam zum Schluss, es handle sich um ein homogenes, heimeliges und vermutlich renditestarkes Neubauquartier, das scheinbar einen Ausweg biete, wenn die Herausforderungen der Gegenwart zu komplex seien und das Erbe zu sperrig: „Wir bauen uns einen schönen neuen Altstadt-Klon.“<sup>24</sup> Zwischen den hier zitierten Beiträgen war das Rekonstruktionsthema auch Anlass für Rückblicke auf die seinerzeitige Debatte um den Wiederaufbau des Frankfurter Goethehaus und, ausgehend von Aldo Rossis Theorie der „analogen Stadt“, um die „kritische Rekonstruktion“ im Berliner Planwerk Innenstadt.<sup>25</sup>

### **Denkmalpflege im 21. Jahrhundert**

Im Zuge der Anthropozän-Debatte und unter dem Eindruck der sich doch unerwartet rasch verschärfenden Klimakrise ist dann in den letzten fünfzehn Jahren tatsächlich verstärkt „Denkmalpflege als Zukunftsprinzip“ und als „Ressource der Stadtentwicklung“ diskutiert worden.<sup>26</sup> Bemerkenswert ist, dass diese Zukunftserwartungen an die Denkmalpflege erneut zunächst nicht aus der Disziplin, sondern von Stadtplanerinnen und Stadtplanern wie Martha Doehler-Behzadi und Thomas Sieverts formuliert wurden.<sup>27</sup> Doehler, damals Leiterin des Referats Baukultur und städtebaulicher Denkmalschutz im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, wies aus behördlicher Sicht auf künftige Förder- und Entwicklungsoptionen. Nach einleitenden Berkungen zum Urban Age führte sie aus, wie sehr Deutschland von Städten mit historischen Stadtkernen geprägt sei, wie diese seit dem paradigmatischen Wandel von der Flächensanierung zur behutsamen Stadterneue-

24 J. Sulzer, Revitalisierung der Stadt, in: Forum Stadt 40 (2/2013), S. 137-148; G. Vinken, Unstillbarer Hunger nach Echem. Frankfurts Neue Altstadt zwischen Rekonstruktion und Themenarchitektur, in: ebda., S. 119-136, bes. S. 136. Zur Fiktionalisierung der Denkmalwelt unter einem anderen Aspekt schon J. Trimborn, Das Denkmal im Zeitalter der virtual reality. Die moderne Medienwelt und ihr Einfluss auf die Inszenierung des öffentlichen Raums, in: Die alte Stadt 26 (2/1999), S. 117-140.

25 C. Welzbacher, Der Wiederaufbau des Frankfurter Goethehauses. Altstadtsanierung – Schöpferische Rekonstruktion – Kulturpessimismus – Symbolpolitik, in: Die alte Stadt 33 (4/2006), S. 317-330; K. Brichetti, Aldo Rossi: Das Gedächtnis der Stadt. Von der „analogen Stadt“ zur „kritischen Rekonstruktion“, in: Die alte Stadt 34 (2/2007), S. 111-118.

26 Denkmalpflege als Zukunftsprinzip!, hrsg. v. H. R. Meier, Themenheft Forum Stadt 43 (2/2016); M. Doehler-Behzadi, Städtebaulicher Denkmalschutz als Ressource der Stadtentwicklung, in: Die alte Stadt 35 (4/2008), S. 337-349

27 T. Sieverts, Das Prinzip Denkmalpflege und seine Erweiterung im Anthropozän, in: Forum Stadt 43 (2/2016), S. 136-145.

rung in den 1970er Jahren einen Fundus der innerstädtischen Entwicklung bildeten und daher nach den Erfolgen des Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ in den Neuen Bundesländern dieses nun auf die Städte der alten Bundesrepublik ausgedehnt werde.<sup>28</sup> Sieverts, bekannt geworden u. a. durch seine Beschäftigung mit dem Urban Sprawl und die Prägung des Begriffs „Zwischenstadt“, griff die Diskussionen um das Anthropozän und die Klimaveränderungen auf, in deren abstrakten Modellen er eine „Sinnlichkeitslücke“ konstatierte.<sup>29</sup> Die Stadt als Experimentierfeld und Ort der Innovation könne diese schließen; dabei habe sich die Denkmalpflege als Stadterhaltungs-Agentur zu etablieren, sei sie doch aufgrund ihrer Erfahrung prädestiniert, widerständiges Potential gegen technokratisches Planen und engstirnigen Ökonomismus zu entwickeln. Wiederum – und nun von einem externen Partner – wird also die Konfliktfähigkeit und -erprobtheit der Denkmalpflege als Positivum für die Gesellschaft und als zukunftsfähiges Potential hervorgehoben.<sup>30</sup> Aber auch die ganz praktischen Folgen des Klimawandels und der Klimapolitik für die Denkmalpflege insbesondere in den Städten sind – vermutlich zunehmend – Schwerpunkte von Zeitschriftenbeiträgen, zuletzt das gerade virulente Thema Photovoltaik und wie man den denkmalpflegerischen Herausforderungen der PV-Anlagen in Baden-Württemberg mit einem Solarkataster begegnet.<sup>31</sup>

Auf ein weiteres großes Themenfeld der letzten Jahre wies auch bereits Ipsen mit seiner Frage hin: „Ist nicht das Gebäude, das eben noch ein zu schützendes Bauwerk beseitigt hat, morgen selbst schützenswert?“<sup>32</sup> Die Bauten und Denkmale der Spätmoderne sind in den letzten beiden Dekaden immer dringlicher zu Herausforderungen und Betätigungsfelder der Denkmalpflege geworden, was sich auch in der Zeitschrift „Forum Stadt“ spiegelt.

Zunächst stellte sich unmittelbar nach der sog. Wende im Umgang mit dem baulichen Erbe der untergegangenen DDR die Herausforderung, die der sachsen-anhaltinische Denkmalpfleger H. P. C. Weidner in einer ersten Bilanz als „Stadterneuerung als Umgang mit der ganzen Geschichte [...] von Fachwerkfassaden bis Plattenbau“

28 Zum Thema vgl. auch *H. R. Meier*, Denkmalschutz als Leitinstrument der Stadtentwicklung?, in: *Forum Stadt* 40 (1/2013), S. 35-52.

29 *T. Sieverts* (s. A 27), S. 138 ff.

30 Vor allem die Bedeutung städtebaulicher Denkmalpflege für die Stadtentwicklung ist auch seither aus Sicht der Stadtplanung und der Denkmalpflege mehrfach angesprochen worden, beispielsweise im Schwerpunktheft 46 (2/2019): *Praxisfeld Historische Städte. Entwickeln – kooperieren – umsetzen*, hrsg. v. *H. Drost* und *J. Jessen*.

31 *L. Bilitsch*, Photovoltaik in denkmalgeschützten Gesamtanlagen. Das Planungsinstrument Solarkataster am Beispiel zweier Gesamtanlagen im Regierungsbezirk Stuttgart, in: *Forum Stadt* 50 (1/2023), S. 99-114.

32 *D. Ipsen* (s. A 15), S. 209.

resümierte.<sup>33</sup> Bald war die Denkmalpflege aber angesichts des omnipräsenten Veränderungsdrucks auf den Baubestand der 1960er bis 1980er Jahre mit der Frage konfrontiert „Was tun mit den Bauten der Nachkriegsmodernen?“<sup>34</sup> Ursula Baus fasste unter diesem Titel die Tagung des Netzwerks Forum Stadt 2013 in Nagold zusammen, die den Bauten der 1960er und 70er Jahre in Klein- und Mittelstädten gewidmet war – die Beiträge wurden von Klaus Jan Philipp in zwei Themenheften ediert (vgl. Abb. 3).<sup>35</sup> Untersucht wurden die städtebaulichen und gesellschaftlichen Leitbilder, die zu dieser Architektur führten, ferner Strategien ihres Erhalts und ihrer Vermittlung, und zudem analysiert, was zu ihrem oft schlechten Ruf beigetragen hatte. Zu Recht nahm Baus dabei auch die Denkmalpflege in die Pflicht, die in eine Selbstverständnisfalle getappt sei, indem sie in den 1970er Jahren ihren Popularitätsgewinn ganz wesentlich der Gegnerschaft zum zeitgenössischen Bauen verdankte und zwar im Jahr der Tagung die Nachkriegsmoderne zum Thema des „Tag des offenen Denkmals“ machte, diesen aber mit „Jenseits des Guten und Schönen: Unbequeme Denkmale?“ in einer den Bestand tendenziell abwertenden Weise bewarb.<sup>36</sup> Gerade die sich darin artikulierende Differenz zwischen der Experten- und der Publikumsmeinung zur Architektur der Nachkriegsmoderne war der Ansatzpunkt von Michael Mönningers Untersuchung der Faszination des Devianten, Deformierten und Hässlichen.<sup>37</sup> Mönninger erklärte die Bauten des Brutalismus – der „Tafelberg-, Brikett- oder Bunker-Ästhetik“ – mit Michel Foucaults Konzept der Heterotopie als Reste idealer oder utopischer Ordnungssysteme; sie seien „als authentische Realisierungsversuche verflossener Utopien zu wahr, um schön zu sein“.<sup>38</sup> Nun kämpften „die Konservatoren der Spätmoderne für eine Wiederverzauberung einer Epoche“, die in bewusst an-ästhetischer Weise auf Wahrheitssuche gewesen sei. Das sei legitim und richtig, erfordere aber vor allem, den historischen und politischen Erinnerungswert dieser Bauten stark zu machen.<sup>39</sup>

So unterschiedlich Baus und Mönninger argumentierten, stimmen sie doch überein in der Bedeutung, die sie der Denkmalpflege für den Erhalt der baulichen

33 H. P. C. Weidner, Denkmalschutz und Stadterneuerung als Umgang mit der ganzen Geschichte. Erhaltungswertes von Fachwerkfassaden bis Plattenbau, in: Die alte Stadt 26 (2/1999), S. 14-151.

34 U. Baus, Was tun mit den Bauten der Nachkriegsmoderne? Eine architekturkritische Sicht auf alte Leitbilder und neue Strategien, in: Forum Stadt 41 (2/2014), S. 225-230.

35 Schwerpunktheft Forum Stadt 40 (4/2013): Vom Wirtschaftswachstum zur Wachstumsgrenze: Bauten der 1960er Jahre; 41 (2/2014): Vom Wirtschaftswachstum zur Wachstumsgrenze: Bauten der 1970er Jahre, jeweils hrsg. von K. J. Philipp.

36 U. Baus (s. A 34), S. 226.

37 M. Mönninger, Zu wahr, um schön zu sein. Über die Faszination des Devianten, Deformierten und Hässlichen in der Nachkriegsmoderne, in: Forum Stadt 46 (1/2019), S. 3-26.

38 Ebda., S. 24.

39 Ebda.



**Abb. 3:** Cover des Forum Stadt-Hefts 2/2014 zu Bauten der 1970er Jahre in Klein- und Mittelstädten.

Zeugnisse der Spätmoderne zuschreiben. Entsprechend thematisiert ein weiteres Schwerpunktheft zur Architektur der Spätmoderne unter der Überschrift „Was bleibt?“, dass heute die denkmalkundliche Bewertung des jüngeren Baubestands wesentlich darüber mitentscheidet, was überhaupt Chancen zur Erhaltung hat.<sup>40</sup> Die Denkmalpflege ist Selektionsinstanz geworden, die nicht mehr nur die Hüterin des durch die Geschichte selektionierten Bestandes ist, sondern durch ihre Bewertung wesentlich mitbestimmt, was überhaupt erhalten werden soll und damit zur „Überlieferungsbildung“ beiträgt. Sie hat sich daher, um nochmals einen Begriff Wilfried Lipps aufzugreifen, ihrer „Selektionsverantwortung“ bewusst zu sein: „Denkmal-

<sup>40</sup> Schwerpunktheft Forum Stadt 42 (1/2015): Was bleibt? Wertung und Bewertung der Architektur der 1960er bis 80er Jahre, hrsg. v. H. R. Meier.



**Abb. 4:** Cover des Forum Stadt-Hefts 1/2022.  
Vermeehrt wird in jüngerer Zeit der Denkmal- vom Erbe-Begriff überlagert.

bedeutung statuieren heißt: Besonderung, Herausheben aus dem Geschichtsverlauf. [...] Etwas nicht zum Denkmal erklären dagegen bedeutet: Der Macht des Transitorischen überlassen, dem Vergessen ausliefern“.<sup>41</sup>

Auch im neuen Millennium war das Denkmalthema in der Zeitschrift breiter vertreten als dies hier dargestellt werden kann. Nicht oft, aber doch gelegentlich waren das Denkmalrecht und – besonders in Momenten der Gefährdung – die Denkmalschutzgesetze sowie die Denkmalämter Gegenstand von Abhandlungen.<sup>42</sup> Aber auch

41 W. Lipp, Das Erbe der NS-Zeit. Im verblassenden Horizont der Zeitgeschichte, in: ders., Kultur des Bewahrens: Schrägansichten zur Denkmalpflege, Wien 2007, S. 311.

42 Als Beispiele seien genannt A. Gebefler, Landesdenkmalamt Baden-Württemberg. Nur noch ein Nachruf?, in: Forum Stadt 31 (1/2004), S. 58-62; E. R. Hönes, Städtebaulicher Denkmalschutz, Erhal-



**Abb. 5:** Cover des Forum Stadt-Hefts 4/2020. Oft regen Protagonisten benachbarter Disziplinen Denk-Mal-Diskussionen an.

die lauter werdenden Forderungen nach Partizipation in der Denkmalpflege spiegeln sich in der Zeitschrift durch die Thematisierung bürgerschaftlichen Engagements oder innovativer Ansätze wie dem gerade für Städte interessanten kommunalen Denkmalkonzept in Bayern.<sup>43</sup> Ein weiterer aktueller Trend ist den einschlägigen Aufsatztiteln zu entnehmen, insbesondere die vermehrte Verwendung des gegenüber dem „Denkmal“ erweiterten Erbe- oder Heritage-Begriffs (vgl. Abb. 4), der sich

tungs-, Gestaltungsatzungen und Baurecht: Welche rechtlichen Instrumente haben wir?, in: Forum Stadt 47 (4/2020), S. 286-308.

43 W. Weise, Denkmalpflege als bürgerschaftliches Engagement, in: Forum Stadt 47 (4/2020), S. 367-374; J. Sandmeier, Das Kommunale Denkmalkonzept: Herausforderungen und Erfahrungen in der gemeinsamen Erbeentwicklung, in: ebda., S. 325-338 (und weitere Artikel in Heft 4/2020).

insbesondere für das städtebauliche und industriekulturelle Erbe bereits fest etabliert hat.<sup>44</sup> Und schließlich lohnt auch weiterhin der Blick in die Denkmalpflegegeschichte und ins Ausland, wenn es beispielsweise um die Konstruktion „Neuer Altstädte“ oder um Konzepte städtebaulicher Denkmalpflege geht.<sup>45</sup>

## **Fazit**

Blickt man zurück auf 50 Jahre Denkmalthematik in der Zeitschrift „Die alte Stadt / Forum Stadt“ so ist gewiss als Erfolg zu verzeichnen, dass der ursprüngliche Anspruch, Denkmalpflege im Austausch mit den anderen stadthistorisch relevanten Disziplinen und der städtebaulichen Praxis zu diskutieren, durchgehalten werden konnte. So fällt auf, dass zumindest längere Zeit der Anteil an Autorinnen und Autoren aus der institutionellen Denkmalpflege vergleichsweise niedrig war, hingegen zahlreiche Vertreter:innen benachbarter Disziplinen sich zu Fragen der Denkmalpflege äußern (vgl. Abb. 5). Deren Sicht auf das Fach sind dabei nicht selten positiver und die Erwartungen an die Disziplin höher, als dies in der Selbstwahrnehmung der Institutionen oft erscheint. Dank der Pluridisziplinarität war und ist die Zeitschrift ein fruchtbarer Ort für vielfältige Diskussionsbeiträge. Die Verankerung im Netzwerk Historischer Städte sichert den Praxisbezug, zugleich ist die Zeitschrift über das Redaktionskollegium in den Hochschulen und relevanten Fächern verankert, so dass auch denkmaltheoretische Beiträge ihren Platz haben. Die Aufsätze widerspiegeln die großen Themen, welche die Denkmalpflege in den letzten Dekaden beschäftigten, zumeist zeitnah; derzeit betrifft dies die Öffnung in Richtung Heritage-Wissenschaften, vor allem aber die Klimapolitik. Für beide Themenfelder liefert die Denkmalpflege wichtige Anregungen und Beiträge, ist aber auch gefordert, ihr Selbstverständnis immer wieder zu diskutieren,<sup>46</sup> eingedenk ihrer von Gebeflüßler eingangs festgestellten Sonderrolle und seiner Ermahnung, Denkmalpflege sei „kein Harmonieunternehmen“.

44 Vgl. v. a. das Schwerpunktheft 49 (1/2022): J. Sandmeier / L. M. Sedlitz (Hrsg.), Erbe – Ort – Prozess. Dimensionen des Historischen.

45 C. Peterseim, Die neue „Stadt des Mittelalters“. Altstadtgestaltung und Denkmalpflege in Erfurt während des 19. Jahrhunderts, in: Forum Stadt 47 (1/2020), S. 3-20; G. Vinken, Vorbild Amerika? „Historic Districts“ und städtebauliche Denkmalpflege in den USA, in: Forum Stadt 44 (3/2017), S. 251-270.

46 Dazu jüngst: K. Angermann, Extension or restriction: Listed buildings as an exception to climate action?, in: Extension du domaine du patrimoine [An evolving architectural heritage today: direction and signification?], Seminar ENSA Strasbourg 19.-20. Oktober 2023, organisiert vom Réseau scientifique et pédagogique Architecture, Patrimoine etCréation (Publikation in Vorbereitung).

## **Großsiedlungen in der Zeitschrift Die alte Stadt / Forum Stadt**

Groß(wohn)siedlungen stellen einen bedeutenden Teil unserer Städte dar. An ihnen hat sich, insbesondere in der alten Bundesrepublik, ein wesentlicher Teil der Kritik an der städtebaulich-architektonischen Moderne entzündet. Obwohl sie beinahe als Stiefkind der Stadtforschung angesehen werden können – nicht zuletzt, da sie dem Ideal der „Europäischen Stadt“ so wenig zu entsprechen scheinen –, liegen zu ihnen inzwischen Studien, Praxisberichte und andere Forschungsergebnisse in beachtlichem Umfang vor. Dies ist sicher ganz erheblich auf ihre (erneute) Infragestellung in den damals fast noch „neuen“ Bundesländern um die Jahrtausendwende und dem daraus erwachsenen Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau Ost“ zurückzuführen. Mit ihm sind sie – nach einem ersten Anlauf in den 1980er Jahren im Westteil des Landes – endgültig in der Debatte um Stadterneuerung „angekommen“.

Insofern erscheint es nicht ganz so verwunderlich, dass sich die „Alte Stadt“ bzw. später „Forum Stadt“ nach einigen punktuellen Auseinandersetzungen immer stärker mit ihnen auseinandergesetzt haben. Für eine Zeitschrift, die ursprünglich eher das historische Erbe der Stadt in den Mittelpunkt ihres Interesses gestellt hat, scheint dies ungewöhnlich und beachtlich. Berücksichtigt man ihren schon seit vielen Jahren selbst gesetzten Anspruch, sich vertieft mit stadtsoziologischen und anderen Fragen der Stadtforschung zu beschäftigen, ist diese thematische Weiterung jedoch schlüssig und geradezu naheliegend.

So werden Großsiedlungen seit einem ersten Auftakt durch Tom Sieverts im Jahr 1987 Schritt für Schritt immer häufiger betrachtet. Allerdings bleibt das Gesamtbild der erschienenen Beiträge bis heute durchaus selektiv, was angesichts des breiten Spektrums der thematischen Akzente in der Zeitschrift vermutlich gar nicht anders sein kann. Letztere wird vorrangig zum Forum vertiefter Forschungsarbeiten und Dissertationen bzw. aus ihnen abgeleiteter Forschungsergebnisse. Damit wird ein hohes Niveau der gut lesbaren und aufschlussreichen Beiträge auch für nicht auf Großsiedlungen spezialisierte Leserinnen und Leser sichergestellt.

Insgesamt durchziehen einige wiederkehrende Argumentationsfiguren und Stoßrichtungen die Beiträge, die an die zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung längst intensiv in der Fachwelt diskutierte Kritik anschließen, wie ein Roter Faden. Immer

wieder wird neben anderen Themen die Unflexibilität hinsichtlich einer möglichen und mittelfristig unweigerlich erforderlichen Anpassung und Weiterentwicklung hervorgehoben. In ihnen wird die Verkörperung der „Gott-Vater-Planung“ gesehen, in deren Geist Architekten und Städtebauer sie aus einem Guss und nicht selten mit großer Geste entworfen haben.

So erscheint es umso erfrischender, wenn in einzelnen Beiträgen kontrastierende und ergänzende Betrachtungen zum gängigen Bild hinzutreten. Hierfür bedarf es einer gesellschaftswissenschaftlichen Perspektive, die immer wieder eingenommen wird. Deutlich wird letztlich, dass – trotz des bisweilen selbstherrlichen Verständnisses der Entwurfsverfasser – keineswegs Architekten und Städtebauer alleine für das vermeintliche Scheitern der Großwohnsiedlungen (West) aus dem dritten Viertel des 20. Jahrhunderts verantwortlich sind. Vielmehr nennen einige Beiträge andere Berufsstände, so dass deutlich wird, wie stark die Großsiedlungen Kind ihrer Zeit waren und wie stark verschiedene gesellschaftliche Kräfte bei ihrer Entstehung zusammenwirkten.

Diese politikwissenschaftliche Perspektive ist aus heutiger Sicht besonders interessant, da beinahe jede größere Siedlungstätigkeit auf vehementen Widerstand aus der Gesellschaft stößt. Man fragt sich in diesem Zusammenhang, ob die Durchsetzung von Großsiedlungen wesentlich auf die enorme Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg und daraus resultierende geteilte Ziele von Politikern, Wohnungsunternehmen, Architekten und Städtebauern sowie anderen gesellschaftlichen Kräften zurückzuführen ist. Doch dies stellt, wie man sich angesichts der weithin bekannten Geschichte eines festen Interessenblocks von Entscheidungsträgern denken kann, der zunächst erst einmal mühsam durch gesellschaftlichen Widerstand aufgebrochen werden musste, nur die halbe Wahrheit dar. Schon früh gab es sowohl konkurrierende architektonisch-städtebauliche Ansätze, die stärker auf anpassungsfähige modulare Systeme setzten, jedoch marginalisiert wurden. Mit dem Fortschreiten des Siedlungsbaus in den 1960er und 1970er Jahren war die schlimmste Wohnungsnot der Nachkriegszeit überwunden und in der Stadtpolitik begann die eindeutige Unterstützung des weithin tätigen Gewerkschaftskonzerns Neue Heimat schon deutlich vor dessen endgültigem Niedergang zu bröckeln.

Insgesamt zeichnet sich hier eine stark auf die alte Bundesrepublik fokussierte Sichtweise und Geschichtsschreibung ab, die über die Jahrzehnte beibehalten und erst retrospektiv sowie äußerst selten überwunden wurde. Als Großwohnsiedlungen ab den 2000er Jahren durch das Städtebauförderprogramm in den Fokus der deutschen Stadterneuerungsdebatte gerieten, wurden die damit im Zusammenhang stehenden Herausforderungen von Schrumpfung, Rückbau und Aufwertung jedoch kaum aufgegriffen – das mag erneut mit dem westdeutschen Fokus der Zeitschrift zu tun haben. Ein ihnen ausschließlich gewidmetes Themenheft aus dem Jahr 2020, das vielfältige

und sehr aufschlussreiche Perspektiven einnimmt, handelt die Bandbreite seiner Zugänge weitgehend anhand von Hamburger Beispielen ab. So sind durchaus interessante Tiefenbohrungen möglich, doch wird der West-Fokus einmal mehr reproduziert.

Der bereits kurz erwähnte erste Beitrag von Tom Sieverts aus dem Jahr 1987 greift auf ein Forschungsprojekt zurück, das einen internationalen Zugang aufweist und Siedlungen aus Westdeutschland, Finnland, Schweden und Polen in den Blick nimmt. Mit der Betrachtung der „Neuen Städte“ als „Exerzierfeld der Moderne“ liegt eine Einbeziehung von Skandinavien angesichts dessen sozialpolitischer Vorbildrolle sowie Polen wegen der dort errichteten neuen Industriestädte nahe. Doch verwundert schon hier, dass die viel näher liegende DDR, in der etwa mit Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda und Halle-Neustadt ebenfalls ganz pointiert Neustadtgründungen vollzogen wurden, gar keine Erwähnung findet. Welche Erwägungen dem zugrunde gelegen haben mögen, als Sieverts das damals durchgeführte Forschungsprojekt konzipierte, kann nicht mehr nachvollzogen werden. Dennoch bietet der Beitrag über den ebenfalls referierten gängigen Stand der Städtebaugeschichte hinaus die Fachwelt aufrüttelnde Hinweise und Schlussfolgerungen, gerade was den vielkritisierten Mangel an Flexibilität betrifft:

*„Man muß diese ‚Neuen Städte‘ heute sozusagen aus ihrer stahlbetonierten Versteinerung befreien und öffnen für eine Entwicklung, in der wieder Spielräume freigelegt werden und soziale Aneignungsprozesse stattfinden können, in der diese Gebilde auch in Würde altern und Patina ansetzen können.“<sup>1</sup>*

Sieverts wirbt also für eine intensivere Auseinandersetzung mit dem doch wenig beachteten Siedlungstyp, dem er seine eigene Geschichtlichkeit attestiert und der damit stellvertretend für die ersten in dieser Zeit aufkommenden Nachbesserungsversuche steht:

*„Wir machen sonst wieder den gleichen Fehler wie nach dem zweiten Weltkrieg im Umgang mit der Stadt des 19. Jahrhunderts. [...] Das ‚Historische‘ zeigt sich zum Teil auch in der Art der Planungskonzeptionen, die als ‚großer Wurf‘ die Träume ihrer Verfasser von einer besseren, industriellem Fortschritt verschriebenen Welt widerspiegeln. In dieser besseren Welt war – wie im Paradies – die Geschichte ein für alle Mal ‚stillgelegt‘!“<sup>2</sup>*

Es wäre eine vergleichende Auseinandersetzung wert, ähnliches auch für Planungskonzeptionen anderer Epochen nachzuprüfen und insofern danach zu fragen,

1 T. Sieverts, Die „Neuen Städte“ als Experimentierfeld der Moderne. Beispiele aus der Bundesrepublik, aus Finnland, Schweden und Polen, in: *Die alte Stadt* 14 (1987), S. 54.

2 Ebd., S. 55.

inwiefern der Befund von Sieverts (und anderen) tatsächlich für die untersuchte Zeit spezifisch ist oder ob er nicht auch mit der besonderen Eigentümerkonstellation zu tun hat – wenige große Wohnungsunternehmen, die tendenziell eher standardisiert in ihren gesamten Bestand einer Siedlung intervenieren, wenn im Lebenszyklus der errichteten Gebäude ein Schlüsselmoment für die Instandsetzung oder Modernisierung gekommen ist. Dies würde ebenfalls erfordern, die Möglichkeiten einer kleinteiligen Aneignung durch einzelne Haushalte oder gemeinschaftliche Initiativen zu überprüfen, die ja gerade auch im Rahmen des Stadtumbaus Ost in den ehrgeizigeren Fällen zu vielschichtigen und bisweilen beachtlichen Lösungsversuchen geführt haben – vgl. etwa den Fall Marzahn-Hellersdorf in Berlin. Ungeachtet dieser allgemeinen Annäherungen bringt der Beitrag von Sieverts jedoch durch den internationalen Vergleich eine Typisierung der „Neuen Städte“:

*„Alle verfolgen sie ein übergeordnetes idealtypisches Grundprinzip als Ziel: die Identität von funktionaler Einheit, soziologischem Zusammenhang und architektonisch-städtebaulicher Form. Dieses Prinzip stellt sich am deutlichsten dar in der ‚Nachbarschaftseinheit‘ als ‚Grundzelle‘ der ‚Neuen Stadt‘ von 5.000-10.000 Einwohnern, mit der Grundschule als Bezugsgröße. In diesem Prinzip bleiben die ‚Neuen Städte‘ dem Funktionalismus strukturell verpflichtet; bis in die Entwicklung der Normen und Richtwerte hinein ist dieser Grundzug des funktionalistischen Städtebaus ablesbar.“<sup>3</sup>*

Bei einem vertieften Blick auf die Herausforderungen kommt Sieverts zu Empfehlungen, deren Plausibilität sich in weiten Teilen im Rückblick bestätigt hat:

*„Die akuten Notstände – leerstehende Wohnungen und Vandalismus – lassen sich kurzfristig fast nur mit ökonomischen und sozialen Maßnahmen lindern: Senken der Mieten, soziale Betreuung und Beratung durch Verbesserung von Hausverwaltung und Qualifikation der Hausmeister. Anpassung an gewandelte Nachfrage, normale Anpassungsprobleme und langfristige Werterhaltung bei strukturellen Änderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern dagegen organisatorische und bauliche Maßnahmen unterschiedlicher Reichweite und Eingriffsintensität: organisatorische Maßnahmen des Managements und der Nutzungsänderung, bauliche Maßnahmen der Umgestaltung und regionalplanerische Maßnahmen besserer Einfügung in die Stadtreion (öffentlicher Personennahverkehr, Arbeitsplätze, Freizeiteinrichtungen mit Landschaftsgestaltung).“<sup>4</sup>*

3 Ebd., S. 63.

4 Ebd., S. 70.

Im Jahr 1989 schließt sich Johann Jessen mit einem zweiten (auf einen Vortrag zurückgehenden) Beitrag an, der noch deutlicher als Sieverts die gängige Kritik an den Großsiedlungen zusammenfasst und dafür plädiert, aus dem mit ihnen verbundenen „Scheitern“ zu „lernen“. Das in ihnen verfolgte „Wohnmodell“ charakterisiert er zunächst wie folgt:

*„Der positive Kern dieses stark idealisierten Wohnmodells in den Großsiedlungen hat zum Ziel, das Wohnen von überflüssiger Arbeit zu befreien, so Gelegenheit für individuell und gesellschaftlich gewichtige Tätigkeiten in Beruf, Kultur, Freizeit und Politik zu schaffen und schließlich Schutz und Intimität zu gewähren.*

*Dieses Wohnmodell konnte sich im Einklang wännen mit den in den 60er Jahren sich abzeichnenden gesellschaftlichen Entwicklungen, mit einer Gesellschaft der Vollbeschäftigung, des immer leistungsfähigeren Wohlfahrtsstaats, der steten Ausweitung des Massenkonsums und der bürgerlichen Kernfamilie, die sich nahezu vollständig über den Markt versorgt und auf ein breites staatliches Infrastrukturangebot zurückgreifen kann und deshalb auf kleinräumige soziale Netze der Nachbarschaft, Verwandtschaft usw. nicht mehr angewiesen ist. Die Planer konnten nicht nur annehmen, daß sie auf der Höhe der Zeit waren, sondern mehr noch, daß sie ihrer Zeit voraus waren und eine Realutopie gebaut hatten.“<sup>5</sup>*

Anschließend bringt er das „Scheitern“ der Großsiedlungen in drei wesentlichen Argumenten auf den Punkt, die sich darauf beziehen, dass sie hinter den aufgemachten Ansprüchen zurückgeblieben seien, wesentliche Wohnanforderungen nicht berücksichtigt hätten und von der gesellschaftlichen Entwicklung überholt worden seien. In seinen weiteren Ausführungen stellt er mehrere Gründe für die geringe Flexibilität im Rahmen von Nachbesserungen vor, die allerdings beispielsweise gegenüber Gründerzeitquartieren nur teilweise nachvollziehbar sind: die geringe Flächenverfügbarkeit für Mietergärten, Betonwände als Hindernis für Grundrissveränderungen und die aufwendig gestalteten Hoch- und Tiefgaragen. Hieraus folgert er:

*„Auf die Großsiedlungen selbst hat ein Planungsverständnis durchgeschlagen, das den möglichen Irrtum, die Notwendigkeit nachträglicher Korrektur, sich nicht hat vorstellen können. Nicht die falschen Prognosen, nicht die verfehlten Kalkulationen und nicht die scheinbar rationale Begründung der Konzepte sind den Planern anzulasten, sondern das zu Stein gewordene Selbstverständnis der Unfehlbarkeit. Die gegenwärtigen beträchtlichen Probleme bei der Umgestaltung von Großsiedlungen machen auf einen Bewertungsmaßstab von Planung aufmerksam, der bislang häufig vernachlässigt*

5 J. Jessen, Aus den Großsiedlungen lernen? Das Scheitern eines Modells, in: *Die alte Stadt* 16 (4/1989), S. 571.

worden ist, nämlich inwieweit die Lösungsvorschläge nach der Realisierung noch offen bleiben für Veränderungen, deren Richtung und Qualität zum Zeitpunkt der Planung noch gar nicht bekannt sind. Das würde für die Planung mehr verlangen als technische Flexibilität, als das Unterbreiten von Alternativen oder eine möglichst intensive Planungsbeteiligung. Hierzu müsste ein ‚prinzipieller Irrtumsvorbehalt‘, die prinzipielle Revidierbarkeit der Planung berücksichtigt werden oder – etwas pathetisch formuliert – ein eingebauter Selbstzweifel einfließen.“<sup>6</sup>

Bis heute Gültigkeit dürfte außerdem sein Fazit besitzen:

„Das Scheitern der Großsiedlungen belegt die Notwendigkeit eines Bewertungsmaßstabs für räumliche Planung, das unter den Bedingungen von wirtschaftlichem Wachstum und ungebrochenem technologischen Fortschritt nicht hatte gedeihen können, das aber nach den Erfahrungen der Umweltzerstörung, der Risiken des Einsatzes von Großtechnologien und der Dauerarbeitslosigkeit immer unabweisbarer wird: die prinzipielle Revidierbarkeit, die Offenheit für durchgreifende nachträgliche Korrektur auch von nicht absehbaren Folgen.“<sup>7</sup>

Der auf einer Dissertation beruhende Beitrag von Oliver Schoeller aus dem Jahr 2002 führt nun die erwähnte politikwissenschaftliche Perspektive anhand einer Entscheidungsanalyse der Entstehung von Ratingen-West bei Düsseldorf ein. In einem lesenswerten historischen Überblick über die Genese der Nachkriegsmoderne zeigt er auf, welche Diversität in den diesbezüglichen Debatten über die Jahrzehnte bestanden hat. Daraus schließt er:

„Das Problem war nicht die inhaltliche Ausrichtung eines einzigen Planungsverständnisses unter dem Leitbild ‚Urbanität durch Dichte‘, vielmehr ist die Auswahl eines bestimmten Stadtplanungskonzepts neben anderen erklärungsbedürftig. Denn offenbar folgten Anfang der 60er Jahre unterschiedliche Eliten dem formalen Leitgedanken ‚Urbanität durch Dichte‘, wobei jedoch die jeweiligen inhaltlichen Vorstellungen deutlich divergierten.“<sup>8</sup>

Die inhaltlichen Besonderheiten, die in der Studie eine Rolle spielen, wie etwa das (vergebliche) Ringen um eine Verknüpfung der Großsiedlung mit der bestehenden Altstadt, sind für sich interessant. Sie belegen aber im Wesentlichen die Hauptthese von Schoeller, nämlich die Marginalisierung von alternativen Ideen, die mindes-

6 Ebda., S. 580.

7 Ebda., S. 581.

8 O. Schoeller (heute Schwedes), „Urbanität durch Dichte“ – ein umkämpftes Konzept. Dargestellt am Beispiel des Großsiedlungsbaus der „Neuen Heimat“, in: Die alte Stadt 28 (2/2001), S. 121.

tens unter den Entwurfsverfassern in einem eigens abgehaltenen städtebaulichen Wettbewerb bereits in den 1960er Jahren vorhanden waren, zugunsten einer unge störten Durchsetzung des für die Stadt außergewöhnlichen Vorhabens. Schoeller macht dafür den Interessenblock um den Oberbürgermeister und die Neue Heimat verantwortlich, die zur Vermeidung von Umsetzungsschwierigkeiten bereit ist, auf wesentliche Qualitätsmerkmale zu verzichten – und das trotz des abgehaltenen Wettbewerbs.

Schließlich kommt Schoeller zu einer doch ungewöhnlichen und anregenden Schlussfolgerung, deren Appellcharakter von höchster Aktualität sein dürfte:

*„Indem sich die Großsiedlungen der 60er/70er Jahre mit ihren unwirtschaftlichen Lebensverhältnissen nicht etwa als das Ergebnis gemeinwohlorientierter Planung offenbaren, sondern als Resultat undemokratischer Aushandlungsprozesse, wird zudem der lange Zeit diskreditierte Planungsgedanke rehabilitiert. Mit dieser Perspektive böte sich die Besinnung auf jene radikaldemokratische Tradition des Modernen Städtebaus an, deren Planungsverständnis sich mit ihrem Praktischwerden immer schon an den konkreten Bedürfnissen der Menschen orientiert hat. Im Gegensatz zu dem lange Zeit vorherrschenden rein ästhetischen (postmodernen) Ansatz ginge es um die Ergänzung des Städtebaus durch politische Konzepte, die sich an den Interessen der Bevölkerung orientieren und nicht durch Kapitalinteressen dominiert werden.“<sup>9</sup>*

In einem zweiten Beitrag geht Schoeller 2006 noch prononcierter auf den hier bereits dargestellten Zusammenhang zwischen vermachteten Entscheidungsstrukturen und Durchsetzung großer zusammenhängender Pläne im Großsiedlungsbau ein, indem er west- und ostdeutsche Verhältnisse in der industriellen Nachkriegsmoderne einander gegenüberstellt:

*„Die am Beispiel Ratingens beschriebene enge Verbindung zwischen der politischen Elite und den Repräsentanten des Wohnungsbauunternehmens erinnert an Verhältnisse, wie sie eingangs für den Plattenbau der DDR beschrieben wurden. Hier wie dort kam es, durch die bedingungslose politische Unterstützung der industriell gefertigten Bauweise, zu extremen Ausprägungen einer Großtechnologie. Während es in Ostdeutschland gelang, den industriell gefertigten Massenwohnungsbau, vermittelt über den Staat, der den traditionellen Wohnungsbau systematisch verdrängte, gesamtgesellschaftlich durchzusetzen, war dies in Westdeutschland nur in lokalen Nischen möglich, wo Politik und Ökonomie auf eine Weise miteinander verschmolzen, dass sich kein Korrektiv einer demokratischen politischen Öffentlichkeit etablieren konnte.“*

9 Ebd., S. 129.

*Schließlich zeigt ein Blick auf die lokalpolitischen Verhältnisse im Falle der 94 anderen westdeutschen Großsiedlungen, dass in nahezu allen Fällen ähnliche politische Bedingungen zu verzeichnen waren.*<sup>10</sup>

Diese sehr kritische Bilanz macht aus heutiger Sicht in mehrerer Hinsicht nachdenklich. So hat sich zwar bis zum Niedergang der Neuen Heimat im Westen ein in manchen Fällen eher an konzerngetriebenen und nicht immer an den Bedürfnissen der künftigen Bewohner ausgerichteten Interessen orientierte Konstellation durchgesetzt, während dafür im Osten mit der Industrialisierung des Wohnungsbaus wohl eher technologische Gründe maßgeblich waren. Man mag den Akteuren aber dennoch nicht absprechen, dass sie grundsätzlich mit der Schaffung von erschwinglichem Wohnraum ein wichtiges gesellschaftliches Ziel verfolgten. Angesichts der zersplitterten Governance-Arena unserer Tage und der Schwierigkeiten, die aktuelle Wohnungsmarktsanspannung in Ballungsräumen zu überwinden, erscheint die Kritik an den damaligen Verhältnissen vielleicht doch in einem etwas milderen Licht. In diesem Sinne formuliert Schoeller denn auch abschließend:

*„Demokratische Planung benötigt Zeit, man muss sie sich leisten können wollen. Bei kurzfristigen Kosten-Nutzen-Rechnungen hingegen bleiben in der Regel die langfristigen Folgekosten beschleunigter Planungsverfahren unberücksichtigt. Eine abschließende wirtschaftliche Bilanz des Großsiedlungsbaus der 1960er/70er Jahre kann wahrscheinlich erst gezogen werden, wenn die momentan zu verzeichnende Privatisierungswelle im ehemals sozialen Wohnungsbau abgeebbt ist und die Altlasten der öffentlichen Hand deutlich zu Tage treten.“*<sup>11</sup>

An den Beitrag von Schoeller schließt sich ein weiterer von Ludger Basten an, der ebenfalls aufbauend auf seiner Dissertation mit dem Potsdamer Kirchsteigfeld erstmals (und fast alleinig) eine nach der Wiedervereinigung entstandene Großsiedlung in den Blick nimmt. Detailreich unterlegt er die im Grundsatz bekannte Geschichte hoher Ansprüche an soziale und funktionale Mischung in einer Siedlung auf traditionalistischem Grundriss, die nicht zuletzt aufgrund der ungünstigen Standortbedingungen für Gewerbe und dem Abebben des Nachwendebooms nur eingeschränkt eingelöst werden – eine Bilanz, die über den Einzelfall hinaus Bestand haben dürfte. Er zeigt insbesondere auf, dass es mit dem besonderen Quartier gelungen ist, eine hohe Identifikation unter der Bevölkerung zu erzeugen, wofür aber von dieser eher architektonische Gestaltung als städtebauliche Merkmale als maßgeblich angeführt

10 O. Schoeller, Zur Politik des westdeutschen Großsiedlungsbaus. Das Beispiel Ratingen-West, in: Die alte Stadt 33 (2/2006), S. 153 f.

11 Ebda., S. 154..

werden. Weiterhin weist er auf die Rolle des vom Wohnungsunternehmen organisierten Quartiersmanagement für das positiv bewertete soziale Miteinander hin. Indirekt kommen aber die städtebaulichen Qualitäten offenbar doch durchaus zum Tragen:

*„Über diese Betrachtungen der ästhetischen und sozialen Implikationen baulicher Gestaltung soll jedoch nicht vergessen werden, dass die meisten Bewohner des Kirchsteigfelds diese bauliche Gestaltung selbstverständlich auch aus einer funktionalen Perspektive wahrnehmen: Architektonische und städtebauliche Gestaltungselemente werden ganz wesentlich in Bezug auf ihre Alltagstauglichkeit hin evaluiert. Insbesondere werden etwa die Ausstattung mit Geschäften und öffentlichen Einrichtungen, mit Grün- und Freiflächen sowie die Fußläufigkeit des gesamten Stadtquartiers als positiv hervorgehoben. Die Anlage des Marktplatzes und der Innenhöfe wird ausdrücklich gelobt, weil diese eben aus funktionaler Sicht als mögliche Veranstaltungsorte und Räume der Begegnung erkannt werden. Gleichzeitig werden jedoch die relativ engen Straßenräume kritisiert, weil sie als verkehrstechnisch beschwerlich und gefährlich empfunden werden. Die Intention der Gestalter, den Fußgängerraum zu betonen und den fließenden Verkehr durch Enge und teilweise Unübersichtlichkeit zu verlangsamen, wird von den Bewohnern weder erkannt noch honoriert. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die meisten Bewohner die Gestaltung des Kirchsteigfelds als gelungen bezeichnen, da sie das Quartier (und letztlich diesen Städtebau) als im Alltagsleben außerordentlich praktisch empfinden.“<sup>12</sup>*

Im Jahr 2015 ordnen Sonja Hnilica und Wolfgang Sonne die Großsiedlung in eine weiterführende Betrachtung von Großstrukturen ein, im Rahmen derer sie unter Verweis auf Ungers zunächst über deren Besonderheit nachsinnen und neben Großsiedlungen auch Kultur- und Universitätsbauten betrachten. Insgesamt kommen sie zwar eher zu einer ambivalenten Gesamteinschätzung, gelangen aber mit Beispielen aus dem Vereinigten Königreich zu einem etwas differenzierteren Gesamtbild:

*„Der Blick über die Grenzen zeigt jedoch, dass Größe, Denkmalschutz und architektonische Weiterentwicklung keine Widersprüche sein müssen.“<sup>13</sup>*

Damit ist die Perspektive erneut geweitet: Von dem Plädoyer für eine Weiterentwicklung bei Sieverts bis zur Frage nach der Denkmalwürdigkeit vollziehen die Beiträge also den Wandel der Auffassungen in der Fachwelt nach. Wenngleich Hnilica und

12 L. Basten, Potsdam-Kirchsteigfeld. Planerische Entstehung und Alltagstauglichkeit eines neuen Stadtquartiers, in: *Die alte Stadt* 33 (2/2006), S. 166 f.

13 W. Sonne/S. Hnilica, Gebaute Großobjekte der Moderne: Denkmal, Mahnmal, Hypothek, Ressource?, in: *Forum Stadt* 42 (1/2015), S. 33.

Sonne einige Gedanken zu Kriterien für eine Denkmalwürdigkeit von Großstrukturen entfalten, erlaubt der Umfang des Beitrags nur andeutungsweise tiefergehende Auseinandersetzung mit konkreten Fällen:

*„In ähnlicher Weise wird man differenzierend mit den Großstrukturen der Moderne umgehen müssen, wenn man sie denn für denkmalwürdig erachtet. Bei Strukturen, die auf dem Konzept der dauerhaften Infrastruktur und der kurzfristig andockbaren Container basieren, wird man weiterhin eine Veränderbarkeit einzelner Teile zulassen können. Bei Strukturen, die auf einem konstruktiven Modul basieren, das je nach den Wünschen der Zeit beliebig einsetzbar sein und somit ein formal nicht vorbestimmtes Wachsen der Struktur ermöglichen sollte, wird man keine Gesamtform schützen müssen – hier mag es ausreichend sein, ein einziges Modul zu erhalten, falls sich keine sinnvolle Weiternutzung der Gesamtstruktur findet. Bei Großbauten wiederum, deren Qualität hauptsächlich in ihrer einheitlichen und eindrucklichen Großform liegt, wird man wohl diese schützen müssen. Dies erfordert dann die schwierige Vermittlung eines klassischen Ansatzes der Objekt Denkmalpflege mit dem differenzierenden Ansatz der städtebaulichen Denkmalpflege: Denn auch in diesen Fällen wird die erhaltenswerte Großform mit den gewandelten Nutzungen in eine Verbindung gebracht werden müssen.“<sup>14</sup>*

Heidede Becker blickt 2018 auf ihre damals 50 Jahre zurückliegende Zeit als Studentin zurück und schildert sehr lebendig und unterhaltsam, welcher Stellenwert den Großsiedlungen bei der kritischen Auseinandersetzung mit dem Baugeschehen der damaligen Zeit zukam. Interessant erscheint dabei auch ihre Einschätzung zum später einsetzenden städtebaulichen Leitbildwandel:

*„Erst als sich die Wohnungsunternehmen Mitte der 1980er Jahre nicht nur mit Leerständen und Vermietungsschwierigkeiten als Folge von Wohnberechtigungsregelungen und Negativimage, sondern auch mit Bauschäden und hohem Instandsetzungsbedarf konfrontiert sahen, wurden die schon länger thematisierten Probleme wie Maßstabslosigkeit der solitären Großfiguren („Wohnmaschinen“), normierte Wohnungsgrundrisse, unwirtliche öffentliche Räume, fehlende Infrastruktur, unpersönlich-rigide Hausverwaltung usw. politisch ernst genommen.“<sup>15</sup>*

Ein Jahr später gelingt es 2019 Johann Jessen und Isabelle Willnauer, erneut vor dem Hintergrund von Ergebnissen eines Forschungsprojekts, die früheren Darstellungen um Erkenntnisse zu (zumeist nach den Prinzipien der „gegliederten und aufgelö-

<sup>14</sup> Ebda., S. 37.

<sup>15</sup> H. Becker, Unbedingt modern – Glücksversprechen Großsiedlungsbau, in: Forum Stadt 45 (1/2018), S. 76.



**Abb. 1:** Siedlung Wartberg in Wertheim; Quelle: *I. Willnauer*.

ckerten Stadt“ entstanden) Großsiedlungen in kleineren Städten zu ergänzen.<sup>16</sup> Erstaunlicherweise wird dabei die Vielzahl der ostdeutschen Vertreter ganz bewusst ausgelassen, da diese nunmehr im Kontext des Programms „Stadtumbau Ost“ ausführlich betrachtet worden seien. Es entsteht ein solider Überblick über Probleme und Herausforderungen der Siedlungen, die sich durch eine relativ geringe Diversität auszeichnen und bis heute vielfach einen wichtigen Beitrag zur Versorgung mit relativ preiswertem Wohnraum leisten. Die Anpassungserfordernisse und die Möglichkeiten der Weiterentwicklung sind verglichen mit den Großstädten eher gering – lediglich der Strukturwandel im Einzelhandel macht die Versorgungslage in den Siedlungen schwierig, doch es lassen sich einige lokale Anpassungsstrategien beobachten. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen von Mobilitätswende, Barrierefreiheit, demographischem Wandel und Alterung sowie Migration und Integration wird die Weiterentwicklung dieser Siedlungen dennoch als wichtige Zukunftsaufgabe begriffen.

Bernd Hunger reagiert sogleich in der folgenden Ausgabe noch im Jahr 2019, indem er auf den weitaus größeren Bestand der Großsiedlungen in kleineren ostdeutschen Städten hinweist. Zu Recht erinnert er auch daran, dass trotz der großen Aufmerksamkeit für die Wohnungsprobleme in den Ballungsräumen viele Menschen

16 Vgl. *J. Jessen/I. Willnauer*, Kleine Städte mit großen Siedlungen. Probleme und Herausforderungen, in: *Forum Stadt* 46 (3/2019), S. 229 f.

eher in kleineren Städten wohnen wollen. Inwieweit dabei Geschosswohnungen eine Zukunft haben werden, ist bislang nicht ausgemacht. Hungers Plädoyer scheint jedoch sehr eindeutig, auch wenn noch unklar sein dürfte, wie sich die Zukunft der Pendelmobilität darstellen, welchen Stellenwert langfristige Telearbeit haben und sich Deutschland künftig demographisch entwickeln wird:

*„Wohnen zur Miete auch auf dem Lande ist auf Dauer gefragt, nicht jeder kann sich Eigentum leisten. Der Bedarf an preiswertem gutem Wohnraum zur Miete im Umfeld der Städte mit angespannten Märkten steigt. Insgesamt verwundert die geringe Wahrnehmung und Beachtung der kleinen Großsiedlungen als Wohnungsbaupotential. Eher werden im ländlichen Raum Eigenheimgebiete ausgewiesen oder kompakte Neubauprojekte nach Investorenmodellen errichtet, statt die Aufmerksamkeit auf die behutsame Nachverdichtung des Bestandes zu richten. Als Aufgabe steht deshalb an, die vorhandenen Siedlungen nachfragegerecht zu erweitern und baulich zu ergänzen.“<sup>17</sup>*

Zu einem vorläufigen Abschluss kommt die Auseinandersetzung mit Großsiedlungen in Forum Stadt im Jahr 2020, in dem Sebastian Haumann und Swenja Hoschek ein ganzes Heft dem Schwerpunkt „Großsiedlungen als Problemkonstruktion“ widmen. Sie fragen danach, was Großsiedlungen zu besonderen – und als besonders problematisch präsentierten – Stadtteilen machte:

*„Für Westeuropa liegen Arbeiten [...] vor, die zeigen, dass die baulichen und sozialstrukturellen Besonderheiten, die durch Belegungspolitik, wohnungswirtschaftliche Entwicklungen, Migration oder den Anstieg der Arbeitslosigkeit entstanden sind, keineswegs nur problematisch waren. Vielmehr erwiesen sich Großsiedlungen trotz, oder vielleicht gerade wegen dieser Herausforderungen als im besten Sinne ‚normale‘ Stadtteile mit einer politisch und sozial engagierten Bewohnerschaft, funktionsfähigen öffentlichen Räumen und einer vergleichsweise hohen Lebensqualität.“*

*Vor dem Hintergrund dieser Befunde betont die aktuelle historische Forschung recht deutlich, dass die Probleme der Großsiedlungen in erster Linie ein Problem der Imagekonstruktion sind. Allerdings lassen sich auch die baulichen Defizite und sozialstrukturellen Besonderheiten in der Geschichte der Siedlungen kaum verkennen. [...]*

*Boten die Siedlungen in den 1960er Jahren noch einen überzeugenden Gegenentwurf zum Leben im Altbau, verschoben sich die Präferenzen in dem Maße, in dem das linksalternative Milieu und dann die Kreativwirtschaft die gewachsenen Strukturen für sich entdeckten. Die relative Abwertung der Großsiedlungen bei gleichzeitiger Aufwertung der Altbauviertel schlug sich schließlich auch auf die Sozialstruktur nieder.“<sup>18</sup>*

17 B. Hunger, Großsiedlungen im ländlichen Raum der neuen Länder, in: Forum Stadt 46 (4/2019), S. 387.

18 S. Haumann/S. Hoschek, Großsiedlungen als Problemkonstruktion. Editorial, in: Forum Stadt 47 (3/2020), S. 187 u. 189.



**Abb. 2:** Cover des Forum Stadt-Hefts 3/2020 zu Großsiedlungen als Problemkonstruktion.

Daher stehen nun zeitgenössische Wahrnehmungen, Darstellungen und Aushandlungsprozesse im Mittelpunkt, die Christiane Reinecke am Beispiel von Medienberichten, Svenja Hoschek mithilfe einer Darstellung des Ringens um angemessenere Spielplätze, Christine G. Krüger durch die Diskussion von Sicherheits- und Unsicherheitskonstruktionen, Arndt Neumann mithilfe einer Gegenüberstellung der gesellschaftlichen Attraktivitätskarrieren von Gründerzeitvierteln und Großsiedlungen sowie Dirk Schubert am Beispiel von frühen Versuchen alternativer Entwicklungsmodelle in Großsiedlungen untersuchen.<sup>19</sup> Der starke Fokus auf Hamburg erlaubt tiefe Einblicke in Details, die so überregional nur den Wenigsten bekannt sein dürften, blättert in seiner Gesamtheit aber doch ein Spektrum der Problematik

<sup>19</sup> Vgl. diese Beiträge in dem Schwerpunktheft „Großsiedlungen als Problemkonstruktion“, in: *Forum Stadt* 47 (3/2020).

sierungen von Großsiedlungen auf, das – mindestens im Westen der Bundesrepublik – in Grundzügen verallgemeinerbar sein dürfte.

Aufschlussreich ist dabei insbesondere wie die Medien beinahe von Anfang an ein einseitiges Bild von den Großsiedlungen als Hort des Prekariats zeichnen – und dafür sogar Bewohnerinnen und Bewohner instrumentalisieren. Sieht man dies im Zusammenhang mit dem studentischen und akademischen Milieu, das sich – vgl. den Beitrag von Becker – für einen anderen Umgang mit den Großsiedlungen einsetzt, wird deutlich, dass hier wie in anderen Kontexten der Quartiersentwicklung auch bei den Kritikern eine paternalistische Haltung vorzuherrschen scheint.

*„Während um 1960 die Großsiedlungen in der Regel nicht explizit einer sozialen Schicht zugeordnet bzw. im Modus der Vermittelschichtung beschrieben worden waren, galten sie im Laufe der 1970er Jahre vermehrt als Orte der ökonomischen Überforderung, der Prekarität und des Abstiegs. Diese Verschiebung spiegelte durchaus einen Wandel in der sozialen Zusammensetzung der Bewohnerschaft wider, indem gerade Mittelschichtshaushalte in wachsender Zahl dort auszogen. Hoch war die Fluktuation in den Großsiedlungen von Beginn an gewesen, zumal viele Familien hofften, irgendwann in ein Einfamilienhaus umziehen zu können und von vornherein mit dem Plan dorthin gezogen waren, die Siedlungen bald wieder zu verlassen. Um 1970 rückte dieser Traum für wachsende Teile der Bevölkerung in greifbare Nähe.“<sup>20</sup>*

Reinecke weist hier bereits auf einen weiteren Schlüssel für den Abstieg der Großsiedlungen hin, der zwar nicht ohne die stadtentwicklungspolitischen Weichenstellungen zu erklären ist, aber gleichwohl ihre eingeschränkte Attraktivität unabhängig von medialen und anderen Zuschreibungen verdeutlicht: Bedeutsam als „Übergangslösung“ in Zeiten steigenden Wohnflächenkonsums fallen sie doch gegenüber später in größerem Umfang errichteten Einfamilienhausgebieten und gründerzeitlichen Altbauquartieren zurück. Bis zu einem gewissen Grad gilt dies selbst für die ostdeutschen Großsiedlungen im Zuge von Leerstandswellen nach der Wiedervereinigung, auch wenn hier Untersuchungen des UFZ zu Leipzig-Grünau die Möglichkeit einer Stabilisierung auch des Images in einem Umfeld vergleichsweise positiver Identifikation mit dem komplexen Wohnungsbau mindestens in wieder wachstumsgeprägten Zeiten nachweisen (was aber in den Beiträgen aus Hamburg nur sehr indirekt zur Sprache kommt).

Hoschecks Studie zu den Schwierigkeiten, bedürfnisorientierte Wohnfolgeeinrichtungen zu schaffen, bringt das Dilemma von Überforderung angesichts des hohen Neubauvolumens der damaligen Zeit sehr gut auf den Punkt und erhärtet

<sup>20</sup> Chr. Reinecke, Faszinierend schlechte Viertel. Großsiedlungen als prekäre Räume und Lehrräume urbaner Moral in den französischen und westdeutschen Medien, in: Forum Stadt 47 (3/2020), S. 202 f.

damit indirekt den Appell von Schoeller, sich bei der Planung Zeit zu nehmen und nicht überstürzt zu handeln – was angesichts der in Zeiten von Wohnungsknappheit eine zwar nachvollziehbare, aber vermutlich in seiner Gänze doch schwer durchhaltbare Devise sein dürfte:

*„Zwar teilten auch Mitarbeiter des Gartenbauamtes die Meinung, dass die vorhandenen Spielplätze zu klein seien, doch war die Kritik der beiden Spielplatzgruppen auch qualitativer Natur. So bezeichnete beispielsweise die Spielhafengruppe die konventionellen Spielplätze mit Schaukel, Rutsche und Wippe als ‚Übungsplätze für Verhaltensstörungen‘. Und auch in den Borner Mitteilungen der IGOB wurde kritisiert, dass ‚die Geräte, die auf vielen deutschen Spielplätzen angeboten werden, die Kinder zu Wipp- und Schaukelidioten [heranzüchten]‘ würden. Der klassische Spielplatz erschien den Beteiligten als zu klein, zu monoton und einfallslos.“<sup>21</sup>*

In Krügers Beitrag zeigt sich, dass sich die Auseinandersetzung um Entstehung, Gegenwart und Zukunft der Großsiedlungen auch im Licht eines sozialpolitischen Sicherheitsdiskurses lesen lässt. Es mag Geschmackssache sein, ob man dies alles als Sicherheitsfrage rahmen muss, wenn zeitweise eher klassische Topoi der aus heutiger Sicht fragwürdig anmutenden Großstadtfeindschaft durchzublitzen scheinen:

*„Kritische Stimmen argumentierten wieder und wieder, die Lebensweise in den Siedlungen und insbesondere in den Hochhäusern wirke sich nachteilig auf die kindliche Entwicklung aus. Letztlich seien die Eltern dort vor zwei Alternativen gestellt: Entweder behielten sie ihre Kinder im Haus, sodass ihnen die notwendige Bewegung an der frischen Luft fehle, während sie stattdessen vor dem Fernseher säßen oder vermehrt zu ‚Schundheften‘ griffen. Oder aber die Eltern müssten ihre Kinder den Gefahren der Straße aussetzen, ohne die Möglichkeit, sie vom Fenster aus im Auge zu behalten zu können. Tödliche Autounfälle wurden als Beleg angeführt.*

*Die Bewohnerschaft galt somit als in vielfältiger Weise eines wichtigen Teiles ihrer Freiheiten beraubt. Diese Vorstellung lässt sich unter anderem als Ausdruck eines verbreiteten Misstrauens dem Staat gegenüber deuten. [...] Auch Anonymität und die Monotonie, deren Beschwörung fast nie fehlte, wenn die Großsiedlungen als Sicherheitsproblem diskutiert wurden, galten als Elemente, die den Spielraum für Selbstbestimmung einschränkten. In der Anonymität verlören sich Bewohnerinnen und Bewohner als Einzelne, während die Monotonie ihnen die Möglichkeit raube, einen individuellen Lebensstil zu entwickeln.“<sup>22</sup>*

21 S. Hoschek, Wohnfolgeeinrichtungen problematisieren. Spielplätze als Aushandlungsräume in den 1970er Jahren im Osdorfer Born, in *Forum Stadt* 47 (3/2020), S. 214.

22 Chr. G. Krüger, Von Mümmelmansberg bis Allermöhe: Sicherheits- und Unsicherheitskonstruktionen, in: *Forum Stadt* 47 (3/2020), S. 228 u. 230.

Letztlich geht es dabei um stadtsoziologische Fragen wie Segregation, selektive Abwanderung und Strategien der sozialen Mischung, die im Zusammenhang mit Quartiereffekten seit der Einführung des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ (und seinen begrifflichen Nachfolgern) immer wieder aufgeworfen werden. Ausschlaggebend werden sie bei der sich anschließenden Betrachtung von Allermöhe, einem zweiten Beispiel einer Großsiedlung, die in Reaktion auf die vielfältige Kritik an der städtebaulich-architektonischen Moderne errichtet wurde. Auch andere bis heute aktuelle Fragen der Stadtsoziologie wie etwa die nach einer Verbreitung vorstädtischer oder gar dörflicher Lebensweisen in der Stadt, die Spaltung der Stadtgesellschaft oder das gemeinschaftliche Wohnen scheinen im Zusammenhang mit den Beiträgen auf, etwa wenn Arndt Neumann die links-alternative Modernitätskritik aufgreift und auf deutsch-migrantische Selbstermächtigungsstrategien des Gangsta-Rap aus dem Osdorfer Born in Hamburg verweist oder Dirk Schubert das gescheiterte Experiment einer Großkommune in Steilshoop analysiert.

In ihrer geschichtlichen Einbettung werden manche Pfadabhängigkeiten und politische Weichenstellungen besser erklärlich, die bis heute nachwirken, so etwa die über lange Zeit bestehende Ablehnung gemeinschaftlichen Wohnens in der Hamburger Politik. In diesem Sinne helfen viele der in den letzten Jahrzehnten in der Zeitschrift historisierten Analysen im besten Sinne zu einem tieferen Verständnis der Gewordenheit und des aktuellen Umgangs mit Großsiedlungen. Gerade in der an wissenschaftlichen Zeitschriften nicht eben reich gesegneten deutschsprachigen Stadtforschungslandschaft hat *Forum Stadt* vor diesem Hintergrund seinen festen Platz und stellt, wie in diesem Beitrag dargestellt, trotz des begrenzten Gewichts, das dem Thema über die Jahre zugemessen werden konnte, gewissermaßen eine Chronologie der Großsiedlungsforschung im Kleinen dar. Diejenigen, die sich das Thema umfassend erschließen möchten und beispielsweise für die umfassenden Hinterlassenschaften des Komplexen Wohnungsbau, die Herausforderungen und Errungenschaften des Stadtumbaus in Großsiedlungen, den dort stattfindenden sozialen Wandel oder gar für ihre Rolle im Kontext des baulichen und städtebaulichen Denkmalschutzes interessieren, werden hier vielfältige Anregungen finden, sich aber dennoch weit darüber hinaus orientieren müssen.

## **Die autogerechte Stadt: rascher Siegeszug und langer Abschied**

Als Otto Borst und seine Mitstreiter vor 50 Jahren die Zeitschrift „Die alte Stadt“ gründeten, wurde zum ersten Mal auf einer etwas breiteren Front die autogerechte Stadt in Frage gestellt. Altstadt und Auto, das war in der Tat ein schwieriges Verhältnis, das schon seit langer Zeit zerrüttet war – durch große Straßendurchbrüche und Straßenerweiterungen, durch die Schaffung vieler Parkplätze, durch autoabhängige Nutzungen und Bauten. Die Gründung der Zeitschrift war auch eine Aktion gegen die Protagonisten dieser Entwicklung, die im Namen des Fortschritts die alten Straßen und Plätze und mit ihnen deren Häuser als nicht mehr zeitgemäß erklärten.

Die autogerechte Stadt war in Deutschland ein relativ junges Projekt, das auch nur kurze Zeit gesellschaftlich umjubelt wurde. Es wurde erstmals Ende der Weimarer Republik systematisch vorbereitet und seit 1933, vor allem aber seit den 1950er Jahren in großem Stile verwirklicht. Anfang der 1970er Jahre wurde es bereits wieder in Frage gestellt. Die autogerechte Stadt war nicht einfach nur ein Verkehrsprojekt, sondern ein komplexes Gesellschaftsprojekt, das sich mit und um das Automobil entwickelt hat. Der Umbau der alten Stadt in eine autogerechte Stadt war für die Stadt selbst und für ihre Bewohner eine Revolution im Alltag – für alle, ob sie ein Auto besaßen oder nicht. Er veränderte das Leben radikal – das Wohnen, die Arbeit, die Freizeit, das Einkaufen, das Essen und natürlich die Fortbewegung. Er veränderte die Stadt, die Straßen, die Plätze, die Gebäude, er veränderte das Wachstum der Stadt, er schuf die vorstädtische Zersiedelung, den *suburban sprawl*. Verbunden waren diese materiellen Veränderungen mit dem großen Versprechen einer neuen Freiheit, der Freiheit, zu jedem Zeitpunkt jedes erwünschte Ziel schnell und komfortabel erreichen zu können. Eine Freiheit, die die öffentlichen Verkehrsmittel nicht bieten konnten. Das Automobil, seine Größe, Form und PS-Zahl, verdeutlichte zudem im öffentlichen Raum unmissverständlich den sozialen Rang seines Fahrers, besser noch als jede Kleidung.

Beteiligt am Projekt der autogerechten Stadt waren viele – nicht nur die deutschen Automobilhersteller. Dazu gehörten die Unternehmen und Institutionen des Wohnungsbaus, des Straßenbaus, später des Shopping-Center-Baus, aber auch Politiker, Verkehrs- und Stadtplaner, Architekten, Bau-/Verkehringenieure, Landschafts-



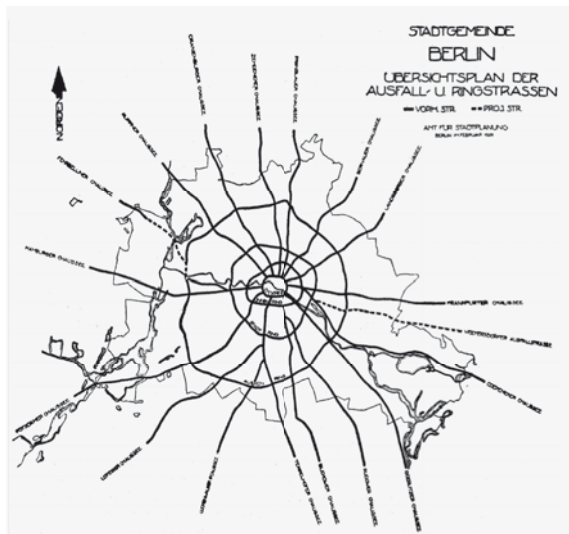
**Abb. 1:** Ludwig Hilberseimer: Vision der Stadt der Zukunft, 1927;  
Originalbildunterschrift: „Schema einer Hochhausstadt, Ost-Weststraße“;  
Quelle: L. Hilberseimer, Großstadtarchitektur, Stuttgart 1927, S. 19.

architekten. Ein dichtes Geflecht von Interessen, das nicht nur kommerziell zusammengehalten wurde, sondern durch einen gemeinsamen Lebensstil, der süchtig und abhängig machte, abhängig vom Automobil.

Der Umbau der überkommenen Stadt in eine autogerechte Stadt hatte eine wichtige Voraussetzung: die radikale kulturelle Entwertung der überkommenen Stadt, vor allem der Altstadt mit ihrer dichten, funktionsgemischten Bebauung, mit ihren Stadtstraßen und Stadtplätzen. Die Altstadt erlebte eine regelrechte Diskriminierungskampagne, die selbst heute noch nicht ganz überwunden ist. Sie schien für das moderne Leben nicht mehr geeignet, sie galt als gestrig, als reaktionär. Sie sollte durch eine bessere Stadt ersetzt werden, die ein besseres Leben versprach.

### ***Der kurze, triumphale Siegeszug des Projekts der autogerechten Stadt***

Nach dem Ersten Weltkrieg und mit Blick auf die USA, wo das erste Massenautomobil der Welt, das Modell Ford T, seinen Siegeszug antrat, imaginierten auch einige deutsche Architekten eine völlig neue Stadt, wie etwa Ludwig Hilberseimer (vgl. Abb. 1). Neue Stadt und neuer Verkehr bildeten hier eine selbstverständliche Einheit, für die alte Stadt war kein Platz mehr. Das waren angesichts der bitteren Notlage während der 1920er Jahre irrealer Träume, die aber den Alltag wie das Denken



**Abb. 2:** Berlin, Amt für Stadtplanung, Planung eines Netzes von autogerechten Ring- und Radialstraßen, 1929; Quelle: G. Böß, Berlin von heute, Berlin 1929, S. 117.

der Fachleute langsam zu beeinflussen begannen. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Glosse von Kurt Tucholsky in der Weltbühne aus dem Jahr 1926. Tucholsky schrieb damals: „Die Berliner Presse ist dabei, dem Berliner eine neue fixe Idee einzutrommeln: den Verkehr. Die Polizei unterstützt sie darin aufs trefflichste. Es ist gradezu lächerlich, was zur Zeit in dieser Stadt aufgestellt wird, um den Verkehr zu organisieren, statistisch zu erfassen, zu schildern, zu regeln, abzuleiten, zuzuleiten [...]. Ist er denn so groß? Nein. [...] Und gegenüber diesem kindlichen Getobe muß ich sagen, daß ich eine Geisteshaltung nicht begreife, der die Quantität eines Verkehrs imponiert.“<sup>41</sup>

Das Projekt der autogerechten Stadt wurde während der späten Weimarer Republik vorbereitet, mit einer Fortschrittsrhetorik, die propagandistisch durch suggestive Bilder unterstützt wurde, aber auch schon durch Pläne. Berlin war hier Vorreiter: Bereits 1929 hatte das Amt für Stadtplanung einen Schnellstraßenplan vorgelegt, der ein komplettes Netz von Radial- und Ringstraßen vorsah (vgl. Abb 2). Dieser Plan kann als erster offizieller umfassender autogerechter Plan für Berlin angesehen werden. Berlin war in diesen Jahren wie auch später die deutsche Avantgarde-Stadt der autogerechten Stadtplanung.

1 I. Wrobel (Pseudonym), Berliner Verkehr, in: Die Weltbühne 45/1926, S. 739 ff.



**Abb. 3:** NS-Kultbuch: Wilfrid Bade, Das Auto erobert die Welt, Berlin 1938 (Buchumschlag).

Durchgesetzt wurde die autogerechte Stadt im Wesentlichen seit 1933 bis Anfang der 1970er Jahre, während etwa 40 Jahren. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bekam die Vorbereitung der autogerechten Stadt einen neuen Schwung, vor allem mit der Reichsautobahn und dem Volkswagen. Die Reichsautobahn war mit bis Ende 1938 gebauten 3.000 Kilometern eines der größten Bauprojekte der NS-Diktatur, ein Kooperationsprojekt von Bauingenieuren, Architekten und Landschaftsarchitekten. Sie sollte die deutschen Gauen in all ihrer deutschen Schönheit zusammenführen. Und sie sollte die Bühne bieten für ein erstes deutsches Massenautomobil, das in Griffweite gerückt zu sein schien, für den Volkswagen.

Um dieses Auto wurde ein Kult aufgebaut, der eng mit dem Führerkult verwoben war. Deutlich wurde das in vielen Publikationen, etwa in dem Buch „Das Auto erobert die Welt“ von Wilfrid Bade<sup>2</sup> (vgl. Abb. 3). Es erschien 1938 in einer Auflage von 50.000 Exemplaren und verstand sich als „Biographie des Kraftwagens“.

Das neunte und letzte Kapitel hieß schlicht: „Der Volkswagen“. Als Stichpunkte wurden hier genannt: „Der Auftrag des Führers. Dr. Porsche und Direktor Werlin. Des Kraftwagens neuer Sinn.“ – Neuer Sinn? Am Schluss des Buches hieß es: „Tausendmal mächtiger wurde der Mensch nun, da er die Kraft von vielen Pferden in seinen Wagen bannt und die Gewalt der donnernden Explosionen. Mit seiner wachsenden Macht aber wächst sein höchster Besitz, die Freiheit.“<sup>3</sup>

Das Freiheitsversprechen für die „Volksgemeinschaft“ war die zentrale Botschaft der Autopolitik der NS-Diktatur, die offenbar auch verfiel. Der Autor des kultischen Autobuches, Wilfrid Bade, war nicht irgendein Schreiber, sondern ein höchst gebildeter Beamter des Reichspropagandaministeriums. Das vielleicht bedeutendste städtebauliche Erbe, vor allem das am spürbarsten unseren Alltag berührende Erbe

2 W. Bade, Das Auto erobert die Welt, Berlin 1938; Wilfrid Bade hat auch das Buch „Die SA erobert Berlin. Ein Tatsachenbericht“, München 1933, geschrieben.

3 Ebda., S. 360.



**Abb. 4:** Die perspektivisch autogerechteste Stadtregion Europas: Berlin in der NS-Zeit; Quelle: *Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen* (Hrsg.), *Fünf Jahre Arbeit an den Straßen Adolf Hitlers, Berlin 1938*, S. 12.

der NS-Zeit in Berlin ist heute der äußere Autobahnring, der immer noch der größte Autobahnstadtring Europas ist (vgl. Abb 4).

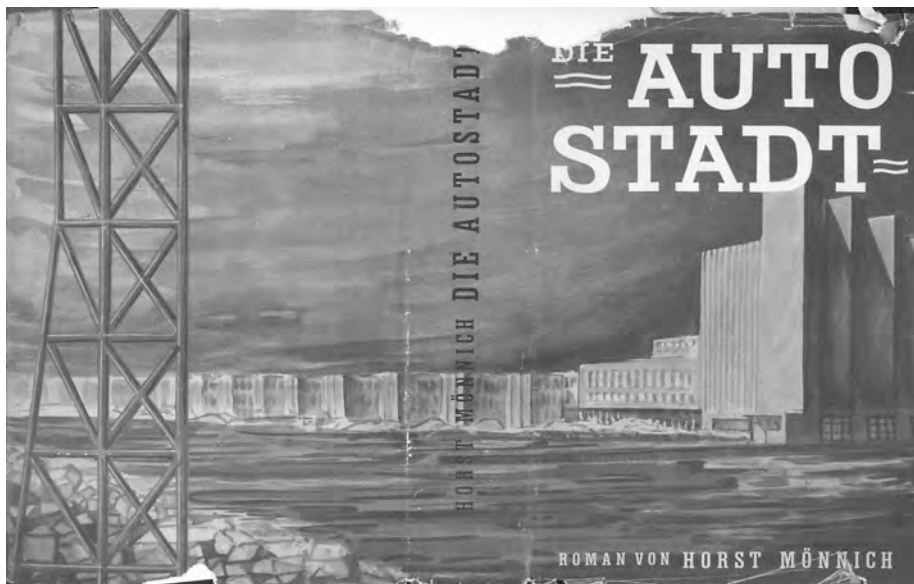
Die Zerstörungen des Krieges, so sahen es viele Fachleute, boten die einzigartige Chance, die alte Stadt endlich zu überwinden und eine neue, autogerechte Stadt aufzubauen. Neuaufbau statt Wiederaufbau. Ein Beispiel dafür war die Ausstellung „Berlin plant“, die 1946 in der Ruine des Berliner Stadtschlusses gezeigt wurde. Dort wurde vorgeführt, was aus der Sicht der damaligen Planer wünschenswert war: eine neue Stadt, organisiert durch Schnellstraßen mit autogerechten Straßenkreuzungen. Das Ausstellungsbild (vgl. Abb. 5) zeigt die erwünschte neue Stadt. Die Kleeblattkreuzung rechts unten besetzt das Gebiet des heutigen Ernst-Reuter-Platzes. Deutlich wird hier: Es ging keineswegs nur um Straßen, sondern auch um eine Bebauung, die diesen Straßen entsprach. Es ging um eine Überwindung der traditionellen Stadtstraßen und Stadtplätze mit ihren alten Gebäuden, die als nicht mehr zukunftsfähig deklariert wurden.



**Abb. 5:** Beitrag zur Ausstellung „Berlin plant“ im Berliner Schloss, 1946: Vision der neuen Stadt, rechts unten das Gebiet des späteren, innerstädtischen Ernst-Reuter-Platzes; Quelle: Bauen in Berlin 1900-1964, Berlin 1964, S. 110.

Nur wenige Jahre später, 1951, in der Startära der Durchsetzung der autogerechten Stadt, erschien erneut ein weiteres Kultbuch, das alle Rekorde sprengte: das Buch „Die Autostadt“ von Horst Mönning, der bereits vor 1945 schriftstellerisch gewirkt hatte.<sup>4</sup> Bis 1960 wurden 100.000 Exemplare gedruckt. Stolz prägte hier der wichtigste NS-Industriebau das Titelbild: das Volkswagenwerk (vgl. Abb. 6). Im Umschlag fanden sich folgende Worte: „Dies ist der Roman eines Automobils, des populärsten, das es gegenwärtig auf der Welt gibt. Dies ist der Roman einer Stadt, voll des abenteuerlichsten Schicksals, das je eine Stadt gehabt hat.“ Und weiter heißt es: „Zwanzig Jahre deutscher Geschichte, die zu den extremsten gehören, die je über ein Volk hingegangen sind, Jahre, die die Völker der Erde in Zorn und in ein Vorurteil ohnegleichen brachten – unschuldig läuft vor diesem Hintergrund jener Wagen über die Straße, ein Ding auf vier Rädern, denen der Geist des Menschen befahl, sich zu drehen; der Geist eines Mannes, der der genialste Autobauer war, den wir hatten: Porsche.“ Höchst irritierende Worte in einer Zeit grenzenloser Autoeuphorie und atemberaubender Vergangenheitsverdrängung.

4 H. Mönning, Die Autostadt, München Wien 1951.



**Abb. 6:** Ein Kultbuch der 1950er Jahre: *Horst Mönlich, Die Autostadt*, München/Wien 1951 (Buchumschlag).

1959 wurde von Hans Bernhard Reichow das Fachbuch „Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrs-Chaos“ veröffentlicht.<sup>5</sup> Trotz seines reißerischen Titels blieb es, wie Uwe Altröck in einem Aufsatz in „Die alte Stadt“ zeigt, eher ein Außenseiter in der städtebaulichen Diskussion und Praxis der Nachkriegsjahre.<sup>6</sup> Doch auch dieses Buch unterstrich, dass es um mehr als um Straßen und Straßenkreuzungen ging: Ziel von Reichow war eine aufgelockerte, funktionsgetrennte und durchgrünte suburbane Stadtlandschaft mit fußgängerfreundlichen Einkaufszentren, die den Luftschutzrichtlinien und -erfahrungen des der NS-Zeit sehr aktiven Stadtplaners verpflichtet blieb. Reichows praktisches Vermächtnis war die Sennestadt in Bielefeld.

In den 1960er Jahren wurde die autogerechte Stadt schließlich mit heute unvorstellbarem Einsatz öffentlicher Mittel und mit bis dahin unbekannter Rücksichtslosigkeit auf Kosten der vorhandenen Stadt verwirklicht – in der historischen Stadt durch Kahlschlagsanierung, am Rande der Städte durch Großsiedlungen, durch Autotunnels und -brücken in den Städten, durch Straßenverbreiterungen und -durchbrüche,

<sup>5</sup> H. B. Reichow, *Die autogerechte Stadt. Ein Weg aus dem Verkehrs-Chaos*, Ravensburg 1959.

<sup>6</sup> U. Altröck, Höhepunkt der Moderne oder Wende zur Nachmoderne? Die „autogerechte Stadt“ von Hans Bernhard Reichow – 50 Jahre danach gelesen, in: *Die alte Stadt* 36 (4/2009), S. 476 ff.

durch die Transformation von städtischen Hauptstraßen in Autoschnellstraßen. Vor allem in Berlin, aber bei genauerem Blick auch in den kleinsten Städten.

Schon zu Beginn der 1960er Jahre vollzog sich nach Gerd Albers „ein eigentümlicher Wandel“ in der Sicht auf Vergangenheit und Zukunft: „Der Wiederaufbau wurde eher kritisch beurteilt; man habe zu viel Rücksicht auf Altes genommen, gemessen an den Ansprüchen der Zukunft, die radikale Neukonzeptionen zu erfordern schienen. Damit geriet die alte Stadt fast völlig aus dem Blickfeld der Planungsdiskussionen.“<sup>7</sup> Veranschaulichen mag dies ein Gutachten der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung über die Möglichkeiten einer Sanierung in der süddeutschen Stadt Waiblingen, in dem ausgeführt wurde: „Die Altstadt bildet heute meist das krankgewordene Herzstück einer Stadt [...]. Die Notwendigkeiten des frisch pulsierenden Lebens einer Stadt sind wichtiger als die Erhaltung alter Baubestände, ja sogar einzelner Baudenkmale.“ Und da sich „die Bausubstanz der überwiegenden Zahl aller Altstadt Häuser in einem besorgniserregenden Zustand“ befinde, habe dies weitreichende Konsequenzen: „Zwar wird man einige wenige Gebäude oder Gebäudegruppen von historischem oder künstlerischem Rang (meist sehr kostspielig) über ihre normale Lebenserwartung hinaus aufrecht erhalten können, die Masse der Altstadtgebäude jedoch keinesfalls.“<sup>8</sup> Ein möglicher Sanierungsbeginn wurde dabei nur mit einer gleichzeitigen Verkehrssanierung, die mit gravierenden Einschnitten in die Altstadt verbunden gewesen wäre, für sinnvoll erachtet.

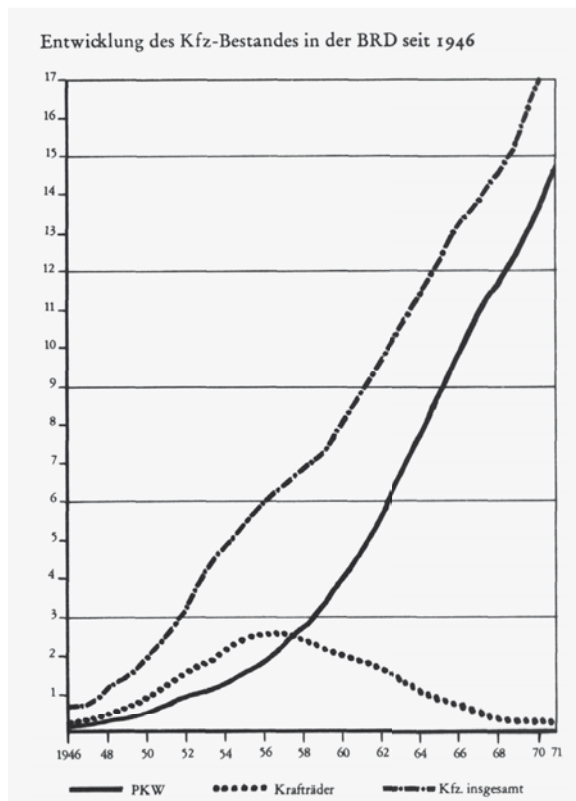
### **Die quälend lange Talfahrt der autogerechten Stadt**

Doch dann kamen die Jahre um 1968, die Proteste der Studentenbewegung, die in West-Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland die eindeutige Befürwortung der autogerechten Stadt in Frage stellten. Ein historischer Wendepunkt.<sup>9</sup> Nun

7 G. Albers, *Alte Stadt und Neue Zeit*, in: *Die alte Stadt* 36 (1/2009), S. 21 f. Gerd Albers (1919-2015), war 1986-1992 Präsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und auch lange Jahre Mitherausgeber der Zeitschrift *Die alte Stadt / Forum Stadt*.

8 *Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Baden-Württemberg*, Gutachten über die Möglichkeiten der Sanierung und Weiterentwicklung der Altstadt in Waiblingen, Stuttgart 1964.

9 Allerdings nicht in der DDR! Dass auch dort die autogerechte Stadt ein Projekt war, ist wenig bekannt; vgl. etwa: W. Weigel, *Verkehr in der modernen Stadt*, Berlin 1962. Dort hieß es auf der ersten Textseite (S. 7): „Chronische Verstopfungen der Straßen, stundenlanges Warten und Dahinschleichen im Schritttempo, hohe Unfallziffern, das gehört zum Verkehrsbild einer motorisierten Stadt. Überfüllte Parkplätze, wilder Garagenbau vervollständigen das Bild. Mühsam quält sich die Straßenbahn durch die viel zu engen und übervollen Straßen, vielfach als altertümliches Ungetüm, im seltsamen Kontrast zu den modernen Autos und Gebäuden.“ Und weiter (S. 67): „Die Meisterung der künftigen Motorisierung verlangt einen neuen, sicheren und leistungsfähigen Straßentyp – die anbaufreie Hauptverkehrsstraße.“



**Abb. 7:** Wachstum des Kfz-Bestandes in der Bundesrepublik Deutschland 1946-1971; Quelle: T. Krämer Badoni / H. Grymer / M. Rodenstein, Zur sozio-ökonomischen Bedeutung des Automobils, Frankfurt a. M. 1971, S. 15.

wurde das Fortschrittsversprechen erstmals in größerem Umfang hinterfragt, übrigens schon damals begleitet von einer Energiedebatte. Denn die autogerechte Stadt hatte eine zentrale Voraussetzung: billige und massenhaft verfügbare Energie. Anfang der 1970er Jahre begann die Krise des Projekts autogerechte Stadt. Oder besser: ein Hauch von Krise wurde spürbar. Und eine Antwort auf diese Krise war auch die Zeitschrift „Die alte Stadt“. Seither hat sich diese Krise weiter verschärft, aber nur sehr langsam, und mehr in Wort und Bild als in der Tat.

Bereits 1971 legten Vertreter der 1968er-Generation aus München in der Reihe edition suhrkamp eine Studie vor,<sup>10</sup> die die gesellschaftliche Bedeutung des Verkehrs

<sup>10</sup> T. Krämer Badoni / H. Grymer / M. Rodenstein, Zur sozio-ökonomischen Bedeutung des Automobils, Frankfurt am Main 1971.

kritisch beleuchtete: „Probleme der Verkehrsorganisation sind zunehmend Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Unbestritten ist, daß in dieser Auseinandersetzung Interessen der Privatwirtschaft und der Verbände zu denen der Kommunen und der Öffentlichkeit zusammenstoßen. Zu klären, inwieweit sich auf diesem Feld mehr oder minder verhüllt ökonomische Zwecke gegen gesellschaftliche Bedürfnisse durchsetzen, ist das Thema dieser Arbeit.“<sup>11</sup> Die Grafik zeigt den Anstieg des PKW-Bestands in der BRD von 1 Mio. im Jahr 1953 bis 14,4 Mio. PKWs im Jahr 1971, ein Zeitraum, der mit der Blütezeit der autogerechten Stadt zusammenfällt (vgl. Abb. 7).

Im Juni 1972 war die größte Fußgängerzone Deutschlands fertig: die Münchner Hauptstraße zwischen Marienplatz und Stachus. Sie war noch ein echter Zwitter: Bereits in der Hoch-Zeit des Leitbilds der autogerechten Stadt angedacht und von einem autogerechten „Altstadtring“ begleitet, entwickelte sie sich rasch zu einer übernutzten Sonderkommerzzone mit erheblichen Verdrängungseffekten, während andere Bereiche der Altstadt degradiert wurden. Immerhin hatte sie einen drastischen Rückgang des Individualverkehrs in der Altstadt zur Folge und wurde schrittweise weiter ausgebaut.<sup>12</sup>

Im Juli 1972 folgte in West-Berlin eine Demonstration des Bürgerkomitees Verkehrspolitik „gegen den Autowahnsinn“ (vgl. Abb. 8). Aus dem Bürgerkomitee wurde 1974 die Bürgerinitiative Westtangente, eine der ältesten und wichtigsten Bürgerinitiativen in diesem Feld. Der Protest richtete sich erstmals öffentlich in größerer Breite gegen die Stadtzerstörung im Rahmen der Planungen für ein autogerechtes Berlin. Im Mittelpunkt stand der Kampf gegen weitere Stadtautobahnen, vor allem gegen die Westtangente. Dieser wichtige Protest von unten jährt sich dieses Jahr zum 50. Male. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre schien es dann soweit zu sein: Die leichte Krise der autogerechten Stadt schien in ihren ersten konkreten Rückbau zu münden. Nun war das Selbstbewusstsein größer, aber die Lösungsmöglichkeiten waren immer noch bescheiden.

In dieser Zeit, Mitte der 1970er Jahre, meldete sich auch die Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“ zu Wort. Ihr Aktionsfeld waren nicht die Großstädte, sondern Mittel- und vor allem Kleinstädte. Die Arbeitsgemeinschaft stand aber vor einem grundsätzlichen Problem: Anders als die Vertreter des Studentenprotests konnten ihre Vertreter aus den Kommunen nicht auf radikale Lösungen setzen. Aber was heißt hier schon radikal? Damals war es alles andere als selbstverständlich, dass Straßendurchbrüche und -erweiterungen, die die Altstadt zerstört hätten, gestoppt wurden. Und doch gelang dies erstaunlich oft. Die Aktionen gegen eine weitere Zerstörung

11 Ebd., S. 2.

12 J.-G. Sandmeier, Die Münchner Fußgängerzone – Wiederentdeckung und Inszenierung eines öffentlichen Raums, in: Die alte Stadt 25 (1/1998), S. 11 ff.



**Abb. 8:** Gegen die autogerechte Stadt! Demonstration des Bürgerkomitees Verkehrspolitik (seit 1974 Bürgerinitiative Westtangente) in West-Berlin am Kurfürstendamm, Juli 1972. Im Mittelpunkt stand der Kampf gegen weitere Stadtautobahnen, vor allem gegen die Westtangente; Foto: *Wolfgang Mahnfitz*; Quelle: *Unvollendete Metropole. 100 Jahre Städtebau für Groß-Berlin*; Bd. 1. Berlin 2020, S. 345.

der alten Städte waren Teil einer breiten gesellschaftlichen Bewegung, die im Denkmalschutzjahr 1975 unter dem Motto „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ einen Höhepunkt fanden. Jetzt war die Altstadt rehabilitiert, sie galt nicht mehr als von gestern, sondern von morgen.

Aber was tun mit all den Autos, die die Straßen und Plätze ja nicht nur in fahrendem, sondern auch in ruhendem Zustand belasteten? Damals wurden noch die kostenintensiven Lösungen einer wenig gebrochenen Wohlstandsgesellschaft erwogen: weg mit den Autos vom zentralen Platz in eine Tiefgarage unter den Platz, weg mit dem Durchgangsverkehr an den Altstadtrand und mit autobegrenzenden Schleifen. Dazu kamen Parkhäuser, vereinzelt sogar Radwege und ein wenig mehr öffentlicher Verkehr. Und vor allem mehr Fußgängerzonen.

Sehr anschaulich wurde von dem früheren Bürgermeister der Stadt Weißenburg i. Bay. in einem längeren Aufsatz in „Die alte Stadt“ die Bedeutung eines anderen Umgangs mit dem Autoverkehr in einer historischen Altstadt während der 1970er

Jahre erläutert.<sup>13</sup> Wie kontrovers damals noch gedacht wurde, zeigten die 1974 vorgestellten „Anregungen“ der Bevölkerung zur Altstadtsanierung, die in einer Befragung erhoben wurden. „Die Vorschläge reichten vom Abriss des Gotischen Rathauses zugunsten eines reibungslosen Innenstadtverkehrs bis zur vollkommenen Erhaltung der Innenstadt und Schaffung von Fußgängerzonen.“<sup>14</sup> Unterordnung der Altstadterhaltungsplanung unter die Verkehrsplanung oder umgekehrt? Deutlich war, dass der Schlüssel zur Lösung der Verkehrsfrage in der Wertschätzung der Altstadt lag und dass die Erhaltung der Altstadt wesentlich vom Verkehrskonzept abhing. Zwanzig verwies neben vielen anderen Studien auch auf die Diplomarbeit von Johannes Geisenhof aus dem Jahr 1976, der sehr richtig, wie ich meine, „für die Altstadt keine reinen Fußgängerzonen vorschlug, um nicht die Wohngassen durch Anlieferverkehr zu belasten.“<sup>15</sup> Wichtigstes Verkehrsprojekt der Stadt Weißenburg war schließlich der Bau der Umgehungsstraße, die weitergehende Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Altstadt ermöglichte, insbesondere im Umfeld des Gotischen Rathauses. In durchaus radikalen Worten äußerten sich die Verantwortlichen in Coburg 1979:

*„Wir spürten und sahen es auch, daß unsere für ganz andere Zeiten gebauten und in Ehren grau gewordenen Städte krank wurden an ihren glücklichen Menschen, an ihren Glücksbringern, den Autos, an unserer Mobilität.*

*Unsere Mobile stinken, vershandeln und verstopfen Straßen und Plätze, machen Lärm, erschüttern unsere Häuser und ätzen sie sogar kaputt. Also raus aus der Stadt! Das gilt fürs Wohnen, fürs Einkaufen und sogar für Arbeit und Vergnügen. Der Teufelskreis schien perfekt: Die Autos machen die Altstadt kaputt. Sie verbannen, macht die Geschäfte kaputt, den äußeren Siedlungsbrei größer und garniert sie auch noch mit Shopping- und anderen Centers. Die Altstadt als Museum, auf Almosen angewiesen? Das mochte niemand mehr denken, das wäre wie Altenheim, wie warten auf den Tod. Ende der 60er Jahre war das Bewußtsein wach genug, um dieser Entwicklung zu begegnen.“<sup>16</sup>*

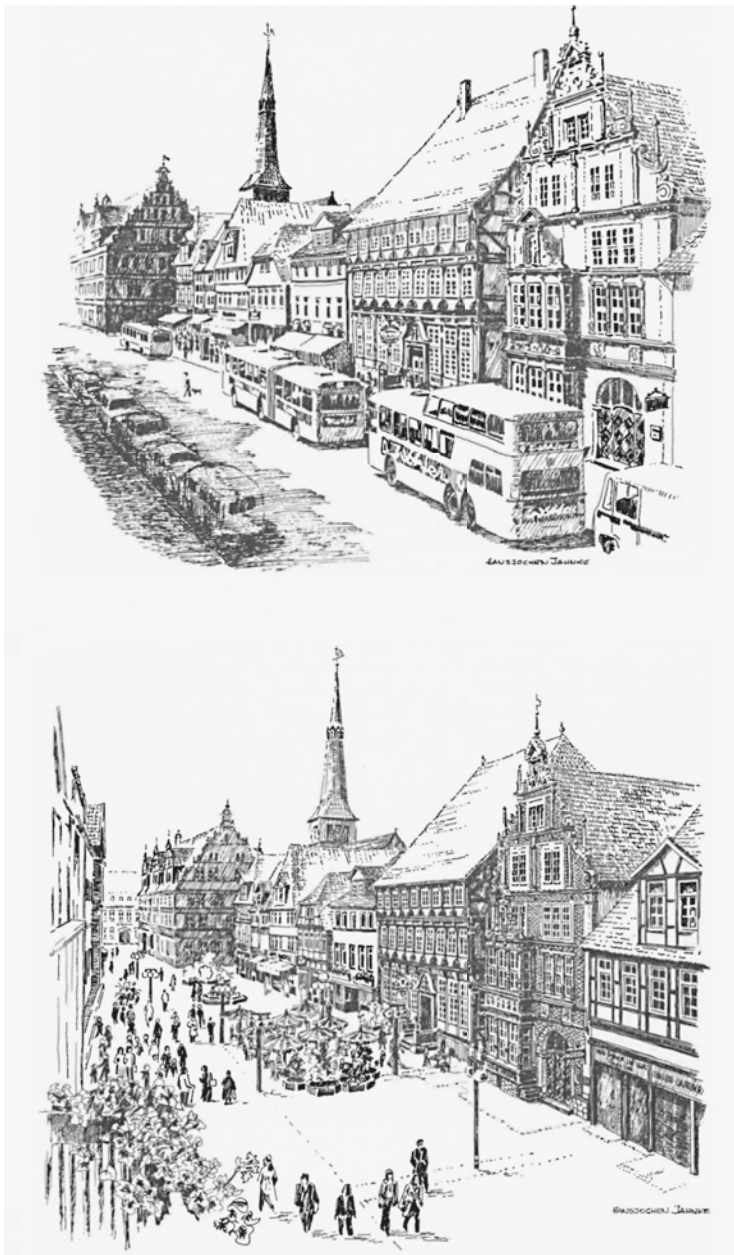
Aus heutiger Sicht sehr überzeugend war das Sanierungsfazit für die Altstadt von Wolfenbüttel: „Der Fußgänger hat wieder seinen Raum bekommen: durch eine behutsame Erweiterung der Fußgängerzone, durch die Schaffung von Wohnbereichsstraßen, durch eine Verminderung des Ziel- und Quellverkehrs, durch eine

13 G. W. Zwanzig, Altstadtsanierung und Denkmalpflege in Weißenburg 1972-1984, in: Die alte Stadt 36 (1/2009), S. 88-105. Günter Zwanzig war von 1972 bis 1984 Oberbürgermeister der Stadt Weißenburg. Der Autor dieser Zeilen kannte und schätzte den 2021 verstorbenen außerordentlich engagierten Kommunalpolitiker.

14 Ebda., S. 91.

15 Ebda., S. 93.

16 H.-H. Stitz, Altstadtsanierung – zum Beispiel Coburg, in: Die alte Stadt 6 (2/1979), S. 193 f.



**Abb. 9:** Osterstraße in Hameln vor und nach nach der Sanierung; Zeichnung 1979 von Hansjochen Jahnke (Arbeitsgruppe Altstadtanierung Hameln); Quelle: Peter Stange, Altstadtanierung: zum Beispiel Hameln, in: Die alte Stadt 7 (1/1980), S. 109.

Auslagerung des Durchgangsverkehrs sowie durch eine Verringerung des Stellplatzangebotes in den Straßen- und Platzräumen.<sup>17</sup>

Summa summarum waren bis zur deutschen Wiedervereinigung in den Altstädten vor allem Tiefgaragen bei Planern besonders beliebt, aber in der Bevölkerung oft umstritten. In der Zeitschrift „Die alte Stadt“ wurden sie gerne angeführt, wenngleich oft als Wunschtraum – etwa in den Städten Passau (1978), Hameln (1980), Straubing (1981), Hannoversch Münden (1984), Trier (1984), Eichstätt (1985), Ansbach (1986) und Ottweiler (1986). Dazu kam die Planung von Parkhäusern und/oder großen Parkplätzen am Altstadtrand, etwa in Coburg (1979), Hameln (1980), Ingolstadt (1981), Stade (1983), Mainz (1983), Tübingen (1985), Ansbach (1986), Ottweiler (1986) und Landshut (1987). Begleitet wurde dieses neue Parkplatzangebot bisweilen von einer Reduzierung des Autoverkehrs innerhalb der Altstadt durch die Anlage von Straßenschleifen, die den Durchgangsverkehr ausschlossen. Beispiele hierfür waren Hameln (1980), Straubing (1981), Ingolstadt (1981) und Ansbach (1986). Als Krönung all dieser Maßnahmen galt dann die Einrichtung eines Fußgängerbereichs bzw. dessen Erweiterung, so etwa in Passau (1978), Hameln (1980, vgl. Abb. 9), Ingolstadt (1981), Wolfenbüttel (1982), Stade (1983), Hannoversch Münden (1984), Trier (1984), Ansbach (1986), Ravensburg (1986), Ottweiler (1986), Lohr am Main (1988), Wangen (1988) und Einbeck (1989).

Unterstützung fanden die kommunalen Aktivitäten damals durch das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. In einer Publikation des Ministeriums, die 1985 erschien,<sup>18</sup> hieß es auf der Rückseite: Diese Broschüre zeigt Möglichkeiten, „Fußgängern und Fahrradfahrern, dem Spielen der Kinder sowie alten und behinderten Menschen Vorrang vor dem motorisierten Verkehr einzuräumen.“ Vorrang für Fußgänger und Fahrradfahrer, und dies 1985 in einer offiziellen Broschüre! Bauminister war damals Oskar Schneider von der CSU, der hinsichtlich der Straßen wohl beste Minister, den wir in der Bundesrepublik bisher hatten.

1986 verschärfte sich die bundesweite Kritik mit der breit beachteten Münchner Ausstellung „Alptraum Auto“<sup>19</sup> (vgl. Abb. 10). Angesichts dieser kulturellen Wendungen gingen die Bundesfachabteilung Straßenbau des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und die Bundesfachgruppe Straßen- und Tiefbau des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes in die Offensive und starteten eine Großkampagne

17 M. Bültemann, Altstadtsanierung: zum Beispiel Wolfenbüttel, in: Die alte Stadt 9 (1/1982), S. 90 ff. Ähnlich war das Konzept für Stade: B. Jalaß, Altstadtsanierung: zum Beispiel Stade, in: Die alte Stadt 10 (1/1983), S. 48 ff.

18 Straßen in Stadt und Dorf. Planen + Bauen mit den neuen Empfehlungen für die Anlage von Erschließungsstraßen (EAE 85), Bonn-Bad Godesberg 1985.

19 Vgl. Alptraum Auto. Eine hundertjährige Erfindung und ihre Folgen. Ausstellung im Münchner Stadtmuseum, München 1986.

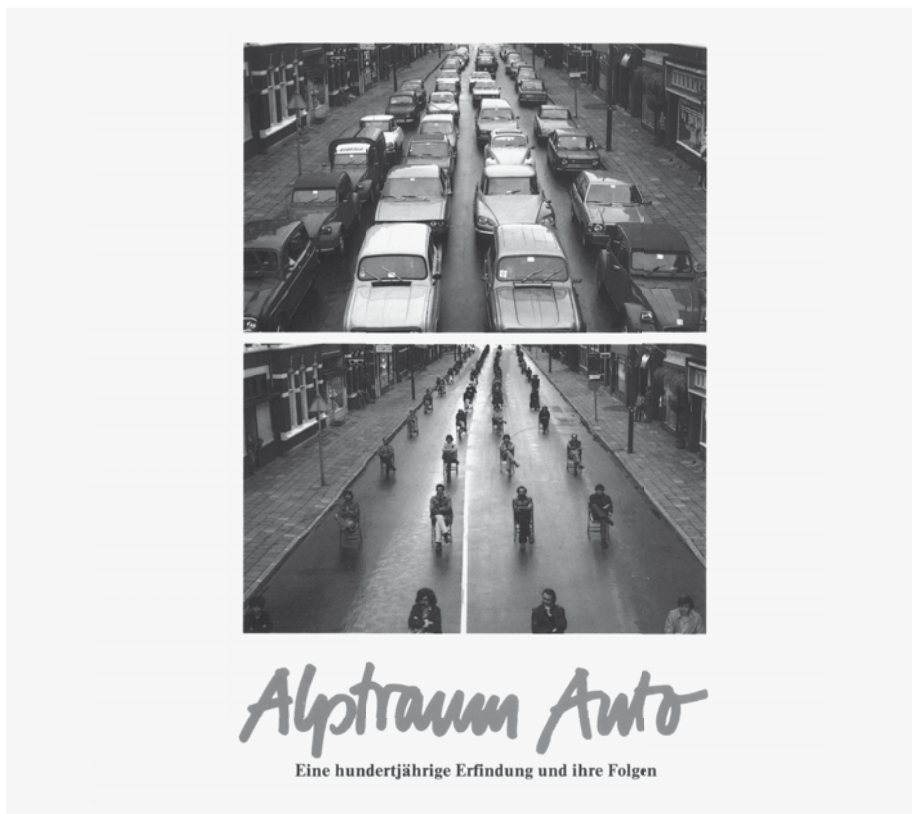


Abb. 10: Katalog der Ausstellung „Alptraum Auto“ im Münchner Stadtmuseum, 1986.

unter dem Titel „Bessere Straßen sind die beste Antwort“<sup>20</sup> (vgl. Abb. 11). Mit einer Serie von schönen, grün gewaschenen öffentlichen Räumen wurde die Notwendigkeit eines weiteren Straßenbaus propagiert.

Diese Kampagne war nach dem Fall der Mauer nicht mehr nötig. Nun erholte sich die autogerechte Stadt wieder, ja sie feierte eine grandiose Wiederauferstehung, und ein gewaltiges Straßenbauprogramm wurde für die ehemalige DDR aufgelegt, verbunden mit der lange ersehnten Massenmotorisierung in Ostdeutschland. Aber nicht nur Straßen wurden gebaut, sondern auch Einkaufszentren, Möbelzentren und weitere Zentren, die an die Autostraßen angebunden wurden. Dazu endlose neue

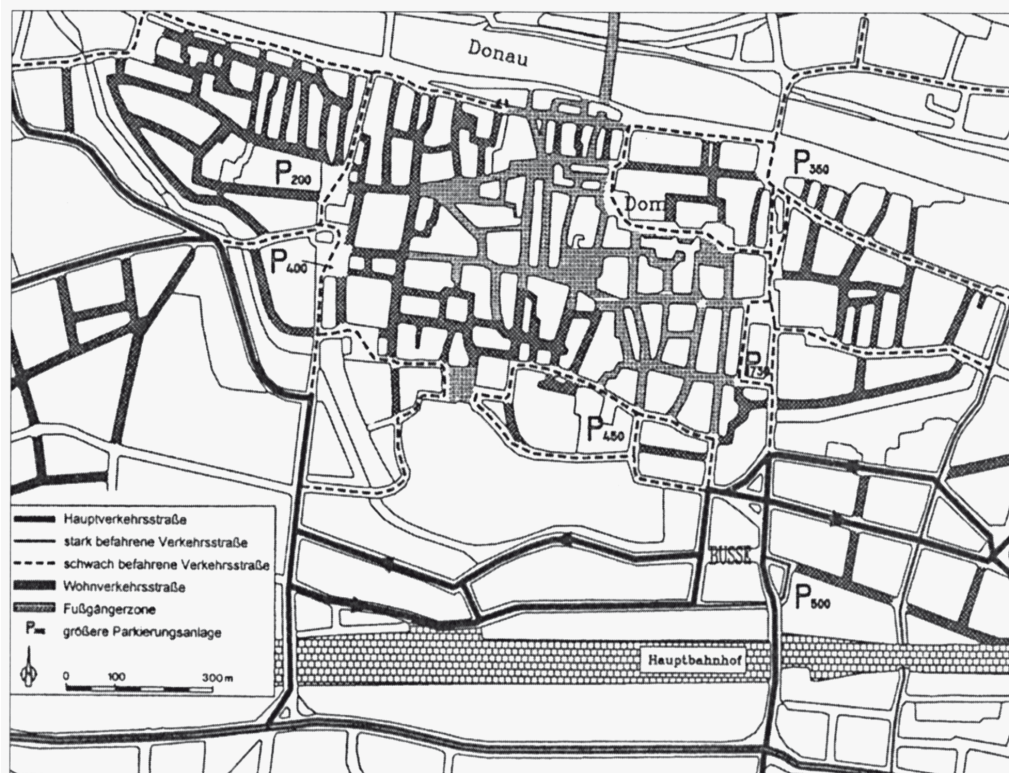
20 Vgl. Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. Bundesfachabteilung Straßenbau/Zentralverband des Deutschen Baugewerbes Bundesfachgruppe Straßen- und Tiefbau (Hrsg.), Bessere Straßen sind die beste Antwort. Wir sagen Ihnen warum. Deutschlands Straßenbauer, Bonn o. J.



**Abb. 11:** Kampagne der Bauindustrie für „bessere Straßen“; Broschüre, Bonn o.J.; Quelle: (s. A 20).

Einfamilienhausviertel. Die autogerechte Stadt wurde in den Osten exportiert, aber keineswegs mit Zwang. Und sie war erneut ein riesiges Geschäft.

Dieses Rollback spiegelte sich auch ein wenig in der Zeitschrift „Die alte Stadt“ wider: Maßnahmen der Verkehrsberuhigung verloren an Bedeutung. Aber nicht ganz. Regensburg war eine wichtige Ausnahme. In der dortigen Altstadt war die Auseinandersetzung zwischen der Stadt und dem Einzelhandel während der 1970er und 1980er Jahre besonders heftig, beruhigte sich aber in den 1990er Jahren etwas. Der Verkehrsentwicklungsplan 1997 sah eine Stärkung des ÖPNV und des nicht-motorisierten Verkehrs in der Altstadt vor – als Vorbedingung für Restriktionen für den Autoindividualverkehr (vgl. Abb 12). Die berühmte Steinerne Brücke wurde aufgrund eines Bürgerentscheids 1997 für den Autoverkehr gesperrt, 1998 wurde der Busverkehr neu organisiert. Autoparkplätze am Stadtrand wurden vorbereitet. Ziel, so ein Bericht in „Die alte Stadt“, war eine kontinuierliche, schrittweise, aufeinander



**Abb. 12:** Regensburg, Verkehrsentwicklungsplan 1997: Altstadterschließung;  
Quelle: A. Sedlmeier (s. A 21), S. 27.

sorgfältig abgestimmte letztlich flächendeckende Verkehrsberuhigung.<sup>21</sup>

Die deutsche Vereinigung bremste vorerst den Abschied von der autogerechten Stadt. Es bedurfte eines neuen Arguments, um diesen Abschied wieder zu beschleunigen. Und der ließ auf sich warten – bis zur gesellschaftlichen Verbreitung der Erkenntnis, dass der Klimawandel auch für uns ein Problem werden könnte, und dass dieser nicht nur menschengemacht ist, sondern auch von Menschen beeinflusst werden kann. Auch und vielleicht vor allem durch den Abschied von der autogerechten Stadt. Dieses meist ohne jede gestalterische Ambition eingesetzte Argument hat allerdings einen potenziellen strategischen Haken, es fordert einen Verzicht, ohne den Gewinn zu betonen, einen schön gestalteten öffentlichen Raum zu gewinnen.

21 A. Sedlmeier, Verkehrsberuhigung der Regensburger Innenstadt, in: Die alte Stadt 25 (1/1998), S. 22 ff.

Und es eröffnete die Möglichkeit, die autogerechte Stadt in neuem Gewande fortzuführen, nun aber mit elektrisch betriebenen, bald auch autonomen Fahrzeugen. Eine neue Freiheit sozusagen. So wurden in der Öffentlichkeit Vorschläge für Straßen der Zukunft ins Bild und in die Stadt gesetzt, die gestalterisch, sozial, narrativ und prozessual oft zu wünschen übrig ließen, vor allem aber wenig Fortschritt brachten. Carwashing als Teil von Greenwashing!

### ***Und heute?***

Im internationalen Vergleich ist Deutschland hinsichtlich einer Verkehrswende sicher nicht an vorderster Front. Erst recht nicht seine Hauptstadt. Und nicht einmal die Altstädte. Vor allem aber zeigt sich jetzt in aller Offenheit: Der Abschied von der autogerechten Stadt nach 50 Jahren Infragestellung ist sehr, sehr schwierig: Rational wird er inzwischen von vielen begrüßt, aber eine Umsetzung trifft immer auf heftigen Widerstand. Der Grund ist offensichtlich: Unser Lebensstil setzt die autogerechte Stadt voraus, jeder Umbau bedroht unseren Alltag. Daher ist ein rascher, radikaler Abschied nicht möglich, auf der anderen Seite, auch das wissen wir, läuft uns die Zeit davon. Dazu kommt, dass der Abschied seinen Preis hat, die Kassen der Kommunen aber klamm sind, nicht nur in Berlin. Ein Dilemma, das nicht nur strategisch schwer zu händeln ist, es stärkt auch eine Ausbremsung des Abschieds, die durch Kampagnen aller Art mächtig unterstützt wird. Auch der Abschied von der autogerechten Stadt muss mehr sein als ein verkehrspolitisches Maßnahmenpaket, er muss ein gesellschaftspolitisches Projekt werden. Wie ehemals die autogerechte Stadt. Und er muss trotz aller Dringlichkeit mit Augenmaß, Schritt für Schritt, als Kombination vieler kleiner Veränderungen, als Ergebnis einer streitbaren, aber konstruktiven gesellschaftlichen Diskussion erfolgen. Er muss die vielen vereinzelt Erfahrungen systematisch, nüchtern und kritisch auswerten. Vor allem aber muss er glaub- und beispielhaft zeigen, dass und wie die Straßen und Plätze der Zukunft lebenswerter, besser und schöner sein können.

## Die Beiträge zum Nationalsozialismus in der Zeitschrift *Die alte Stadt/Forum Stadt*

Kein Zweifel, angesichts des rasanten Aufschwungs rechtspopulistischer Bewegungen in ganz Europa und seit einigen Jahren auch in Deutschland hat das „Erinnern“ an die gerade hierzulande nur scheinbar so vorbildlich „bewältigte“ Zeit des Nationalsozialismus wieder eine herausgehobene Bedeutung erhalten.<sup>1</sup>

Die Literatur und Forschungsarbeiten zum Nationalsozialismus sind Legion. Über Jahrzehnte hinweg konzentrierte sich das Forschungsinteresse vor allem auf Hitler selbst, den Aufstieg der NSDAP, das zentralstaatliche NS-Herrschaftssystem, die Rassen- und Kriegspolitik und den Holocaust. Auf dem Feld von Architektur und Städtebau standen zunächst ganz überwiegend die megalomanen Neugestaltungspläne und Repräsentationsbauten Albert Speers und Hermann Gieslers im Mittelpunkt. Wohnungsbau, Stadterneuerung und Stadtentwicklung blieben hingegen als scheinbar „unbelastete“, eher technische Politikfelder lange Zeit wenig beachtet. Die Aufmerksamkeiten in der Forschung begannen sich dann seit den 1970er/80er-Jahren zu verändern, als vor dem Hintergrund der Diskussionen über die „polykratische“ Struktur des NS-Herrschaftssystems<sup>2</sup> die Vielgestaltigkeit, Widersprüchlichkeit, aber auch prozessuale Dynamik von NS-Teilpolitiken wie der Städtebau-, Wohnungs- und Sozialpolitik klarer herausgearbeitet wurden.<sup>3</sup> Immer deutlicher wurde, dass dabei dem genauen Blick auf die Regionen, Städte und Kommunen unterhalb der zentralstaatlichen Eben eine Schlüsselbedeutung zukommen würde.<sup>4</sup>

- 1 Vgl. N. Frei/F. Maubach/Ch. Morina/M. Tändler, *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin 2019 (2. Aufl.); S. Salzborn, *Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern*, Berlin/Leipzig 2020; U. Herbert, *Wer waren die Nationalsozialisten?*, München 2021.
- 2 Vgl. P. Hüttenberger, *Nationalsozialistische Polykratie*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2, o. O. 1976, S. 417 ff; I. Kershaw, *Der NS-Staat, Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Hamburg 1989.
- 3 H.J. Reichhardt/W. Schäche, *Von Berlin nach Germania. Die Zerstörung der Reichshauptstadt durch Albert Speers Neugestaltungspläne*, Neuaufl. Berlin 1998; M.-L. Recker, *Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg*, München 1985; D. Rebentisch, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945*, Stuttgart 1986.
- 4 Vgl. als Pionierarbeiten etwa W. Schäche, *Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945*, 2. Aufl., Berlin 1992; W. Nerdinger (Hrsg.), *Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933-1945*, München 1993; U. Haerendel, *Kommunale Wohnungspolitik im Dritten Reich. Siedlungsideologie, Kleinhausbau und „Wohnraumarisierung“ am Beispiel Münchens*, München 1999.

Die Zeitschrift „Die alte Stadt“ (seit 2011 „Forum Stadt“) mit ihrem Fokus auf Klein- und Mittelstädten mit historischer Bausubstanz im deutschsprachigen Raum und ihren breitgefächerten interdisziplinären Schwerpunkten „Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung“ hat über ihren gesamten Erscheinungszeitraum (seit 1974) hinweg hierzu eine Fülle wichtiger Beiträge geliefert, die mit verschiedenen Schwerpunkten im Folgenden exemplarisch benannt und ausschnittsweise dokumentiert werden sollen.

### **Ortsgeschichte und Lokalstudien**

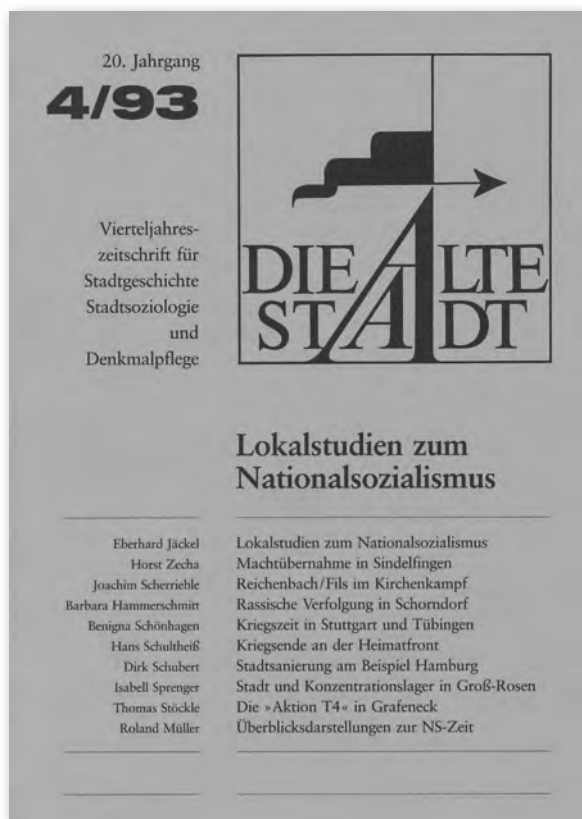
Nach verschiedenen Vorläufern stellte das durch den Historiker Eberhard Jäckel von der Universität Stuttgart zusammengestellte Heft 4/1993 „Lokalstudien zum Nationalsozialismus“ mit zahlreichen durch ihn selbst betreuten und initiierten Fallstudien vor allem aus Baden-Württemberg einen Höhepunkt und eine erste „Zwischenbilanz“ dar. Es war Jäckel gelungen, eine Reihe von Städten zu Forschungsaufträgen und Stipendien ohne Bedingungen und Einflussnahme zu bewegen. In den Beiträgen wurden sehr unterschiedliche Aspekte der Ortsgeschichte exemplarisch behandelt: „Machtübernahme und Machtausbau in Sindelfingen, Kirchenkampf in Reichenbach, rassische Verfolgung in Schorndorf, Kriegszeit in Stuttgart und Tübingen, Kriegsende in Brettheim, Reaktionen der Bevölkerung in Groß-Rosen auf das dortige Konzentrationslager sowie die Tötungen von Behinderten in Grafeneck.“<sup>5</sup> Dabei sprangen sofort die schwierigen methodischen Probleme ins Auge: Wie kann das Allgemeine vom lokal Besonderen unterschieden werden?

In den Worten Jäckels: „Wurde eine bestimmte, von oben angeordnete Maßnahme etwa der Judenverfolgung am Orte verschärft oder gemildert? Entsprach die Ausführung dem landesweit Üblichen, oder wich sie davon ab? Nur wer solche Fragen zuverlässig beantworten kann, wird der Geschichte eines Ortes wirklich gerecht. In diesem Bereich entstehen gerne Legenden derart, daß in der eigenen Gemeinde die Akzeptanz des Regimes geringer oder der Widerstand größer gewesen sei als anderswo. Die Wahrheit kann man nur dann ermitteln, wenn man weiß, wie sich der entsprechende Vorgang an den anderen Orten zugetragen hat. Das ist die schwierige Dialektik der Ortsgeschichte. Sie will und muß das Besondere darstellen und kann es nur, wenn sie das Allgemeine kennt.“<sup>6</sup>

Fortschritt auf diesem Feld kann es nur geben, wenn eine Vielzahl derartiger Forschungen nach und nach auch qualifizierte Vergleiche ermöglicht. 1992 untersuchte Johann Paul drei Studien zur NS-Ortsgeschichte in Stuttgart, Leverkusen

5 E. Jäckel, Lokalstudien zum Nationalsozialismus. Editorial, in: Die alte Stadt 20 (4/1993), S. 290.

6 Ebda., S. 291.



**Abb. 1:** Cover des Schwerpunktheftes 4/1993 „Lokalstudien zum Nationalsozialismus“, herausgegeben von *Eberhard Jäckel*.

und Düsseldorf.<sup>7</sup> Der Vergleich erbrachte je nach Quellenlage, Themenumgriff und den zwischen Ortschronik und Fachpublikation changierenden Darstellungsweisen große Unterschiede. Nicht immer konnte es gelingen, zwischen Wirklichkeit und lange vor Ort gepflegter Legende quellengesättigt zu unterscheiden. Am Ende stöhnte Paul: „Die lokale NS-Geschichtsschreibung droht zum Packesel der Nationalsozialismusforschung zu werden. Ein großer Teil der Themen, die in anderen Zusammenhängen erforscht wurden, wird im Nachhinein von der lokalen Nationalsozialismusforschung übernommen.“ Eine Überforderung, der Paul die Forderung nach Beschränkung „auf das Mögliche“ und die Bitte an die Gemeinden entgegen-

7 J. Paul, Wie überall im Reich war auch in...? Ein Vergleich stadtgeschichtlicher Darstellungen zur NS-Zeit, in: *Die alte Stadt* 19 (1/1992), S. 75-84.

setzte, in dieser Situation auch „weiterführende Studien“ und „Spezialuntersuchungen“ zu fördern.<sup>8</sup>

Bereits 1991 warnte die Sozial- und Kulturhistorikerin Adelheid von Saldern in einem umfassenden Überblick zu Aufgaben und Themen der neueren Lokalgeschichtsforschung<sup>9</sup> vor der immer wieder auftretenden Gefahr, „nach einer ‚harmonisierenden Sinnstiftung‘ in und aus der Vergangenheit zu suchen und ‚Geborgenheit‘ in der (Lokal-)Geschichte anzubieten. (So ist noch immer bei Kommunalorganen der Trend vorhanden, das unangenehme Kapitel ‚Drittes Reich‘ aus der Stadtgeschichtsschreibung möglichst kurz fassen zu lassen, Plattitüden zu akzeptieren oder die positiv bewertete angebliche Sonderrolle des Ortes über Gebühr zu betonen)“.<sup>10</sup> Diese Gefahr unterstrich 1993 auch der Stuttgarter Archivar und Historiker Roland Müller<sup>11</sup> in einer umfangreichen Sammelrezension von Überblicksdarstellungen zur Ortsgeschichte in der NS-Zeit: Nach frühen Pionierarbeiten und der Spurensuche lokaler Geschichtswerkstätten träten nun zunehmend kommunale Gebietskörperschaften selbst als Herausgeber auf mit der wachsenden Tendenz zu Ortsgeschichte als – unerwünschtem – Ergebnis einer „Willensbildung von oben“.<sup>12</sup>

Im selben Heft der Zeitschrift setzte sich der Sozialwissenschaftler Stefan Goch detailliert mit Katalogen und Begleitbänden zu verschiedenen Ausstellungen zur Stadtgeschichte in Tübingen, Stuttgart, Esslingen und Dortmund auseinander.<sup>13</sup> Alle vier Publikationen kennzeichnet danach auf der Basis unterschiedlicher Quellen, Statistiken, Interviews und individueller Biografien das große Bemühen, die „Gleichzeitigkeit von Normalität und Verbrechen zu verstehen“.<sup>14</sup> Immer geht es um eine „Gratwanderung zwischen wissenschaftlicher Exaktheit und populärer Darstellung“ und zugleich zwischen „übergreifenden Prozessen und Entscheidungen“ und ihrer „lokalen Konkretisierung“. Vielfach finden nun in diesen Bänden auch die „vergesenen Opfer“ Beachtung. Dennoch vermerkt Goch am Ende einschränkend: „Bei der Beschreibung der verbrecherischen Maßnahmen im Nationalsozialismus bleibt es immer noch zu sehr bei einer Reproduktion der reichsweiten Geschichte. Die lokale Zustimmung, der lokale vorauseilende Gehorsam und die Tatsache, daß diese Taten jeweils vor Ort von vielen konkreten Menschen vorbereitet, durchgeführt und gese-

8 Ebda., S. 84.

9 A. von Saldern, Die Stadt in der Zeitgeschichte. Überlegungen zur neueren Lokalgeschichtsforschung, in: Die alte Stadt 18 (2/1991), S. 127 ff.

10 Ebda., S. 152 f.

11 R. Müller, „Lokalgeschichte in Deutschland – eine Mühe, die sich lohnt“, in: Die alte Stadt 20 (4/1993), S. 385 ff.

12 Ebda., S. 386.

13 S. Goch, Stadtgeschichte aus dem Katalog? Begleitbände lokaler NS-Ausstellungen, in: Die alte Stadt 20 (4/1993), S. 405 ff.

14 Ebda., S. 405.

hen wurden, kommt zu kurz. Zwar gibt es immer wieder mehr oder weniger moralisierende Bemerkungen und Vermutungen über den Wissensstand der Bevölkerung über die Verbrechen, doch die Täter werden immer noch selten sichtbar. Werden Täterbiographien vorgestellt, dann sind es die der großen, nicht die der vielen kleinen. Es waren nicht die wenigen, die menschlich handelten, widerstanden oder von den Nationalsozialisten (zu Recht oder zu Unrecht) als ihre Gegner verfolgt wurden, charakteristisch für den Nationalsozialismus, sondern die vielen, die wegsahen, nichts wissen wollten, sich gaffend beteiligten oder in vielfältigsten Formen mithalfen.<sup>15</sup>

### **Bombenkrieg**

Ein auch in der Zeitschrift stark beachtetes Kapitel der Ortsgeschichte wurden die verheerenden Zerstörungen durch den ab 1941/42 ständig ausgeweiteten alliierten Bombenkrieg. Das auch in England selbst als mögliches Kriegsverbrechen umstrittene Flächenbombardement der Innenstädte bzw. das „moral bombing“ sollte die Widerstandskraft der Zivilbevölkerung brechen und damit kriegsverkürzend wirken. Der Luftkrieg war nach Ansicht der meisten Historiker nicht kriegsentscheidend, aber seine demoralisierende und entmutigende Wirkung war, insbesondere nach den grauenhaften Folgen des „Unternehmens Gomorrha“, der alliierten Bombenangriffe auf Hamburg im August 1943 mit 34.000 Toten, letzten Endes, so das Fazit einer Sammelrezension von 1991, wohl doch höher als zuvor weithin angenommen.<sup>16</sup>

In den 1980er und 1990er Jahren erfolgte 40 bis 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Ablauf der Sperrfristen für britische und amerikanische Archive ein wahrer Publikationsboom an teils erschütternden, detailgenauen Dokumentationen der Folgen des Bombenkriegs, an oral history-Dokumenten, literarischen Zeugnissen und Fotobänden. Winfried Mönch gab hierzu in Heft 3/2003 zusammen mit einer höchst verdienstvollen Bibliographie zu allen 69 durch den verantwortlichen Oberkommandierenden der Royal Air Force Arthur Harris als Hauptangriffsziele ausgewählten deutschen Städten einen umfassenden Überblick.<sup>17</sup> Der Boom kulminierte schließlich 2002 mit dem Werk von Jörg Friedrich „Der Brand“,<sup>18</sup> einer radikal aus dem Blickwinkel der deutschen Opfer geschriebenen Darstellung des alliierten Bombenkriegs, die zum Bestseller wurde. „Dabei werden die Deutschen“, so Mönch,

15 Ebda., S. 409.

16 T. Harlander, Bombardierung und Städtezerstörung. Neuere Literatur, in: Die alte Stadt 20 (4/1993), S. 404; vgl. auch U. Hohn, Der Einfluß von Luftschutz, Bombenkrieg und Städtezerstörung auf Städtebau und Stadtplanung im Dritten Reich, in: Die alte Stadt 19 (4/1992), S. 326 ff.

17 W. Mönch, Städte zwischen Zerstörung und Wiederaufbau. Deutsche Ortsliteratur zum Bombenkrieg seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Die alte Stadt 30 (3/2003), S. 265 ff.

18 J. Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, Berlin 2002.



**Abb. 2:** Weststraße in Hamm nach dem Bombenangriff vom 22. April 1944;  
Quelle: *Stadtarchiv Hamm*.

„nicht nur zum tragischen ‚Kriegsopfer‘ eines verbrecherischen nationalsozialistischen Krieges, sondern zum ‚Opfer‘ einer verwerflichen Kriegführung schlechthin.“<sup>19</sup> Der Erfolg des Buches kam nach der Betonung der Täter-Perspektive in der Wehrmachtsausstellung und der Goldhagen-Debatte in den 1990er Jahren nicht von ungefähr – ähnlich wie in der Debatte um Flucht und Vertreibung stand nun die Erinnerungspolitik entlastende Opfer-Perspektive im Zentrum.<sup>20</sup>

### ***Letzte Kriegstage und Gedenkstätten***

Eine ganz besondere Facette der Ortsgeschichte stellen tragische Vorkommnisse in den letzten Kriegstagen dar, denen sich insbesondere der Historiker und Chefredakteur der Zeitschrift Hans Schultheiß mit mehreren Beiträgen widmete. Das hohlohische Dorf Brettheim musste noch im April 1945 die Willkürherrschaft der Wehrmachts- und SS-Justiz in besonders schrecklicher Weise erleben. Schultheiß hat den ganzen Vorgang eingehend recherchiert und dokumentiert.<sup>21</sup> Bauer Hansel-

<sup>19</sup> W. Mönch (s. A 17), S. 278.

<sup>20</sup> Vgl. zur Kritik an den Publikationen Friedrichs zum Luftkrieg den Kommentar von Ralph Giordano in *Die Welt* vom 01.11.2003, <https://www.welt.de/print-welt/article269996/Das-mag-begreifen-wer-will.html> [20.10.2023].

<sup>21</sup> H. Schultheiß, *Die Tragödie von Brettheim*, Tübingen 2002; vgl. auch die Geschehnisse um drei französische Kriegsgefangene im Stuttgarter Raum, die obwohl als Arbeitskräfte gut integriert, im April



**Abb. 3:** Erinnerungsstätte „Die Männer von Brettheim“: Porträts der von SS-Standgerichten zum Tode verurteilten Brettheimer Bürger; Foto: T. Wolf, 2022.

mann, der kurz vor dem erwarteten Einmarsch der Amerikaner Hitlerjungen an der selbstmörderischen „Verteidigung“ des Dorfes hinderte, wurde noch in der gleichen Nacht wegen „Wehrkraftzersetzung“ durch ein SS-Standgericht zum Tod verurteilt. Bürgermeister Gackstatter und Ortsgruppenleiter Wolfmeyer, die sich weigerten, das Todesurteil zu unterschreiben, wurden ebenfalls wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tod verurteilt und am 10. April 1945 zusammen mit Hanselmann an der Dorflinde erhängt. Die SS verhinderte eine friedliche Kapitulation, amerikanische Jagdbomber zerstören wenige Tage später Dreiviertel aller Häuser, 17 Bürger verloren ihr Leben. In drei Nachkriegsprozessen wurden die verantwortlichen Täter drei Mal frei gesprochen – sie hätten sich „an zur Tatzeit geltendes NS-Recht gehalten“.<sup>22</sup> „Beides, die Ereignisse im April 1945 wie auch die als Demütigung empfundenen Nachkriegsprozesse, hat in Brettheim bis heute tiefe Spuren hinterlassen.“<sup>23</sup> Mit der verstärkten Hinwendung zu Regionalgeschichte und Gedenkorten in Forschung und Unterricht ging man in den 1980er Jahren auch in Brettheim über Gedenktage, Gedenktafel und Gedenkfeiern hinaus. 1992 errichtete, so das Kultusministerium Baden-Württemberg,

1945 nach einer Denunziation verhaftet und erschossen wurden, H. Schultheiß, „Integration“ und Tod 1940-1945. Die französischen Kriegsgefangenen René Billet, Marcel Couasnard und Albert Lafoy, in: Forum Stadt 48 (2/2021), S. 195 ff.

22 H. Schultheiß, Kriegsende an der Heimatfront, in: Die alte Stadt 20 (4/1993), S. 352.

23 H. Schultheiß, Zur Bedeutung lokaler Gedenkstätten. Das Beispiel Brettheim, in: Die alte Stadt 20 (2/1993), S. 146.

„aufgrund der Initiative des früheren Ortsvorstehers Friedrich Braun die Landeszentrale für politische Bildung unter der Federführung des Historikers Hans Schultheiß eine Erinnerungsstätte im Dachgeschoss des Brettheimer Rathauses. Diese ständige Ausstellung wird vom Förderverein Erinnerungsstätte verwaltet und betreut. Ehrenamtlich tätige Mitarbeiter führen die Besucherinnen und Besucher durch die Dokumentation, zu den Friedhofslinden und zu den Gräbern der Ermordeten.“<sup>24</sup>

Die Gedenkstätte Brettheim war zu diesem Zeitpunkt kein Einzelfall, sondern wurde Teil einer regelrechten „Gedenkstättenbewegung“: „Das gestiegene Interesse an einer neuen Ausrichtung der Zeitgeschichte und an der Aufarbeitung der lokalen Vergangenheit ließ seit den 1980er und vor allem in den 1990er-Jahren eine Gedenkstättenbewegung entstehen. Die Kommunen kamen unter dem Druck der Akteure und der Öffentlichkeit nicht mehr umhin, auch die Finanzierung zu übernehmen, selbst wenn es um Täterorte ging.“<sup>25</sup>

Auch in Baden-Württemberg kam es jetzt, wie der Volkskundler und Mitarbeiter der Landesstelle für Museumsbetreuung BW Henning Hohnschopp 1993 ausführte, zur Gründung unterschiedlicher Typen von Gedenkstätten: „Einige Museen und museale Einrichtungen haben beispielsweise die Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Mitbürger zum Thema, insbesondere da, wo baulich noch existierende ehemalige Synagogen einer Museumsnutzung zugeführt werden konnten. Aber auch ehemalige Arbeits- und Konzentrationslager oder ganz konkrete, für eine Gemeinde einschneidende Ereignisse während des Nationalsozialismus wurden und werden Themen für Museen.“

Bei diesen Initiatoren ist zu unterscheiden zwischen Betroffenen und Nichtbetroffenen. Bei den unmittelbar Betroffenen ist das Bedürfnis vorherrschend, solche Geschehnissen innerlich zu verarbeiten, Nichtverstehbares zu verstehen. Museumsarbeit ist für sie das Hilfsmittel, mit der Geschichte ins Reine zu kommen. Sicher sind die nicht unmittelbar Betroffenen ebenfalls von den konkreten Ereignissen berührt. Ihre Motivation wird aber neben der persönlichen Anteilnahme in erster Linie durch wissenschaftliches Fragen bestimmt.“<sup>26</sup> Wenn, wie in Sachsenhausen oder Buchenwald, dieselben Orte vor 1945 durch die Nationalsozialisten als KZ und nach 1945 als sowjetische „Speziallager“ genutzt wurden, dann, so Hans Schultheiß, sei man „gut beraten, zwei voneinander räumlich getrennte Gedenkstätten auf dem jeweiligen Lagergelände einzurichten.“

24 *Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg*, Erinnerungsstätte „Die Männer von Brettheim“ in Brettheim, <https://km-bw.de/Lde/startseite/service/Gedenkstaette+Brettheim> [20.10.2023].

25 A. von Saldern, Zum Umgang mit dem NS-Erbe, in: Unabhängige Historikerkommission (UHK) in Kooperation mit der Akademie der Künste, Berlin 2023 (Ausstellungskatalog), S. 52.

26 H. Hohnschopp, Wir wollen ein Museum! Kommunale Motive und Erwartungshaltungen im Spiegel museumsspezifischer Anforderungen, in: Die alte Stadt 20 (2/1993), S. 127.

### Stadtbiläen und Feiern

2001 brachte die Historikerin Alice von Plato einen Beitrag zu Stadtbiläen, Festen und Feiern im Nationalsozialismus<sup>27</sup>, der im Rahmen eines durch Adelheid von Saldern geleiteten Forschungsprojekts „Stadt und Diktatur“ an der Leibniz Universität Hannover entstanden war.<sup>28</sup> Waren all die Feiern und Gedenktage im NS wie „Tag der Macht-ergreifung“, „Heldengedenktag“ oder „Führers Geburtstag“ nur Propaganda von oben?

„Die meisten dieser Feiern waren klar reguliert. Die Rolle der Bevölkerung war festgelegt und ließ kaum Spielräume zu. Und auch an den nationalsozialistischen Gedenktagen, die keine Feiertage waren, wurde genauestens geregelt, wie in Betrieben und öffentlichen Verwaltungen die Teilnahme gesichert werden konnte. Belegschaften mussten in Kantinen versammelt werden, um stundenlange Radioübertragungen aus Berlin zu verfolgen.“<sup>29</sup> Wie von

Plato mit der quellengestützten Untersuchung der zehntägigen Feiern zum 700 Jahre-Jubiläum der Stadt Gera im Jahr 1937 exemplarisch zeigen konnte, galt eine derart strenge Reglementierung aber in weit geringerem Maße für Stadtbiläen, in denen örtliche Überlieferungen und Traditionen und die aktive Beteiligung auch parteipolitisch ungebundener Bevölkerungskreise eine viel größere Rolle spielten: „Es wäre also falsch, die Biläen als reine »von oben« gesteuerte Propagandaveranstaltungen zu sehen. Ihre Ambivalenz lag darin, dass sie als öffentliche Ereignisse zum Schnittpunkt von Widersprüchen wurden wie kaum eine andere städtische Repräsentation. Auch nicht politisch gebundene Personen waren aktiv an der Ausrichtung und passiv an der Feier beteiligt.“<sup>30</sup>



Abb. 4: Postkarte zur 700-Jahr-Feier der Stadt Gera.

27 A. von Plato, Stadtbiläen im Nationalsozialismus. Propaganda von oben oder Konsens von unten?, in: Die alte Stadt 28 (1/2001), S. 30 ff.

28 Vgl. hierzu die 2003 und 2005 in der Reihe „Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung“ publizierten Ergebnisbände „Inszenierte Einigkeit“ und „Inszenierter Stolz“.

29 Ebda., S. 30.

30 Ebda., S. 36.

Dennoch, so von Saldern in einem Beitrag 2003, stellt sich auch für diese eher unpolitischen Veranstaltungen die Frage nach dem „Herrschaftszusammenhang“, in den sie eingebunden waren: „War es vorstellbar, dass ein Jude oder eine Jüdin beim Geraer Stadtjubiläum 1937 teilnehmen und sich vielleicht vergnügen würde? Doch wohl kaum, waren sie doch längst aus der Stadtgemeinschaft ausgeschlossen worden, selbst dann, wenn bei solchen Feiern antisemitische Ausfälle rar waren. Zu solchen Exklusionen [...] kamen die direkt politisierten Veranstaltungen. Doch in der NS-Zeit ist der Grad der direkten Politisierung bei Stadtjubiläen nicht so stark gewesen, wie man vielleicht erwarten würde. Das hing mit der Zielsetzung der Feiern zusammen, die darauf hinauslief, städtische Volksgemeinschaft zu inszenieren und ein positives Gemeinschaftsgefühl durch die Bildung einer ‚communitas‘ zu erzeugen, um auf diese Weise in der Bevölkerung Wohlwollen gegenüber dem NS-System zu verbreiten bzw. zu stärken. Die Stadtfeste spielten also für die Herrschaftssicherung eine nicht geringe Rolle, denn eine freundliche oder neutrale Grundstimmung der Bevölkerung gegenüber dem Regime reichte allein schon aus, um rassistische und terroristische Politik in die Tat umzusetzen ohne größeren Widerstand fürchten zu müssen.“<sup>31</sup>

Die hier vorhandenen Spielräume für Initiativen und ein Erinnern „von unten“ und generell die starke Zunahme von städtischen Feiern in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre stießen freilich allmählich in der Parteiführung auf wachsendes Missfallen. „So notierte Goebbels schon im Juli 1936 in seinem Tagebuch: »Heute beginnen die Weimarer 10 Jahresfeiern. Wir feiern zuviel. Ich muss das etwas abstoppen. So geht's nicht weiter. Das Volk lacht darüber. [Und einen Tag später:] Himmler und Schirach sind auch der Meinung, dass zuviel gefeiert wird. Ich werde das jetzt reglementieren für Partei und Staat. So machen wir uns nur beim Volke lächerlich.“<sup>32</sup>

### **Großstadtfeindschaft**

Mehrfach beschäftigten sich Autoren in der Zeitschrift mit den für den Wandel der stadtplanerischen Leitbilder auch nach 1945 so entscheidenden Fragen der Großstadtkritik und Großstadtfeindschaft, die im Nationalsozialismus ihre radikalste Zuspitzung erfahren hatten. In einem grundlegenden Beitrag schlug der Stadtplaner und Stadtforscher Dirk Schubert einen großen Bogen von den Anfängen agrarkonservativen und großstadtfeindlichen Denkens bei Wilhelm Heinrich Riehl ab der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu den Ansätzen einer neuen Idealisierung des Landlebens in den 1980er Jahren: Nach 1933 wurde die zuvor in vielen Facetten spürbare

31 A. von Saldern, Stadtfeiern im 20. Jahrhundert, in: Die alte Stadt 30 (4/2003).

32 Ebda., S. 37.



**Abb. 5:** Die „Brutstätten des Marxismus und Bolschewismus sind zu sanieren“; aus: G. Feder, Arbeitsstätte – Wohnstätte, Berlin 1939, S. 8.

latente oder offene Großstadtfeindlichkeit „zur offiziellen Ideologie und zur Handlungsgrundlage der Politik. Die Nationalsozialisten nahmen die heterogenen Argumente aller großstadtfeindlichen Ideologen von Riehl bis Spengler auf und bezogen sie in den völkisch-rassistischen Kontext einer ‚Blut und Boden‘-Ideologie ein. Der Bauer und das Land wurden zum Mythos und zur ewigen Größe, zum Inbegriff der nationalsozialistischen Vorstellung vom Menschen überhaupt. Die Verbalradikalität der großstadtfeindlichen Vorstellungen reichte von der vollkommenen ‚Zerschlagung der Großstädte‘ über Entstädterung durch ‚Neuadel aus Blut und Boden‘ bis hin zur Neugründung einer Vielzahl von Kleinstädten.“<sup>33</sup> Schubert weiter in einem Artikel zu Gottfried Feder, NSDAP-Parteiprogrammatiker, 1934 kurzzeitig „Reichsiedlungskommissar“ und Autor des NS-Standardwerks „Die neue Stadt“ von 1939: „Dabei machte Feder die Großstadtfeindschaft zum Fokus seiner Stadtplanungsbilder. Nach Feder sind die Großstädte der Tod der Nation, ‚denn die Großstädte

<sup>33</sup> D. Schubert, Großstadtfeindschaft und Stadtplanung. Neue Anmerkungen zu einer alten Diskussion, in: Die alte Stadt 13 (1/1986), S. 35; vgl. zur Vereinnahmung von Naturschutz und Ökologie im Nationalsozialismus G. Gröning/J. Wolschke, Naturschutz und Ökologie im Nationalsozialismus, in: Die alte Stadt 10 (1/1983), S. 1 ff.

fressen den Bevölkerungszuschuß vom Lande erbarmungslos auf und zerstören ihn'. Hier ist schon das nächste Element nationalsozialistischer Großstadtideologie enthalten: Großstadt als Ort des Marxismus. ‚Wir sehen, daß die Brutstätten des Marxismus und Bolschewismus nicht das Land und die Landstädte gewesen sind, sondern die Großstädte und vor allem deren Elendsquartiere'. Die ‚Brutstätten des Marxismus' gilt es, durch Auflockerung und Sanierung zu zerstören, die Siedlung im Federschen Sinne ist ‚das Allheilmittel gegen den biologischen Volkstod'.<sup>34</sup>

Großstadtfeindschaft war keineswegs auf Deutschland beschränkt. 1999 arbeitete Bertrand Marchand bezeichnende Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich heraus: ‚In Italien wie in Frankreich war die Großstadtfeindschaft in der Furcht vor den dort herrschenden revolutionären Richtungen begründet. Mussolini wie Pétain fürchteten sich vor den Stadtbevölkerungen.<sup>35</sup> In Deutschland lagen die Motive zum Teil anders. Neben den von der Großstadt für die NS-typischen Autarkiebestrebungen und für Gesundheit und demografisches Überleben ausgehenden Gefahren hatte, so Marchand, die NS-Großstadtfeindschaft ihre tiefste Begründung vor allem in der völkisch-rassistischen Gegenüberstellung der Großstadt als Ort des ‚ewigen Wanderers', des Juden, mit der tief verwurzelten Land- und Schollenverbundenheit der Deutschen. Von hier aus werde auch der Richtungswechsel Deutschlands eher erklärbar, mit dem ab Mitte der 1930er Jahre großstadtfeindliche und agrarromantische Ideologien zugunsten (groß-)stadtaffirmativer und industriefreundlicherer Haltungen sukzessive zurückgedrängt wurden: ‚In Deutschland galt die Hauptsorge der ‚Blutreinheit'. Die Großstadt an sich war nicht das Übel, sondern nur die Brutstätte des Judentums. Nachdem die Stadt durch die jüdischen Deportationen ‚gereinigt' worden war, gab es auch keine Rechtfertigung mehr für Stadtfeindschaft. In dieser Weise bot der rassistische Wahn der Nazis eine einfache Lösung durch Beschwörung: einen Sündenbock zum Opfer bringen. Sodann war es möglich, die Wanderung in die Großstädte zu vergrößern, um die Rüstungsindustrie wieder zu entwickeln.<sup>36</sup>

### **Stadtsanierung**

Altstadterneuerung und Sanierungsmaßnahmen waren in der NS-Zeit kein neues Politikfeld. Sanierungsgründe konnten schon vor 1933 hygienische Verbesserungen, Verkehrsdurchbrüche, Entkernungen, auch Luftschutzmaßnahmen u. a. sein. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und der Auflage eines reichs-

34 D. Schubert, Gottfried Feder und sein Beitrag zur Stadtplanungstheorie – technokratische Richtwertplanung oder nationalsozialistische Stadtplanungsideologie, in: Die alte Stadt 13 (3/1986), S. 203.

35 B. Marchand, Nationalsozialismus und Großstadtfeindschaft, in: Die alte Stadt 26 (1/1999), S. 46.

36 Ebda., S. 49.

weiten Altstadtsanierungsprogramms 1934 kamen, so Dirk Schubert in einem Überblicksbeitrag am Beispiel Hamburgs 1993,<sup>37</sup> weitere Ziele hinzu. Unter den Stichworten „Elendsviertelsanierung“ und „Schandfleckenseitigung“ sollte nun vor allem auch die „Gesundung des Volkskörpers“ vorangetrieben werden.

Hamburg eignete sich als Beispiel in besonderer Weise, da hier mit den Untersuchungen des Hamburger Soziologen Andreas Walther und seiner Mitarbeiter neue verfeinerte empirische Methoden (u. a. mit Hilfe der Auswertung von Wahlergebnissen) zur Identifikation „gemeinschaftlicher“ Gebiete ausgearbeitet worden waren. „Gemeinschaftlich definierte er als: ‚minderwertig, dissozial, asozial, antisozial.‘“<sup>38</sup> Identifiziert als „rot“, „kriminell“ und „asozial“ wurde damit u. a. das Hamburger Gänge-Viertel, das in den Jahren 1934 bis 1936 unter Vertreibung der ursprünglichen Bevölkerung weitgehend niedergelegt wurde. Schubert fasste darauf bezogen zusammen: „Die Stadtgesundung war also ein

planerisch aufgestauter, aber vorbereiteter Bereich, der sofort nach 1933 umgesetzt werden konnte. Dabei wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit einem ‚Sozialismus der Tat‘, der nicht über Probleme diskutierte, sondern sie anpackte und ‚löste‘, publizistisch geschickt kombiniert. Mit der Stadterneuerung konnten die Nationalsozialisten überdies mehrere Ziele gleichzeitig erreichen: Politische Gegner wurden erfaßt und gegebenenfalls ausgeschaltet, mit ‚ungesunden Quartieren‘ konnte aufgeräumt und dazu noch mietpreisgünstige Wohnungen für Arbeiter geschaffen werden. Kurz nach der Machtergreifung sollten dadurch noch Teile der Arbeiterschaft für den Nationalsozialismus gewonnen werden. Die Termini ‚Ordnen und Aufräumen‘ waren dabei durchaus doppelt, baulich und politisch, gemeint.“<sup>39</sup>



**Abb. 6:** Gängeviertel in Hamburg, 1929; aus: haha\_historisch. zeitreisen in hamburg und anderswo: <https://hahahistorisch.wordpress.com/2014/11/03/hamburger-gaengeviertel/> [08.01.2024].

37 D. Schubert, Stadtsanierung im Nationalsozialismus. Propaganda und Realität am Beispiel Hamburg, in: Die alte Stadt 20 (4/1993), S. 363 ff.

38 Ebda., S. 366.

39 Ebda., S. 376.

## **Wiederaufbau**

Der Wiederaufbau war ein Themenfeld, in dem – im Abstand mehrerer Jahrzehnte – seit den 1980er Jahren in der kritischen Reflexion der Wiederaufbauleistungen nun auch zunehmend deutlicher die Fragen nach Kontinuität und Bruch bei den maßgeblichen städtebaulichen Leitbildern, den Planern und Planungskonzepten aufgeworfen wurden. Nach einer Vielzahl von auf die Großstädte bezogenen Publikationen kam der Zeitschrift „Die alte Stadt“ vor allem die Rolle zu, die Nachkriegsentwicklungen in Klein- und Mittelstädten näher zu beleuchten. Grundlegend waren insbesondere die Arbeiten des Stadthistorikers Werner Durth, der seine Forschungsergebnisse zu Leitbildkontinuitäten in der Stadtplanung zwischen 1940 und 1960 für die Zeitschrift 1987 unter dem Titel „Verschwiegene Geschichte“ zusammenfasste.<sup>40</sup> Die Arbeit hatte das Verdienst, eindringlich auf die Vielzahl der planerischen Vorarbeiten hingewiesen zu haben, die ab 1940 nach den ersten Blitzkriegserfolgen mit großem Elan erarbeitet worden waren. „Hitlers Erlaß zum Wohnungsbau nach dem Kriege, die Anweisungen der Gauleiter zur Neugestaltung der Gauhauptstädte und die Pläne zur Kolonisation der eroberten Ostgebiete bildeten den Hintergrund einer Planungseuphorie und breit angelegten konzeptionellen Arbeit in verschiedenen Ämtern, Institutionen und ‚freien‘ Büros, in denen von der ‚Typung und Normung‘ des Wohnungsbaus über Pläne zur ‚Gliederung und Auflockerung‘ der Städte bis hin zur übergreifenden Raum- und Sozialplanung unterschiedliche Bereiche und Ebenen gleichzeitig bearbeitet und miteinander verbunden wurden.“<sup>41</sup>

Das Kriegsende unterbrach dann nur die Bindung an die NS-Propaganda. „Ohne deren verräterischen Jargon“, so Durth, „konnte nun der eiserne Bestand an Richtwerten und Leit-Bildern als neutralisiertes Fachwissen aus der Konkursmasse des ‚Dritten Reichs‘ übernommen werden und zugleich auch autoritäres Denken und Expertengläubigkeit in die junge Demokratie transportieren. Der gestalterischen Entnazifizierung des Städtebaus durch demonstrativen Verzicht auf Achsen, Monumente und symmetrische Stadtanlagen folgte die Bereinigung der Planersprache, in der gleichwohl alle der Biologie entnommenen und auf natürliche Wachstumsprozesse bezogenen Kategorien beibehalten werden konnten: die Enthistorisierung des

40 W. Durth, *Verschwiegene Geschichte. Probleme in der Kontinuität der Stadtplanung 1940-1960*, in: *Die alte Stadt* 14 (1/1987), S. 28 ff. Vgl. dazu W. Durth, *Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970*, Braunschweig/Wiesbaden 1987 sowie W. Durth/N. Gutschow, *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950* (2 Bde.), Braunschweig 1988.

41 Ebda., S. 29.



**Abb. 7:** Zerstörter Dom in Paderborn, 1945; Foto: Stadt- und Kreisarchiv Paderborn.

Denkens und die Verdrängung der jüngsten Geschichte vollzog sich nicht zuletzt durch eine Sprachreinigung.<sup>42</sup>

Punkt für Punkt ließen sich für die den Nachkriegswiederaufbau prägenden Leitbilder der „Stadtlandschaft“, der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ und der „Nachbarschaft“ die nur geringfügig übertünchten oder modifizierten Kontinuitäten zu den Planungen der NS-Zeit zeigen. Werner Durth stand bei seinen Recherchen in einem lebhaften Austausch mit führenden Persönlichkeiten der Wiederaufbaupläne wie etwa Rudolf Hillebrecht, der ihm gegenüber, was die Bedeutung des Luftschuttmotivs für das Ziel der Auflockerung der Bebauungsstrukturen betraf, bekannte: „In deutlichem Kontrast zur alten Stadt sollte nun die offene Bebauung in weiten Grünflächen eine neue Stadt sichtbar werden lassen und zugleich von jener ‚Kriegsangst‘ befreien, die noch lange und tief in den Menschen blieb: Bei diesem Luftschuttmotiv aber muß ich bekennen, daß das unter uns ‚top secret‘ war; keiner hat darüber geredet. Nur vertraulich haben wir darüber gesprochen.“<sup>43</sup>

Die Historikerin Barbara Stambolis verknüpfte ihre Analyse der Wiederaufbaugeschichte der Stadt Paderborn<sup>44</sup> 1995 mit dem Anspruch, den Blick auf den architekto-

42 Ebda., S. 32.

43 Ebda., S. 35

44 B. Stambolis, Städtebaulicher Umbruch und lokale Identität. Zur Verknüpfung von Architektur- und Mentalitätsgeschichte am Beispiel des Neu- und Wiederaufbaus in Paderborn nach 1945, in: Die alte Stadt 22 (4/1995), S. 383 ff.



**Abb. 8:** (li.) Abrissarbeiten unter Mithilfe der US-Army am Friedrichsbau des Hanauer Stadtschlusses, 1955; Foto: A. Schröder.

**Abb. 9:** (re.) Wiederaufbau der Wallonisch-Niederländischen Kirche in Haunau, 1958. Der größere wallonische Teil der ehemaligen Doppelkirche wurde als Mahnmal an die Schrecken des Krieges als Ruine erhalten; Foto: T. Ott.

nischen und städtebaulichen Wiederaufbau enger mit der allzu oft vernachlässigten Mentalitätsgeschichte der jeweiligen Stadt zu verbinden: „Die Geschichte der Steine und Mauern steht in der Forschung bis heute weitgehend unverbunden neben der historischen Aufarbeitung der Anfänge des kommunalen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.“ So habe in der traditionell katholischen Bischofsstadt Paderborn das große Bedürfnis der Menschen „nach Selbstvergewisserung in Kategorien wie Heimat oder Identität“ ganz offensichtlich zu den Neubauzielen der an der städtebaulichen Moderne orientierten Planern in deutlichem Kontrast gestanden. „Die unterschiedlichen Vorstellungen der Neubauplaner und der ortsansässigen Bevölkerung unter Einschluß der Kommunalpolitiker mündeten häufig in Kompromissen auf Kosten eines einheitlichen Gesamtkonzeptes.“<sup>45</sup> In Paderborn standen schließlich städtebauliche Modernisierung (Neuaufbau der Innenstadt, Straßenverbreiterungen u. a.) und Traditionsverbundenheit (Wiederherstellung des Domes) nebeneinander. Der Wiederaufbau des Doms ging „gewissermaßen im Windschatten des Neuaufbaus der Innenstadt vonstatten, und auf ihn konzentrierte sich das Identifikationsbedürf-

45 Ebd., S. 386.

nis der Bevölkerung mit Symbolen des Glaubens; er wurde zum Inbegriff der Paderborner ‚symbolischen Ortsbezogenheit‘ und machte die Neugestaltung der Altstadt gewissermaßen ‚verkräftbar‘.“

Einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbaugeschehen in Klein- und Mittelstädten lieferten die Arbeiten des Historikers Markus Häfner, der sich – auch vergleichend – mit dem Wiederaufbau in Hanau befasste. Für seine hervorragend recherchierte Dissertation zu Hanau<sup>46</sup> wurde er durch die Arbeitsgemeinschaft Forum Stadt e. V. 2015 mit dem Otto-Borst-Preis für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausgezeichnet. Johann Jessen vermerkte in seiner Laudatio für die Jury, dass mit dieser „fulminanten“, fast abschreckend umfangreichen Arbeit nun die zuvor noch bestehende Forschungslücke geschlossen worden sei.<sup>47</sup> Zwei Artikel in Forum Stadt resümierten wesentliche Ergebnisse der Forschungsanstrengungen.<sup>48</sup>

Hanau war mit einem Zerstörungsgrad von 70,14 Prozent (Innenstadt: 98,4 %) eine der am schwersten zerstörten Städte im späteren Bundesgebiet. Im Nachvollzug der komplexen und kontroversen Debatten um die Strategien des Wiederaufbaus zeigt sich, dass der in Hanau sich durchsetzende pragmatische „funktionale Anpassungsneubau“ und der „gemäßigte Modernismus“ der neu entstehenden Architekturen aufgrund der ähnlichen politischen und ökonomischen Zwänge und Rahmenbedingungen zwar durchaus Entwicklungen wie in den Vergleichsstädten Darmstadt, Gießen und Kassel entsprachen, aber doch auch spezifische ortstypische Besonderheiten enthielten. Funktionalität und Wirtschaftlichkeit hätten letztendlich über die Wiederaufbauform entschieden: „Deshalb erinnern nur wenige wiederhergestellte historische Bauten in Hanau an ihr Vorkriegsaussehen. Was für das gesamte Stadtbild jedoch viel entscheidender ist, war die Neubebauung mit zahlreichen Wohnblocks im Baustil der 1950er Jahre, getrieben vom Leitbild der aufgelockerten und gegliederten Stadt. Hierdurch gingen die charakteristischen baulichen Unterschiede zwischen Alt- und Neustadt sowie zwischen den Rand- und Erweiterungsgebieten verloren und sind deshalb heute nur noch im Stadtgrundriss sichtbar. Deshalb wirkt Hanau wie eine Stadt ohne jahrhunderte alte Bauhistorie und ist stark von den Bauten des Wiederaufbaus geprägt.“<sup>49</sup>

46 M. Häfner, „Jede Stadt braucht ihr Gesicht“: der Wiederaufbau der Stadt Hanau nach 1945 – zwei Dekaden zwischen Zerstörung und Urbanität, Hanau 2015.

47 J. Jessen, Otto-Borst-Preis 2015. Sechste Vergabe des Wissenschaftspreises in Schwäbisch Gmünd, in: Forum Stadt 42 (3/2015), S. 285.

48 M. Häfner, Der Wiederaufbau der deutschen Mittelstädte nach 1945 und seine Bedeutung für die heutige Stadtplanung am Beispiel Hanau, in: Die alte Stadt 36 (4/2009), S. 461 ff. und *ders.*, „Aufbau nur über Zerstörung!“ Debatten über den Umgang mit beschädigter oder zerstörter Bausubstanz nach dem Zweiten Weltkrieg und die Entscheidungsfaktoren für oder gegen einen Wiederaufbau: Das Beispiel Hanau, in: Forum Stadt 43 (3/2016), S. 243 ff.

49 Ebd., S. 260.

### **Städtebau in Diktaturen – Europäische Perspektiven**

Nach der Jahrtausendwende wurde immer deutlicher, dass eine erinnerungskulturell ambitionierte Auseinandersetzung mit Architektur und Städtebau in Diktaturen sich nicht allein auf den eigenen nationalen Rahmen beschränken darf. Es gelte, den „nationalen Tunnelblick“ zu überwinden und „Denkräume zu erweitern“, so Harald Bodenschatz, der, gemeinsam mit Christiane Post, 2003 mit der Herausgabe der Ergebnisse eines DFG-Forschungsprojektes über den Städtebau der frühen Stalin-Ära<sup>50</sup> einen ersten bedeutsamen Anstoß gegeben hatte. 2014 folgte dann in einem Schwerpunktheft der Zeitschrift „Städtebau und Diktatur in Europa: Sowjetunion, Italien, Deutschland, Portugal, Spanien“<sup>51</sup> ein Überblick über das auf diesem Feld bislang Erreichte und weiter Beabsichtigte. Wichtig waren darin auch die Berichte über die europäischen Forschungsnetzwerke ATRIUM (Architecture of Totalitarian Regimes of the XX Century)<sup>52</sup> und das durch das Bauhaus-Institut für Geschichte und Theorie der Architektur und Planung, Weimar, koordinierte Netzwerk UEDXX (Urbanism of European Dictatorships during the XXth Century Scientific Network) sowie die international gezeigte Ausstellung „Geraubte Mitte“.<sup>53</sup>

Bei näherer Betrachtung zeigte sich, wie eng, aber auch wie bedeutsam der gegenseitige Austausch und die Aufmerksamkeit für das Baugeschehen zwischen den Diktaturen in der Zwischenkriegszeit waren. Noch immer wird mit diktatorischem Städtebau zunächst einmal der „auftrumpfende Städtebau“ der rivalisierenden Mächte etwa in der berühmten Konfrontation des deutschen und des sowjetischen Pavillons auf der Weltausstellung in Paris assoziiert. „In diesem Sinne berühmt und berüchtigt sind etwa der geplante Sowjetpalast in Moskau, die ‚Große Halle des Volkes‘ in Berlin, das ‚Reichsparteitagsgelände‘ in Nürnberg, der Riesenplatz ‚Foro dell’Impero Fascista‘ (heute wieder Piazza Venezia) und der gigantische Platz vor dem heutigen Außenministerium in Rom sowie die Plaza de la Moncloa mit dem Luftwaffenministerium in Madrid und das Gesamtensemble ‚Tal der Gefallenen‘ bei Madrid.“<sup>54</sup> Die Diktaturen trugen selbst mit Macht dazu bei, diesen „Schrumpfblick“ (Bodenschatz), d. h. die „Reduktion des diktatorischen Städtebaus auf Achsen, Riesenbauten und Riesenplätze“ durch Publikationen und große Ausstellungen wie die zwischen

50 H. Bodenschatz/C. Post (Hrsg.), Städtebau im Schatten Stalins. Die Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929-1935, Berlin 2003.

51 Vgl. Schwerpunktheft Forum Stadt 41 (1/2014).

52 Vgl. <https://www.coe.int/de/web/cultural-routes/atrium-architecture-of-totalitarian-regimes-of-the-20th-century> [13.09.2023].

53 B. Goebel/L. Mauersberger, „Geraubte Mitte“. Die „Arisierung“ des jüdischen Grundeigentums im Berliner Stadtkern, in: Forum Stadt 41 (1/2014), S. 117 ff.

54 H. Bodenschatz, Städtebau und Diktatur: Denkräume erweitern!, in Forum Stadt 41 (1/2014), S. 18.



**Abb. 10:** Cover des Schwerpunktheftes 1/2014 „Städtebau und Diktatur in Europa: Sowjetunion, Italien, Deutschland, Portugal, Spanien; herausgegeben von *Harald Bodenschatz* und *Max Welch Guerra*..

1940 und 1943 in zahlreichen Hauptstädten Europas mit selbstbewusstem Machtanspruch gezeigte Ausstellung „Neue Deutsche Baukunst“ zu etablieren.<sup>55</sup> Diese Ausstellung war ein großer propagandistischer Erfolg, die dort vertretene architektonische Haltung traf aber auch, wie bei Marcello Piacentini, dem führenden Architekten des italienischen Faschismus, auf diplomatisch zwar verklausulierte, gleichwohl aber pointierte Kritik: „In Deutschland setzt sich der Meter heute aus 1.000 Zentimetern zusammen. Gewagte Wiederholungen von Motiven bis ins Unendliche [...]. Die Architektur ist gewollt offiziell. [...] In diesen kannelierten Pilastern, nicht grob, aber

<sup>55</sup> Ebda., S. 17.; vgl. *J. Düwel/N. Gutschow*, Baukunst und Nationalsozialismus. Demonstration von Macht in Europa 1940-1943, Berlin 2015.

stark und männlich, sieht man ein militärisches Temperament und es scheint, als ob man eine Parade abschreiten müsste, alle so in Reihe und Glied wie in Uniform. Ein Urteil über diese Bewegung kann niemand geben, wir müssen auf ihre organische Entwicklung warten.“<sup>56</sup>

Tatsächlich war der Städtebau der Diktaturen, so schon der Tenor der Beiträge des Schwerpunktheftes von 2014 und weiterer Forschungen zu Italien, Portugal und Spanien,<sup>57</sup> keineswegs allein und primär Machtdemonstration, sondern zielte ganz wesentlich auch auf Zustimmung und Konsens: „Die Diktaturen der Zwischenkriegszeit gründeten sich nicht nur auf Repression und Terror, sondern warben auch aktiv um Zustimmung für ihr gesellschaftspolitisches Projekt – für einen neuen Staat, ein erneuertes Imperium, eine neue Gesellschaft, einen neuen Menschen, eine globale Mission. Sie versprachen eine glänzende Zukunft und deuteten diese auch mit konkreten städtebaulichen Projekten und Ausstellungen an. Sie bedienten damit konkrete Interessen und grenzten unerwünschte Bevölkerungsgruppen aus. Der Städtebau war Teil des Konsens mobilisierenden gesellschaftspolitischen Projekts, das eine „große“ Vergangenheit mit einer „großen“ Zukunft verband.“<sup>58</sup>

Dazu gehörten, bis heute oft ausgeblendet, in allen Diktaturen der Wohnungsbau, der Bau der sozialen und verkehrlichen Infrastruktur, Freizeitarchitektur, Bauten der Bildung, Sportstätten und etwa auch die Anlage von Parks. Der Umfang und die begleitende Ideologisierung der jeweils realisierten Projekte, ihre Gestaltung, ihre Zielgruppen und Produktionsbedingungen variierten, auch im Zeitverlauf, enorm.

Ein typisches Feld war der Wohnungsbau, bei dem die Diktaturen Italiens und der Sowjetunion durch den Bau verdichteter, gut ausgestatteter Stadtquartiere auf eine Urbanisierung der loyalen Mitteschichten zielten,<sup>59</sup> während in Deutschland – zumindest bis zur zweiten Hälfte der 1930er Jahre – der suburbane, großstadtfeindliche Siedlungsbau dominierte.<sup>60</sup> In allen Diktaturen waren, trotz der relativ kurzen Zeitspanne der Regimedauer auch in Deutschland, zum Teil mehrfache Veränderungen der maßgeblichen Weichenstellungen festzustellen. Dominierte etwa in Deutsch-

56 Zit. in: *H. Bodenschatz*, Mussolinis Italien, Stalins UdSSR und Hitlers Deutschland, in *Forum Stadt* 50 (2/2023), S. 176.

57 Vgl. *M. Welch Guerra/H. Bodenschatz/P. Sassi*, Städtebau unter Franco. Die Fortsetzung des spanischen Bürgerkriegs mit anderen Mitteln, in: *Forum Stadt* 48 (2/2021), S. 147 ff.; *H. Bodenschatz/Ch. von Oppen/M. Welch Guerra*, Städtebau unter Salazar. Diktatorische Modernisierung des portugiesischen Imperiums 1926-1960, in: *Forum Stadt* 47 (2/2020), S. 155 ff.

58 *H. Bodenschatz* (s. A 54), S. 26.

59 Vgl. *D. Spiegel*, Städtebau im italienischen Faschismus am Beispiel des römischen Wohnungsbaus, in: *Forum Stadt* 41 (1/2014), S. 47 ff. sowie *M. Welch Guerra*, Spanischer Städtebau und Herrschaftssicherung unter Franco, in: ebda., S. 97 ff.

60 Vgl. hierzu auch *Unabhängige Historikerkommission in Kooperation mit der Akademie der Künste* (Hrsg.), *Macht – Raum – Gewalt. Planen und Bauen im Nationalsozialismus*; Ausstellungskatalog, Berlin 2023, S. 208 ff.

land in den ersten Jahren nach 1933 die Fixierung auf die vorstädtische Kleinsiedlung als „idealer Wohnform“ für die „Wiederverwurzelung“ der „Volksgenossen“, so ging man ab Ende der 1930er Jahre und insbesondere nach den ersten Blitzkriegserfolgen ab 1940/41 im Vorgriff auf die vermeintliche Nachkriegsordnung mehr und mehr zur Planung eines industrialisierten urbanen sozialen Geschosswohnungsbaus über.<sup>61</sup>

Nicht zuletzt mit Blick auf den in der Gegenwart höchst unterschiedlichen erinnerungskulturellen Umgang mit den baulichen und räumlichen Hinterlassenschaften der Diktaturen erinnerte insbesondere Harald Bodenschatz mehrfach daran, dass die städtebaulichen Produkte der Diktaturen nicht allein ein „Erinnerungsraum“, sondern auch ein „Lebensraum von heute“ seien: „Der ausschließlich historische Blick auf Diktaturen muss überwunden werden. Diktatorischer Städtebau spielte auch nach dem Fall der Diktaturen eine wichtige Rolle: Er wurde zum Gegenstand von Strategien des baulichen wie verbalen Umgangs – des Abrisses, der Transformation, der Rekonstruktion, des Vergessens, des Verdrängens, der Neuinterpretation wie der Verherrlichung. Der Städtebau der Diktaturen erfordert eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Verarbeitung des diktatorischen Städtebaus nach dem Fall der Diktaturen. Und er impliziert Fragen an den demokratischen Städtebau heute.“<sup>62</sup>

61 T. Harlander, Städtebau, Wohnungspolitik und Siedlungswesen in der NS-Zeit, in: Forum Stadt 41 (1/2014), S. 63 ff.

62 H. Bodenschatz (s. A 54), S. 28.



## **Flächensanierung und soziale Stadterneuerung**

### **Die „Aktion Maxvorstadt“ im Ringen um den Erhalt ihres Stadtviertels**

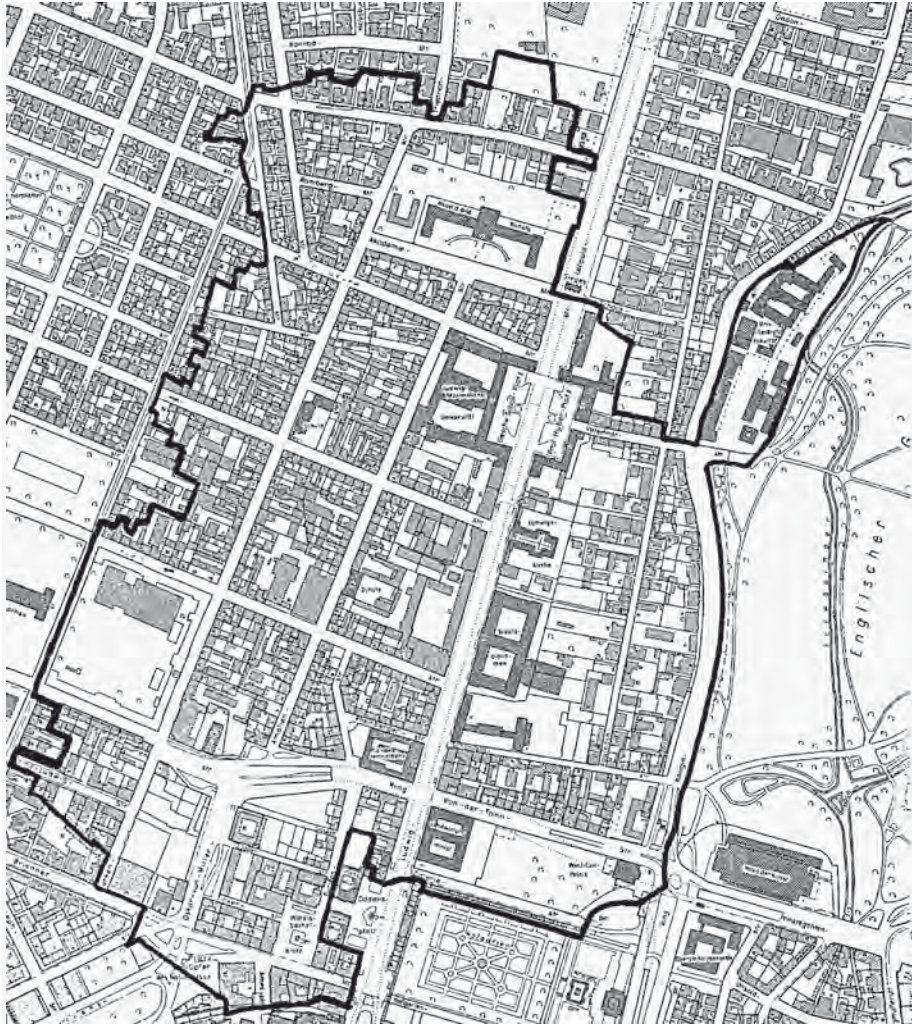
Wer heutzutage durch die Amalienpassage in der Münchener Maxvorstadt schlendert, vermag ein unkonventionelles architektonisches Kleinod zu entdecken. Zunächst verborgen bleibt jedoch die umstrittene Entstehungsgeschichte, die der Atmosphäre beim Aufenthalt in den verspielt gestalteten Innenhöfen einen bitteren Nachgeschmack verleiht. Denn zu Beginn der 1970er Jahre wurden in der Maxvorstadt städtebauliche und gesellschaftliche Missstände bemerkbar, durch die sich in der Bürgerschaft die Notwendigkeit auftrat, sich in Bürgerinitiativen zu organisieren und bei der Stadtgestaltung mitzuwirken.

#### **Die Maxvorstadt im Umbruch**

Im November 1971 veröffentlichte der Kunst- und Architekturkritiker Peter M. Bode in der Süddeutschen Zeitung den Artikel „Die ‚Maxvorstadt‘ ist in höchster Gefahr. Die explosiv wachsende Universität und auch die sich immer weiter ausdehnende Münchner City bedrohen Südschwabing und seine Bevölkerung.“<sup>1</sup> Er thematisierte die städtebaulichen und funktionalen Veränderungen, die die bisherigen Charakteristika der innenstadtnahen Wohn- und Mischgebiete maßgeblich negativ transformierten (vgl. Abb. 1). Diese gingen zu großen Teilen auf stadtplanerische Entscheidungen der 1950er und 1960er Jahre zurück, die sich in vier Problemfelder einteilen lassen:

Zum einen die Auswirkungen der Umsetzung des Konzeptes der autogerechten Stadt, des Weiteren die flächige Ausdehnung von City-Funktionen und Universitätsbauten in die bisherigen Wohngebiete, ebenso die aus der Wertsteigerung der Bodenpreise resultierende Gentrifizierung und zuletzt der Abbruch vorhandener Bausubstanz zugunsten städtischer Infrastrukturprojekte sowie gewinnorientierte Neubauprojekte von Investoren.

1 P.M. Bode, Die ‚Maxvorstadt‘ ist in höchster Gefahr. Die explosiv wachsende Universität und auch die sich immer weiter ausdehnende Münchner City bedrohen Südschwabing und seine Bevölkerung, in: Süddeutsche Zeitung 284 (1971), o. S.



**Abb. 1:** Umgriff des Stadtbezirk 5 „Maxvorstadt – Universität“ bis 01.09.1992;  
Quelle: *CSU-Ortverband 5* (Hrsg.), *Historische Fassaden im 5. Stadtbezirk Maxvorstadt – Universität*, München 1982, S. 12.

Die in München seit den 1950er Jahren beginnende große Welle der Motorisierung stellte die Stadt vor neue Herausforderungen und forderte, wie auch in anderen deutschen Städten, die Entwicklung eines neuen Verkehrskonzeptes. Hinzu kam, „dass das „Wohnen in Altbauwohnungen mit hohen Decken, ohne Lift, mit veralteten sanitären Einrichtungen [...] damals nicht zeitgemäß [war]. Viele, die es sich

leisten konnten, folgten dem Trend zum Wohnen im Grünen und zogen ins Reihenhäuser oder in die moderne Etagenwohnung am Stadtrand.“<sup>2</sup> Der Großteil der Arbeitsplätze befand sich dennoch weiterhin in der Innenstadt, weshalb diese Lebensweise vermehrt zu Pendlerströmen in die Kernstadt führte. Die Kapazität der bereits vorhandenen öffentlichen Verkehrsmittel konnte den Anstieg der Fahrgäste nicht vollständig auffangen.

Das Streben nach einer autogerechten Stadt war somit nicht zu realisieren, ohne umfangreiche bauliche Veränderungen vorzunehmen, die das Stadtbild nachhaltig prägten. Schon der sogenannte „Meitinger-Plan“ von 1947 mit der Planung des Altstadtringes erforderte großzügige Abbrucharbeiten bestehender Bauten. Die Planung, die Prinzregentenstraße im Bereich zwischen Prinz-Carl-Palais und Gabelsbergerstraße in einen Tunnel zu verlegen, rief eine starke Polarisierung in der Bevölkerung hervor, welche für die Verkehrsplaner im Rathaus ein Warnzeichen darstellte.<sup>3</sup> Aus der entbrannten Diskussion um dieses Bauprojekt formte sich 1968 als Novum in der Münchener Nachkriegsgeschichte das Münchner Forum „als Kommunikationszentrum für alle Probleme der Stadtentwicklung“.<sup>4</sup>

Trotz vehementer Proteste konnte der Bau des Tunnels nicht verhindert werden, da dieser als „notwendige Voraussetzung“<sup>5</sup> für die Verkehrsberuhigung der Altstadt diente. Dadurch entstand jedoch eine Verlagerung des Verkehrsaufkommens zulasten der nördlicher liegenden Wohnviertel, zu denen auch die Maxvorstadt zählt.<sup>6</sup> Hinzu kam ab 1965 die verkehrstechnische Belastung durch den U-Bahn-Bau der Linien U 3 und U 6, die vor dem Hintergrund der Olympischen Spiele von 1972 als öffentliche Verkehrsmittel umgesetzt wurden. Die dafür notwendigen Tiefbauarbeiten veränderten für mehrere Jahre die Straßenführung und verdichteten den Verkehr auf der Ludwigstraße, die als wichtige Verbindung zwischen dem Norden Münchens und dem Odeonsplatz gilt.<sup>7</sup>

Für die Fußgänger entstanden aus den baulichen Veränderungen und dem ansteigenden Verkehrsaufkommen in der Maxvorstadt zwangsläufig Einschränkungen. Der Ausbau der neuen Ost-West-Hauptachse schnitt die Maxvorstadt zunehmend von der Altstadt ab und erschwerte die fußläufige Verbindung. Auch die steigende

2 Vgl. K. Bäuml, Die Entwicklung seit 1945, in: R. Bauer (Hrsg.), Maxvorstadt zwischen Münchens Altstadt und Schwabing. Das Stadtteilbuch, München 1995, S. 74.

3 Ebda., S. 74.

4 Vgl. [www.muenchner-forum.de/ueber-uns/](http://www.muenchner-forum.de/ueber-uns/) [15.02.2021].

5 K. Bäuml (s. A 2), S. 78.

6 Ebda., S. 78.

7 S. Egger, „München wird Moderner“. Stadt und Atmosphäre in den langen 1960er Jahren, Bielefeld 2013, S. 224.

Lärmbelastung und das vermehrte Blockieren der Bürgersteige durch unerlaubt parkende PKWs strapazierten die Bevölkerung.<sup>8</sup>

„Mit Inkrafttreten des ersten Flächennutzungsplanes am 15.12.1965 wurden die „alten Wohngebiete um die eigentliche Altstadt [...] als „natürliches Erweiterungsgebiet der City“ [verzeichnet]. Banken, Versicherungen, Zentralverwaltungen anderer Großunternehmen und Behörden sollten die Vorteile der zentralen Lage nutzen.“<sup>9</sup> Zudem sollten weitere Grundstücke für die Universität als Erweiterungsflächen umgenutzt werden.<sup>10</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt galt der Wirtschaftsplan von 1958,<sup>11</sup> welcher die Maxvorstadt in Wohnflächen, gemischte Bauflächen und Grünflächen unterteilte, wobei der Anteil an Wohnflächen deutlich überwog. Mit Einsetzen des neuen Flächennutzungsplanes verringerte sich dieses Verhältnis durch Ausweisung bisheriger Wohngebiete sowohl als Kerngebiete als auch als Sonderbaugebiete Wissenschaft. Die durch den Flächennutzungsplan neu geschaffenen Erweiterungsmöglichkeiten förderten den Abbruch vorhandener Wohnbauten und führten so zu der Verdrängung der ansässigen Bevölkerung.

Peter M. Bode veröffentlichte hierzu in seinem Artikel in der Süddeutschen Zeitung eine Grafik, welche sowohl die Universitätsbauten samt Erweiterungsflächen als auch die extern angemieteten Gebäude aufzeigte.<sup>12</sup> In der Schelling- und Amalienstraße kaufte der Freistaat Bayern beispielsweise Wohnhäuser, um diese zu Gunsten neuer Institutsbauten abbrechen zu lassen.<sup>13</sup> Proteste in der Bevölkerung gab es besonders gegen die geplante Bebauung des Leopoldparks, welcher durch einen „Grundstückstausch von der Stadt auf den Freistaat Bayern“<sup>14</sup> übertragen wurde. Bode kritisierte in seinem Artikel, dass an dieser Stelle eine Mensa (1968-1971) als Flachbau konzipiert wurde und dadurch „[wertvollster] Schwabinger Stadt- und Parkgrund [verschwendet werde]“.<sup>15</sup> Die neu entstandenen Verwaltungs- und Universitätsbauten veränderten nicht nur das soziale Gefüge in der Maxvorstadt, sondern durch die baupologisch bedingte andere Fassadengestaltung auch das Erscheinungsbild der betroffenen Straßenzüge.

8 Für weitere Details siehe: A. Winterstein, München und das Auto. Verkehrsplanung im Zeichen der Moderne. Kleine Münchner Geschichte, Regensburg 2017.

9 K. Bäumler (s. A 2), S. 74.

10 Vgl. K. Bäumler, Grün in München. Gärten und Parks in der Maxvorstadt gestern und heute. BA 5, 1963, in: *Münchner Forum* (Hrsg.), München nicht wie geplant. Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien. Dokumente, München 2015, S. 381.

11 K. Bäumler (s. A 2), S. 74.

12 P. M. Bode (s. A 1), o. S.

13 K. Bäumler (s. A 2), S. 74.

14 Ebda., S. 74.

15 P. M. Bode (s. A 1), o.S.

Die Verbesserung der verkehrstechnischen Anbindung, sowohl in Bezug auf den Ausbau von Straßen, den Bau der U-Bahnlinien sowie die Auflösung des ‚Rotlicht-Milieus‘, leitete in der Maxvorstadt eine Strukturveränderung ein.<sup>16</sup> „Ergebnis war eine Verbesserung der Wohnqualität, andererseits aber auch die ‚Aufwertung‘ [dieses zentral gelegenen Stadtviertels] und die Preisexplosion bei Grundstücken und Wohnungen.“<sup>17</sup> Die Nähe zu Kunst- und Kultureinrichtungen sowie dem Englischen Garten als Naherholungsgebiet begünstigte diese Entwicklung sicherlich. Zusammen mit der Belastung durch die Ausbreitung von Kernfunktionen und der Universität wurde „die Bevölkerung einem sehr hohen Verdrängungsdruck ausgesetzt.“<sup>18</sup> In den Jahren von 1961 bis 1970 stiegen die Bodenpreise im Großteil der Maxvorstadt um über 200% an. Dies bedeutete, dass zum einen höhere Mietpreise für Gewerberäume und Wohnungen gefordert und zum anderen Immobilien zu Spekulationsobjekten wurden.

Der Anstieg der Mietpreise führte dazu, dass es nur noch Gewerbetreibenden bzw. Bewohnern, die diese Preise bezahlen konnten, möglich war, Räumlichkeiten in der Maxvorstadt zu mieten. Läden, welche Produkte des täglichen Bedarfs verkauften, wurden durch Geschäfte, die mit dem Verkauf von Luxusgütern höhere Einnahmen erzielen konnten, verdrängt. Zudem „[war es vielfach] rentabler, große, noch gut erhaltene (‚herrschaftliche‘) Altbauwohnungen in Büros umzuwandeln.“<sup>19</sup> Auf die einsetzende Bodenwertsteigerung folgte zwangsläufig das Interesse der Immobilienbesitzer und Spekulanten, größtmöglichen Gewinn aus ihren Grundstücken zu erzielen. Mit dieser Praxis war es möglich, neben Bürogebäuden genauso Bauten mit hochpreisig vermietbaren Wohnungen bzw. zum Verkauf angebotenen Eigentumswohnungen zu bauen.

Betrachtet man die geschilderten Vorgänge, zeichnet sich eine Beobachtung ab: Bis zur Einführung des bayerischen Denkmalschutzgesetzes 1971 erhielten Wohn- und Gewerbebauten im Gegensatz zu repräsentativen, öffentlichen und kulturellen Bauwerken keine Unterschutzstellung, die die Erteilung einer Abbruchgenehmigung abwendbar machen konnte. Dies führte zum einen dazu, dass durch das profitorientierte Vorgehen von Investoren und einer mangelnden Bereitschaft finanziell intensive Instandsetzungen an Gebäuden durchzuführen, der Abbruch einem rentableren Neubau vorgezogen wurde. Zum anderen bedingte auch der autogerechte Stadtbau mit Neubau und Erweiterung der Straßenstrukturen den Abriss bestehenden

16 Vgl. *H. D. Kaplan*, Heutige Probleme, in: *R. Bauer* (Hrsg.), *Maxvorstadt zwischen Münchens Altstadt und Schwabing*. Das Stadtteilbuch, München 1995, S. 79.

17 *Ebda.*, S. 79.

18 Vgl. *ebda.*, S. 79.

19 *K. Bäuml* (s. A 2), S. 74.

Baubestandes. „So ist in dieser Phase vieles von Bagger und Abbruchbirnen vernichtet worden, was den Bombenhagel überstanden hatte.“<sup>20</sup> Erwin Schleich publizierte 1978 einen Bildband mit dem Titel „Die zweite Zerstörung Münchens“, der die ‚Stadtzerstörung durch Straßenbau‘ und ‚Flächensanierung‘ sowie deren Auswirkungen auf das Stadtbild exemplarisch an München aufzeigte. So auch den Bau des Tunnels unter dem Prinz-Carl-Palais, dessen Rampen als „stadtbaukünstlerisch unannehmbar“<sup>21</sup> und die Maßnahme selbst „als Denkmal schwerster Versündigung [auf unabsehbare Zeit für die Stadt]“<sup>22</sup> kritisiert wurde.

Der Architekt Karl Klühspies äußerte sich, dass der Protest gegen den Abbruch von Gebäuden und der Zerstörung des Stadtbildes durch Ausbau der Straßenstrukturen anfangs hauptsächlich von Architekten ausging.<sup>23</sup> Er sprach aus diesem Grund von einem „elitären Protest“.<sup>24</sup> „Es hätte sich wohl jeder gesträubt, [die Zerstörung des Charakters und der Individualität dieser Stadt] zuzulassen, wenn er sich dessen bewußt gewesen wäre. Aber die meisten Bürger haben das nicht erkannt und sie wären auch nicht in der Lage gewesen das zu artikulieren.“<sup>25</sup> Aufgrund dieses Protestes gegen den Bau des Prinz-Carl-Palais-Tunnels wurde 1968 das Münchner Forum gegründet, um ein Diskussionsforum für stadtrelevante Entwicklungsfragen zu schaffen. In den folgenden Jahren bildete sich das Interesse der Bürgerschaft aus, Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen. Es schlossen sich Bürgerinitiativen zusammen, Proteste wurden organisiert und Pressekampagnen im Interesse der Bürger veröffentlicht.<sup>26</sup>

### **Entstehung der Bürgerinitiative „Aktion Maxvorstadt“**

Die Erhaltung von Wohnraum, im Besonderen von bezahlbaren und familiengerechten Wohnungen, stand dabei im Fokus der Bürgerschaft. Mietkündigungen und Abbrüche von Wohnbauten führten einerseits bei den Betroffenen zu einem Gefühl der Hilflosigkeit und andererseits bei noch nicht betroffenen Mietern zur Angst vor Wohnungsverlusten durch Sanierungsprojekte oder Nutzungsänderungen. Anfang der 1970er Jahre machte die ‚Interessensgemeinschaft der Sanierungsbetroffenen‘ im

20 Ebda., S. 74.

21 E. Schleich, Die zweite Zerstörung Münchens. Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, Bd. 100, Stuttgart 1978, S. 116.

22 Ebda., S. 116.

23 S. Egger (s. A 7), S. 209.

24 Vgl. M. Heusinger, Gespräch mit Karl Klühspies, in: *Münchner Forum e. V.* (Hrsg.), 25 Jahre Münchner Forum. Initiativen für München, Kritik und Ideen, Konzepte und Dokumentation, Satire und Information, München 1993, S. 27.

25 Ebda.

26 E. Schleich (s. A 21), S. 7.

Stadtteil Lehel auf sich aufmerksam. Auch in der Maxvorstadt manifestierte sich das stadtteilbezogene Problembewusstsein in Form von Diskussionsgruppen, besonders aus dem katholischen Pfarrkreis St. Ludwig sowie dem Bezirksausschuss.<sup>27</sup> Angeregt durch die entstandene Initiative im Lehel schlossen sich kurz darauf Bürger der Maxvorstadt zur ‚Aktion Maxvorstadt‘ zusammen.<sup>28</sup> Der Wirkungsbereich beschränkte sich dabei nicht nur auf den Stadtbezirk 5 ‚Maxvorstadt-Universität‘, sondern reichte im Laufe der Zeit auch über diese Grenzen hinaus. Der für die Pfarrei St. Ludwig zur damaligen Zeit zuständige Kaplan Ralf Dantscher kommentierte die Dringlichkeit der Entstehung der ‚Aktion Maxvorstadt‘ wie folgt: „Anlaß war nicht zuletzt der Selbstmord einer alten Frau, der gekündigt worden war, und die sich häufenden Klagen gerade alter Menschen, die hilflos und verzweifelt einer Kündigung und einer für sie bedrohlichen Entwurzelung aus lebenslangen Beziehungen gegenüberstanden.“<sup>29</sup>

Bereits zuvor hatte sich aus verschiedenen aktiven Kreisen dieser Pfarrei eine Arbeitsgruppe zusammengeschlossen, deren Ziel darin bestand, die „Bevölkerung über bedrohliche Entwicklungen [zu] informieren, sie [zu] mobilisieren und einzelne Problemfälle [aufzugreifen].“<sup>30</sup> Professor Dr. W. Suerbaum verfasste aus den ersten Ergebnissen der Arbeitsgruppe eine neunzehn Punkte umfassende Denkschrift mit dem Titel „Eine Provokation: unsere Gemeinde im Abbruch“,<sup>31</sup> die im November 1970 als Flugblatt mit einer Auflage von 10.000 Stück mit dem monatlichen Pfarrbrief an die Mitglieder der Pfarrgemeinde St. Ludwig verteilt wurde. In diesem ging er auf Entwicklungen der Maxvorstadt und deren Auswirkungen ein. Mit dieser Denkschrift gelang es, gerade durch die Unterstützung der Kirchengemeinde, viele Maxvorstädter zu erreichen und so die Gründung der Bürgerinitiative zu fördern.<sup>32</sup>

Bereits vier Jahre nach Gründung der ‚Aktion Maxvorstadt‘ veröffentlichte Ralf Dantscher das Informations- und Arbeitsbuch „Bürgerinitiativen: Modell Maxvorstadt München“. In diesem ging er auf die Stadtentwicklung und Stadterneuerung sowie deren, für die Bevölkerung negativen Auswirkungen auf die Maxvorstadt ein. Dabei versuchte er sich an der Schaffung eines Leitfadens für die Gründung, Organisation und Arbeitsweise einer Bürgerinitiative.

Besonders in ihrer Anfangszeit erfasste die ‚Aktion Maxvorstadt‘ die Besitzverhältnisse von Gebäuden und deren Eigentümer, um auf die Auswirkungen des 1965

27 R. Dantscher, Bürgerinitiativen: Modell Maxvorstadt München. Ein Informations- und Arbeitsbuch, Gelnhausen/Berlin 1974, S. 55.

28 Ebda..

29 Ebda.

30 Ebda., o.S.

31 Vgl. W. Suerbaum, Eine Provokation: unsere Gemeinde im Abbruch. München 03.11.1970, in: 10 Jahre Aktion Maxvorstadt 1971-1981, München 1981, S. 19-43.

32 K. Bäuml (s. A 2), S. 75.

in Kraft getretenen Flächennutzungsplanes aufmerksam zu machen. Die Wandlung von Wohngebiet zu Kerngebiet konnte so durch Aufzeigen der Ausbreitung von Universitäts- und Bürobauten nachgewiesen werden. Doch auch für die Verdeutlichung der Verdrängungsproblematik privater Sanierungsprojekte, die die Kündigung ganzer Hausgemeinschaften nach sich zogen, sammelte die ‚Aktion Maxvorstadt‘ detaillierte Informationen über das Vorgehen der profitorientierten Immobilienbesitzer.

Mit Hilfe von Ausstellungen und der eigens herausgegebenen Zeitung ‚Maxvorstadt Aktuell‘ versuchte man die Bewohner auf einem aktuellen Stand über die momentanen Entwicklungen und Projekte zu halten und Missverständnisse bezüglich Begriffsunklarheiten und Gesetzgebungen zu verhindern. Durch Aufrufe zur Beteiligung in der ‚Maxvorstadt Aktuell‘ und bei der Öffentlichkeitsarbeit wurde versucht, Mitglieder zu gewinnen. Zusätzlich half die Presse dabei, die Bürgerinitiative und deren Aktivitäten ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.<sup>33</sup>

Demonstrationen nutzte die ‚Aktion Maxvorstadt‘ um in der Öffentlichkeit auf Missverhältnisse aufmerksam zu machen sowie eigene Forderungen kundzutun. Eines der bekanntesten Beispiele ist die Teilnahme an dem sogenannten Sternmarsch vom 8. Juli 1971, auch Mietermarsch genannt, bei dem neben Bewohnern der Maxvorstadt auch betroffene Bürger der Stadtviertel Haidhausen, Au, Giesing, Lehel, Schwabing und Westend teilnahmen. Die Banner der Aktion zierten u. a. die Aussagen ‚München wird moderner – wir sind der Preis‘ oder auch ‚Sanierung ja – Vertreibung nein!‘<sup>34</sup>.

Die Kritik an den Anfang der 1970er Jahre deutlich werdenden Problematiken und deren Auswirkungen auf die Bewohner der Maxvorstadt wurde nicht zuletzt auch an künstlerischen Beiträgen deutlich. Mit zahlreichen Karikaturen, der Thematisierung in zeitgenössischen Hörspielen sowie mit Fotografien damaliger Ereignisse, sollte den Bürgern die Brisanz der Situation nahe gebracht werden.

Der Zusammenhalt der Bevölkerung zeigte sich auch in der engen Zusammenarbeit zwischen der ‚Aktion Maxvorstadt‘ und dem Bezirksausschuss 5. Letzterer veröffentlichte ebenfalls eine regelmäßig erscheinende Zeitung mit stadtteilbezogenen Informationen über aktuelle Veränderungen und Ereignisse. Beide verfolgten als höchstes Ziel die Erhaltung bezahlbaren Wohnraums und teilten ihre Kritik gegenüber Sanierungsprojekten und Zweckentfremdungen.

1971 forderte der Bezirksausschuss 5 den Stadtrat schließlich dazu auf ‚die Ausweisung des größten Teils des Stadtbezirks 5 als ‚Kerngebiet‘ rückgängig zu machen.‘<sup>35</sup>

33 R. Dantscher (s. A 27), o.S.

34 Vgl. Fotografien (1971) aus dem Privatarchiv von Dieter Hinrichs.

35 D. Wintz, Rund um die Uni droht ein neues ‚Lehel‘. Wohnhäuser in der Maxvorstadt sollen verschwinden. Proteste bisher erfolglos, in: Münchner Merkur 14.01.1971, o. S.

Der Bezirksausschuss war einstimmig der Meinung, dass es zwingend notwendig sei, die Maxvorstadt als allgemeines Wohngebiet zu erhalten.<sup>36</sup> Der Stadtrat beschloss daraufhin Mitte desselben Jahres die Veranlassung der Änderung des Flächennutzungsplanes. Sowohl die ‚Aktion Maxvorstadt‘ als auch die Mieterorganisationen gaben sich mit dieser Entscheidung jedoch nicht zufrieden.<sup>37</sup> Schließlich konfrontierte Kaplan Dantscher den Oberbürgermeister Dr. Vogel am 04.11.1971 mit der Forderung der Einführung einer Veränderungssperre für die Maxvorstadt bis zum Inkrafttreten des geänderten Flächennutzungsplanes. 12.000 Unterschriften verdeutlichten die Unterstützung dieser Forderung seitens der Bevölkerung.<sup>38</sup> Als weitere rechtliche Grundlage zur Verhinderung der anderweitigen Nutzung von Wohnraum trat am 01.01.1972 die Zweckentfremdungsverordnung in Kraft. Am 12.03.1973 forderte die ‚Aktion Maxvorstadt‘ durch einen Antrag auf der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 5 die Zweckentfremdungsverordnung auch auf bestimmte Formen gewerblicher Nutzungen auszudehnen, „damit nicht wahllos Geschäfte errichtet werden können, die den Wohnwert des Viertels erheblich beeinträchtigen.“<sup>39</sup> Ob diese Forderung rechtlich wirksam wurde, ist nicht bekannt.

Im Januar 1974 beschloss der Stadtrat die Einführung des Rosa-Zonen-Plans.<sup>40</sup> In diesem wurde die Art der baulichen Nutzung in der Maxvorstadt wieder vorwiegend für Wohnnutzungen vorgesehen. Die ‚Aktion Maxvorstadt‘ machte jedoch in der ‚Maxvorstadt Aktuell‘ darauf aufmerksam, dass der Rosa-Zonen-Plan keine rechtliche Bindung im Sinne eines Flächennutzungsplanes besaß, sondern mehr als politisches Leitziel fungierte. „Zusammen mit dem Instrument der Zweckentfremdungsverordnung, die zumindest die Erhaltung von Wohnraum durchsetzbar [machte], [war] der Rosa Plan ein – wenn auch nur unzureichender – dennoch positiver Schritt.“<sup>41</sup>

1975 verabschiedete der Stadtrat einen neuen Stadtentwicklungsplan, der gegenüber des Stadtentwicklungsplans von 1963 mehr eine sozialpolitische, als eine städtebauliche Zielsetzung anstrebte.<sup>42</sup> Erst mit der Aktualisierung des Flächennut-

36 Ebd.

37 O. Vilser, „Eine menschenwürdige Stadt erkämpfen!“. Sternmarsch Münchner Mieter aus den Sanierungsgebieten zum Karlstor, in: Süddeutsche Zeitung 163 (1971), S. 15.

38 H. O. Wiebus, 12.000 protestierten gegen den Tod der Maxvorstadt. Unterschriften an OB Vogel übergeben, in: TZ 05.11.1971, o.S.

39 O.V., Wie viele Boutiquen braucht der Mensch?, in: Maxvorstadt aktuell 8 & 9 (1973), S. 7.

40 Vgl. [www.stadt.muenchen.de/infos/ausstellung-stadt-bau-plan.html#:~:text=Der%20Rosa-Zonen-Plan%20den%20Stadtgebieten%20rings%20um,ihrer%20Wohnquartiere%20zur%20Wehr%20setzten%20\[11.01.2021\].](http://www.stadt.muenchen.de/infos/ausstellung-stadt-bau-plan.html#:~:text=Der%20Rosa-Zonen-Plan%20den%20Stadtgebieten%20rings%20um,ihrer%20Wohnquartiere%20zur%20Wehr%20setzten%20[11.01.2021].)

41 O.V., Was bedeutet der ‚rosa Plan‘, in: Maxvorstadt aktuell 8 & 9 (1973), S. 2-3.

42 Vgl. L. Hoffmann, Krisen und Konsolidierung 1972-2000, in: *Landeshauptstadt München* (Hrsg.), München wie geplant. Die Entwicklung der Stadt von 1158 bis 2008, München 2004, S. 136.



**Abb. 2:** Fassade der Amalienpassage in der Amalienstraße; Foto: C. Thomas, 2021.

zungsplanes 1983/85 konnte die weitere Ausdehnung der Kerngebietsfunktionen in den Innenstadtrandgebieten, die der Flächennutzungsplan von 1965 hervorgerufen hatte, revidiert werden.<sup>43</sup>

### ***Die Problematik Flächensanierung am Beispiel der Amalienpassage***

Die Amalienpassage (vgl. Abb. 2) ist ein Ende der 1960er Jahre begonnenes und 1977 fertiggestelltes Wohnungsbauprojekt mit erdgeschossiger Geschäftsnutzung und öffentlich zugänglichen Innenhöfen. Die bebauten Grundstücke liegen in einem geschlossenen Baublock zwischen Adalbert-, Amalien-, Schelling- und Türkenstraße in unmittelbarer Nähe zur Ludwig-Maximilian-Universität sowie der Akademie der bildenden Künste. Eine fußläufige, den Baublock querende Verbindung erschließt zum einen die Hauseingänge und Geschäfte im Inneren des Blockes und ermöglicht zum anderen die fußläufige Vernetzung der Türken-, Amalien- und Adalbertstraße.

43 K. Bäuml (s. A 2), S. 74.



**Abb. 3:** Zustand des Baublockes um 1950;  
Zeichnung: C. Thomas.

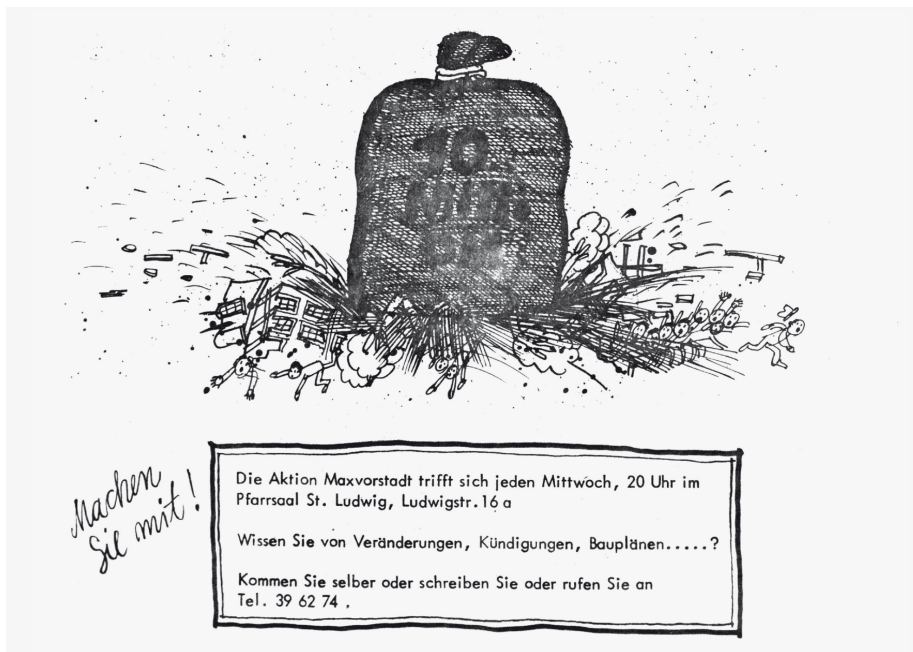


**Abb. 4:** Zustand des Baublockes nach Fertigstellung  
der Amalienpassage 1977; Zeichnung: C. Thomas.

Das Projekt setzte sich zusammen aus mehreren Baukörpern in Schottenbauweise. Durch die Anordnung der Baukörper innerhalb des Blockes und die Einbindung der vorhandenen Bebauung entstanden vier Höfe: Türken-, Adalbert-, Amalienhof Nord und Amalienhof Süd. Die Übergänge der Neubauten zum Altbestand wurden individuell sowohl in der Höhenentwicklung als auch in der Detaillierung gelöst. Die Straßenrandbebauung ist bis zu siebengeschossig, im Blockinneren gibt es Gebäudehöhen von zwei bis sechs Geschossen (vgl. Abb. 3 u. 4).

Das Neubauvorhaben sollte einerseits als Sanierung der damaligen Situation fungieren und andererseits durch die Neugestaltung eine Aktivierung der Grundstücke erzielen. Zu den Zielen zählten der „Neubau des abbruchreifen Bestandes“ und die „Hofbildung in den rückwärtigen Grundstücksbereichen“. Dazu wurde ein der Öffentlichkeit zugängliches Passagensystem mit Fußgängerverbindung, Laden- und Gastgewerbe in den Höfen und eine zum Verweilen ansprechende Hofgestaltung angestrebt. Als wichtige Komponente des Projektes zählte die zu Gunsten der Stadt München vereinbarte Grunddienstbarkeit, um jederzeit den Zugang zur Amalienpassage zu gewährleisten.<sup>44</sup>

<sup>44</sup> Anlage zum Vorbescheid Nr. 48303 Amalienstraße 85, 87, 89, Erläuterungsbericht, München 22.09.1970, S. 2 (Planarchiv Lokalbaukommission München, Akte Amalienpassage).



**Abb. 5:** Protest der „Aktion Maxvorstadt“ gegen den Bau der Amalienpassage;  
Quelle: *Maxvorstadt aktuell* 8 & 9 (1973), S. 8.

1971 erhielten die Bauherren die Abbruchgenehmigungen für die Bestandsbebauung. Die Mieter, denen für den Abbruch der Wohnhäuser gekündigt wurde, erhielten Unterstützung durch die Bürgerinitiative ‚Aktion Maxvorstadt‘. Dies protestierte nicht nur gegen den Abbruch der Wohnhäuser, sondern auch gegen die Kündigungen von Bewohnern, die sich die Mieten in den neu entstehenden Häusern nicht leisten konnten und dadurch aus ihrem gewohnten Wohnumfeld und sozialen Gefüge gerissen wurden. Des Weiteren veröffentlichte die ‚Aktion Maxvorstadt‘ in ihrer Zeitung mehrere Artikel, die sich gegen den Bau der Amalienpassage aussprachen (vgl. Abb. 5). Dabei richtete sich die Kritik vor allem gegen die Hausbesitzer und deren Vorgehen, Gebäude verkommen zu lassen, um an selber Stelle Neubauten zu errichten, nachdem der Bestand zum Abbruch frei gegeben wurde. Die neu entstandenen Wohnbauten arbeiteten gegen das soziale Gefüge in der Maxvorstadt, indem für ‚Normalbürger‘ kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen wurde, noch dazu in Wohnungsgrößen die nicht familiengerecht waren.<sup>45</sup> So wurde der Großteil an Wohn-

<sup>45</sup> O.V., Warum die Aktion Maxvorstadt das Projekt – von Gagern – nicht unterstützen kann!!!, in: *Maxvorstadt aktuell* 8 & 9 (1973), S. 8.

raum der Amalienpassage als Einzimmerappartements geschaffen und nur lediglich neun der 204 Wohnungen waren mit mehr als zwei Zimmern familieneeignet. Zudem waren aus Sicht der ‚Aktion Maxvorstadt‘ die Bauherren nicht daran interessiert, über eine Integration der alten Bausubstanz in die neue Planung nachzudenken, um nur stellenweise eine Erneuerung vornehmen zu müssen. Doch die ‚Aktion Maxvorstadt‘ konnte die Abbrüche weder durch die Anwendung der Zweckentfremdungsverordnung noch durch die Änderungssperre verhindern, da die Abbruchanträge vor Inkrafttreten dieser Gesetze genehmigt worden waren.<sup>46</sup> Gleichwohl beschreibt Klaus Bäumler rückblickend die Kritik gegen dieses Bauprojekt als „[beispielhaft geführten] Kampf gegen ‚Flächensanierung‘ und für ‚Objektsanierung‘“.<sup>47</sup>

Durch das Angebot an die verbliebenen Mieter in der Amalienstraße in die modernisierten und öffentlich geförderten Sozialwohnungen in der Isabellastraße 10 umziehen zu können, versuchten die Bauherren der angespannten Situation entgegenzuwirken. Die Kosten für diese Wohnungen betragen für die Ein-Zimmer-Wohnungen (39 qm) 116,70 DM, die Zwei-Zimmer-Wohnungen (52 qm) 154,20 DM und die Vier-Zimmer-Wohnungen (ca. 78 qm) 232,20 DM zuzüglich der Heizkosten. Die Bauherren boten an, die Mietverhältnisse für diese Wohnungen auf Lebenszeit festzuschreiben.<sup>48</sup> Auf dieses Angebot gingen die verbliebenen Mieter aus unbekanntem Gründen nicht ein.

Die Wohneinheiten der Amalienpassage konnten hauptsächlich als Eigentumswohnungen erstanden werden. Der Kaufpreis wurde 1977 im Spiegel veröffentlicht und belief sich auf 75.000 bis 350.000 DM.<sup>49</sup> Aus Wohnungsannoncen der gleichen Zeit geht hervor, dass Wohnungen von dem ‚Amalienpassage-Verkaufsbüro‘ auch zur Miete angeboten wurden. Eine Zwei-Zimmer-Wohnung mit etwa 60m<sup>2</sup> konnte demnach für 750 DM (12,50 DM/m<sup>2</sup>) angemietet werden.<sup>50</sup> Die Mietpreise lagen damit im Vergleich zu den öffentlich geförderten Sozialwohnungen in der Isabellastraße 10 circa viermal höher.

Trotz der sozialen Auswirkungen und den damit verbundenen Protesten erhielt die Amalienpassage 1977 durch einen Beschluss des Stadtrates nicht unumstritten den ‚Ehrenpreis für guten Wohnungsbau und vorbildliche Sanierung‘ der Landeshauptstadt München.<sup>51</sup>

46 Anlage zur Tektur des Bauantrages Amalienstraße 85, 87, 89, München 19.02.1973, S. 4 (Planarchiv Lokalbaukommission München, Akte Amalienpassage).

47 K. Bäumler (s. A 2), S. 75.

48 Georg Eichbauer an Stadträte im Bau- und Vergabeausschuß des Stadtrats der Landeshauptstadt München: Bauvorhaben ‚Amalienpassage‘, Amalienstraße 85/87/89 und Türkenstraße 84, München 06.04.1973, S. 6 (Privatarchiv Klaus Bäumler, Akte 1 B Amalienstraße 85-89, Türkenstraße 84).

49 O. V., Idylle für Anleger, in: Spiegel 33 (1977), S. 132.

50 O. V., Schwabing, Amalienpassage, in: Süddeutsche Zeitung 201 (1977), S. 28.

51 Urkunde des Ehrenpreises für guten Wohnungsbau und vorbildliche Sanierung der Landeshauptstadt

### **Konzept ‚soziale‘ Stadterneuerung**

Auf der rechtlichen Grundlage des geltenden Bundesbaugesetzes (1960) gab es für die Kommunen keine erarbeitete Strategie, großflächigen Abbruch von Gebäudebestand zu verhindern. Erst mit Inkrafttreten des Städtebauförderungsgesetzes 1971 erhielten sie in der Bundesrepublik eine rechtliche Grundlage, um der Gentrifizierung und Flächensanierung mit öffentlich geförderten Projekten entgegenzuwirken. Im Fall Münchens entwickelte die Stadt das Konzept der ‚sozialen‘ Stadterneuerung, welches die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) ab 1980 baulich umsetzte.

Bereits kurz vor Verabschiedung des Bundesbaugesetzes (BBauG) im Juni 1960 verlangten die Mitglieder des Verbandes Deutscher Städtetag die Ergänzung um ein Sanierungsgesetz mit dem Ziel, den Kommunen finanzielle Mittel für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.<sup>52</sup> Bis das Gesetz 1971 in Kraft trat, war die Anpassung der Wohnungsausstattung an den Standard der Zeit, „der Initiative des privaten Bodeneigentümers überlassen.“<sup>53</sup>

1962 veröffentlichte der Architekt und Stadtbautheoretiker Johannes Göderitz im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung die Forschungsarbeit „Stadterneuerung“. In dieser zeigte er Lösungsansätze für die Schaffung „organisatorischer, [rechtlicher] und [wirtschaftlicher] Voraussetzungen zur Sanierung und Erneuerung überalterter Baugebiete“ auf.<sup>54</sup> Diese scheinen bei dem Entwurf des Städtebauförderungsgesetzes besonders berücksichtigt worden zu sein, da Parallelen in Bezug auf die Vorbereitung, die Planung und den Ablauf von Sanierungsmaßnahmen in der 1971 in Kraft tretenden Gesetzgebung zu erkennen sind.

In München beschäftigte sich der im städtischen Planungsreferat tätige Architekt Helmut Blum ab 1963 mit der Untersuchung von Wohngebäuden im Stadtteil Haidhausen. Dieser Stadtteil wurde aufgrund des dortigen unzureichenden Zustandes der Bausubstanz und des vorhandenen Entwicklungsdrucks als Untersuchungsobjekt ausgewählt. Blum beging etwa 15.000 Wohnungen und hielt mittels offizieller Erfassungsbögen deren Ausstattungszustand fest. Bis zur Einführung des Städtebauförderungsgesetzes wurde die Planung von Maßnahmen in Haidhausen allerdings nicht weitergeführt. Karolus Heil und Rolf Romanus beschreiben, dass „der Problemdruck in den in Frage kommenden Gebieten noch nicht groß genug [war], um innovative

München, München 14.07.1977 (Archiv mit Nachlass von Architekt von Gagern am Lehrstuhl Prof. Fink, Technische Universität München).

52 E. von Einem, Zur Entstehung und Funktion des Städtebauförderungsgesetzes, in: Arch+ 16 (1972), S. 4. 53 Ebda., S. 24.

54 J. Göderitz, Stadterneuerung. Organisatorische, wirtschaftliche und rechtliche Voraussetzungen für die Sanierung ungesunder Wohngebiete, Wiesbaden 1962, S. 98.

Erneuerungsansätze ggf. unter Rückgriff auf das vorhandene planungsrechtliche Instrumentarium (BBauG, BauNVO, Bayerische Bauordnung) zu entwickeln.“<sup>55</sup>

Das ‚Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden‘ (StBauFG) trat am 01.08.1971 in Kraft und fand Anwendung in ausgewiesenen Sanierungsgebieten.<sup>56</sup> Die Stadt München entwickelte auf Grundlage der neuen Gesetzgebung „das Prinzip der sozial- und bewohnerorientierten Erneuerung, Qualitätsverbesserung des Wohnens und Arbeitens im historisch gewachsenen Zusammenhang unter Wahrung lokaler Identität.“<sup>57</sup> Dieses Konzept wurde „etwa ein Jahrzehnt später als ‚erhaltende‘ oder ‚behutsame‘ Stadterneuerung“ bekannt.<sup>58</sup>

Haidhausen wurde 1976 als erstes Sanierungsgebiet in München ausgewiesen. Aufgrund anfänglicher organisatorischer Schwierigkeiten beschloss der Stadtrat 1979 die Gründung eines Sanierungsträgers.<sup>59</sup> Die Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) war ab dem Jahr 1980, mit Helmut Blum in der Position des Geschäftsführers, als Treuhänder im Auftrag der Stadt tätig.

Als wichtigste Bestandteile des Münchner Konzeptes der ‚sozialen‘ Stadterneuerung galten die Einbindung der Bürger in den bevorstehenden Planungsablauf sowie die Garantie gegenüber den Mietern, nach der Modernisierung in ihre alten Wohnungen zu sozialverträglichen Mieten zurückkehren zu können. Durch die Aufklärung der mit der Sanierung beteiligten Parteien und Hinzunahme der Öffentlichkeit versuchte die MGS, die aus vorangegangenen privaten Sanierungsprojekten entstandene Sanierungsangst abzubauen. Dazu wurde ein „Informations-, Beratungs- und [Betreuungsdienst] für alle Sanierungsbeteiligten“<sup>60</sup> eingerichtet, um einen direkten Kontakt mit den Fachleuten zu ermöglichen. Des Weiteren gab die MGS Informationsbroschüren, wie beispielsweise „München erhalten, Heimat gestalten“ (März 1980) und „Stadterneuerung in München“ (November 1984) heraus, in denen sie ihre Aufgabenbereiche vorstellte. Mit Hilfe von colorierten handgezeichneten Illustrationen und Fotovergleichen vor und nach der Modernisierung, wurde Fachfremden erklärt, welche Maßnahmen bei einer Modernisierung im Baublock und am Gebäude erforderlich werden konnten (vgl. Abb. 6).

In den Anfangsjahren der MGS galt es den Bau von Ersatzwohnungen rapide voranzutreiben. Ende des Jahres 1983 stellte die MGS 244 Wohnungen fertig, wodurch

55 Vgl. K. Heil/R. Romaus, Stadterneuerung in München, in: H. Bodenschatz/M. Welch Guerra (Hrsg.), Stadterneuerung im Umbruch, Berlin 1994, S. 77.

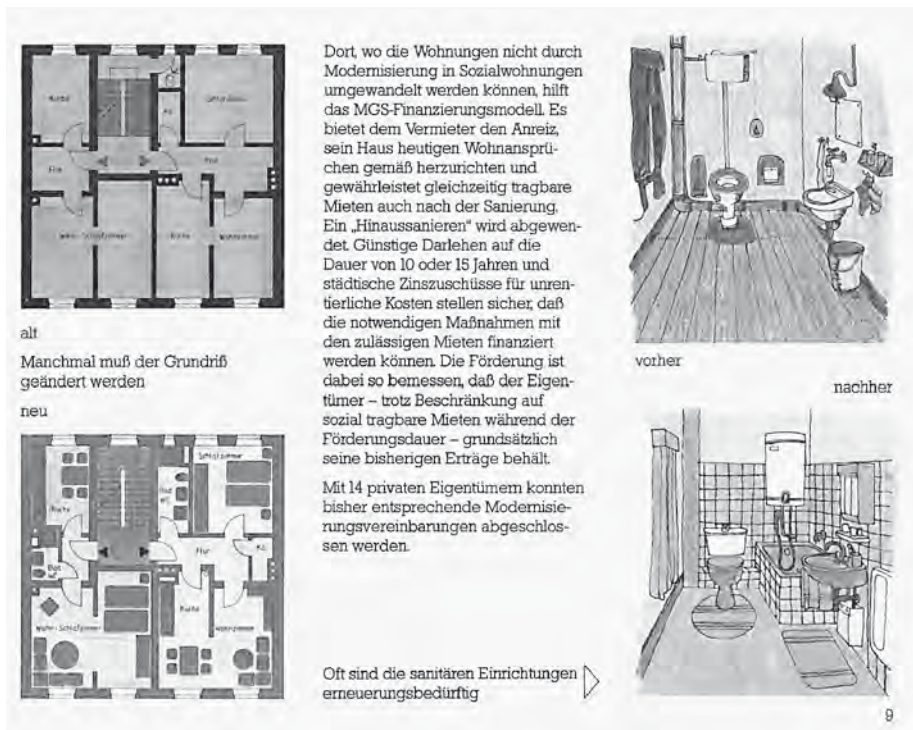
56 E. von Einem (s. A 52), S. 4.

57 K. Heil/R. Romaus (s. A 55), S. 77.

58 Ebda., S. 77.

59 Münchener Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (Hrsg.), München erhalten, Heimat gestalten, München 1980, S. 3.

60 Ebda., S. 3.



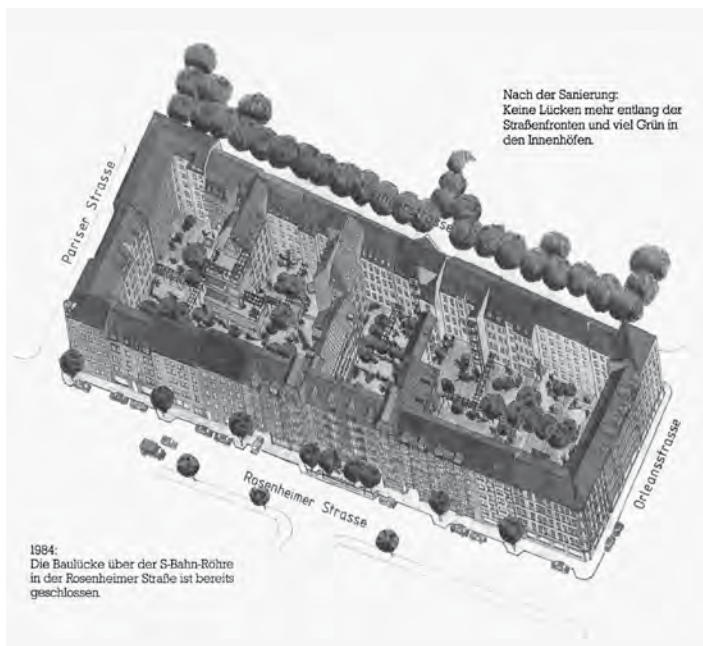
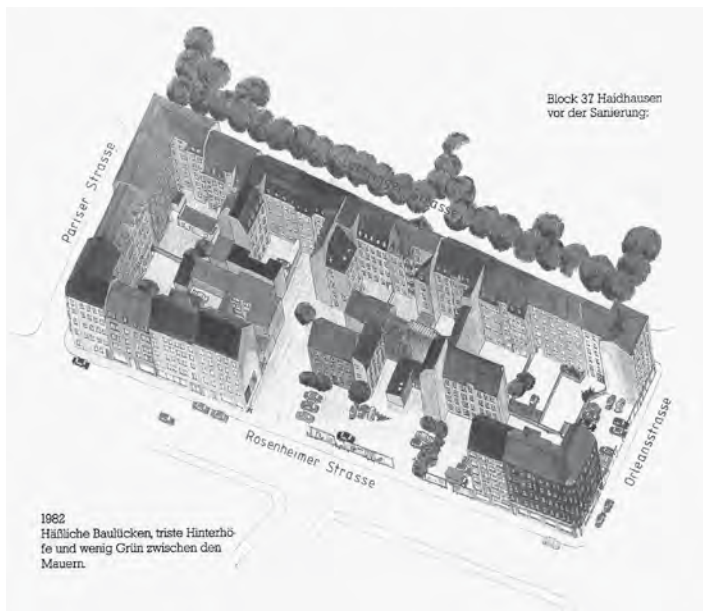
**Abb. 6:** Auszug aus einer Informationsbroschüre der MGS; Quelle: *Münchener Gesellschaft für Stadterneuerung mbH* (Hrsg.), *Stadterneuerung in München oder was tut die MGS?*, München 1984, S. 9.

„erstmal die Voraussetzungen für eine zügige Durchführung der Sanierung erfüllt“ wurde.<sup>61</sup> Die Sanierung von Gebieten, die nicht mehr die Anforderungen an die damalige Lebensqualität erfüllten, konnte durch den hohen Bedarf an Veränderung nur mit substanzerhaltendem Vorgehen durchgeführt werden.

Für das öffentliche geförderte Projekt „Block 37“ in München Haidhausen formulierte die MGS folgende Ziele: die Schließung der Baulücken mit sozialem Wohnungsbau, die Errichtung einer Tiefgarage, die Modernisierung vorhandener Wohngebäude und die Begrünung der Höfe.<sup>62</sup> Die kleinteiligen Bebauungen in den Hinterhöfen wurden abgebrochen und durch neue Wohnbauten ersetzt oder den Hofflächen zugeordnet (vgl. Abb. 7 u. 8).

<sup>61</sup> *Münchener Gesellschaft für Stadterneuerung mbH* (Hrsg.), *Stadterneuerung in München oder Was tut die MGS?*, München 1984, S. 2.

<sup>62</sup> *Münchener Gesellschaft für Stadterneuerung mbH* (s. A 59), o.S.



**Abb. 7, 8:** oben: München, Block 37, Projekt der MGS im förmlich ausgewiesenen Sanierungsgebiet Haidhausen mit Darstellung des Zustandes vor der Sanierung; unten: nach der Sanierung; Quelle: *Münchener Gesellschaft für Stadterneuerung mbH* (s. A 61), S. 26 u. 27.

Die privat finanzierten Sanierungsmaßnahmen unterschieden sich zu den öffentlich finanzierten Sanierungsmaßnahmen nicht nur in Bezug auf die Auftragsgeber, sondern auch in der Bauaufgabe und deren Umsetzung. Bei den privaten Sanierungsvorhaben wurden häufig nur einzelne oder eine geringe Anzahl zusammenhängender Grundstücke innerhalb eines Blockes bearbeitet. Demgegenüber wurde bei den öffentlichen Projekten ein Baublock als zusammenhängendes Gefüge betrachtet, das es als Einheit zu optimieren galt. Neben der zentralen Bauaufgabe einer Verbesserung der Wohnqualität stellte die Lösung des Parkplatzmangels durch den Bau von Tiefgaragen und die Aktivierung der Höfe für die Bewohner und die Öffentlichkeit eine wichtige Aufgabe dar.

### ***Erhaltung des historischen Baubestandes***

Bereits einige Jahre vor Einführung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes versuchte die Stadt 1969 mit Hilfe eines Wettbewerbs auf die Erhaltungswürdigkeit der historischen Fassaden Münchens aufmerksam zu machen. Fassaden des Historismus und des Jugendstils waren durch Modernisierungen im Stil der Zeit einer Purifizierung ausgesetzt. „Der gemäß dem damaligen Geschmack als kitschig empfundene ‚Zuckerbäckerschmuck‘ wurde oftmals abgeschlagen und die alten Sprossenfenster gegen moderne Einscheibenfenster ausgetauscht.“<sup>63</sup> Aus der Sicht des Stadtbaupflegers Oberbaurat Erwin Pressl und des Architekten Erwin Schleich entstanden ohne „die architektonische Gliederung und Fensterteilungen [...] unproportionierte, monotone, gesichts- und geschichtslose Häuser, Straßen und Plätze.“<sup>64</sup> Im Jahr 1970 verlieh die Stadt schließlich den ersten Fassadenpreis für eine vorbildlich durchgeführte Fassadeninstandsetzung. Anklang fanden die renovierten Fassaden in der Bevölkerung durch ihre Farbgebung, die sich von dem „Einheitsgrau der Nachkriegszeit“ absetzte.<sup>65</sup> Die durch die Restaurierung erzielte Wertsteigerung der Immobilien veranlasste zunehmend weitere Eigentümer, ihre Fassaden instand zu setzen. Auch die Fassaden anderer Epochen wurden in den 1980er Jahren in den Wettbewerb aufgenommen.<sup>66</sup>

Mit der Einführung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes 1973 erhielt das Land erstmals ein rechtliches Instrument zum Erhalt von historischer Bausubstanz. Doch nicht nur bauliche Anlagen konnten unter Schutz gestellt werden, sondern

63 Vgl. L. Semmler, Fassadenwettbewerb – Münchens schönste Fassaden, in: *Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Lokalbaukommission, Untere Denkmalschutzbehörde* (Hrsg.), *Denkmalschutz in München. 40 Jahre Bayerisches Denkmalschutzgesetz*, München 2018, S. 70.

64 Ebda.

65 Ebda.

66 Ebda., S. 71.

auch Ensembles, Bodendenkmäler sowie bewegliches Kulturgut.<sup>67</sup> Dem weitreichenden Abbruch von Bauten in den 1960er Jahren konnte so nach der Einführung des Denkmalschutzgesetzes entgegengewirkt werden. Und auch Veränderungen an denkmalgeschützten Bauten oder Ensembles mussten seitdem mit den Vertretern der Denkmalschutzbehörden abgesprochen werden.

1974 veröffentlichten Heinrich Habel, Klaus Merten, Michael Petzet und Siegfried von Quast die Publikation „Münchner Fassaden. Bürgerhäuser des Historismus und des Jugendstils“. Diese Publikation enthielt erstmals eine 5.400 Fassaden umfassende Häuserliste, die deren Besonderheiten, Angaben über Veränderungen an diesen, die Entstehungszeit, den Bauherren sowie den Architekten aufführte und durch Fotografien der Fassaden ergänzt wurde. München besaß mit dieser Publikation eine umfassende Dokumentation vorhandener Fassaden und eine Grundlage für deren Aufnahme in die bayerische Denkmalliste.

Die Durchführung des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975 mit dem Motto „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ untermauerte die Bedeutung der Einführung einer rechtlichen Handhabe für den Schutz und Erhalt von historischen Bauten über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus. Zudem lag das Ziel der Veranstaltung darin, der Bevölkerung die Interessen und das Vorgehen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu vermitteln.

### **Fazit**

Die stadtstrukturellen Entwicklungen der 1950er bis 1960er Jahre führten relativ schnell zu einem Weckruf in der Bevölkerung. Mit der Gründung der Bürgerinitiativen, besonders der ‚Aktion Maxvorstadt‘, manifestierte sich der Wunsch nach einem Mitspracherecht bei Fragen der Stadtgestaltung. Nicht zuletzt durch die organisierten Protestaktionen und die Kritik der betroffenen und unzufriedenen Bürgerschaft, wurden Lösungsversuche seitens der Stadt erarbeitet. Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Verdrängungsproblematik in den 1970er Jahren zum einen mit der Zweckentfremdungsverordnung und zum anderen mit Hilfe eines sozial verträglicheren und substanzerhaltenden Konzepts für die Stadterneuerung seitens der Stadt München entgegengewirkt werden konnte. Der Verlust innerstädtischen Baubestands durch Flächensanierungen und die Auflösung sozial gewachsener Gefüge konnte durch das Städtebauförderungsgesetz außerhalb der ausgewiesenen Sanierungsgebiete jedoch nicht verhindert werden. Mit der Einführung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes 1973 war es ab diesem Zeitpunkt aber zumindest möglich, historisch wertvolle Bausubstanz vor dem unkontrollierten Abbruch zu bewahren.

67 Vgl. [www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG-1](http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDSchG-1) [04.03.2021].

Die Entwicklungen beginnend in den 1970er Jahre zeigen einen Umschwung im Umgang mit dem städtischen Baubestand: weg von großflächigem Abbruch hin zu einem behutsameren Umgang. Nichtsdestotrotz sind die Auswirkungen der damaligen Entscheidungen auch heute noch teilweise in der Maxvorstadt erkennbar. Besonders die Flächensanierungen und die damit einhergehenden Bodenspekulationen zeigen sich in Form von vereinzelt Baulücken im Stadtbild sowie im öffentlichen Diskurs über die dortigen Bodenpreisentwicklungen und bevorstehenden Projekte.

## Wegmarken einer städtischen Arbeitsgemeinschaft

- 1956 **DR. OTTO BORST**, 34jähriger Gymnasiallehrer für Deutsch und Geschichte, leitet nebenamtlich das Esslinger Stadtarchiv und begründet dort die Schriftenreihe *Esslinger Studien*. Stadtgeschichtsforschung begreift er dabei bereits interkommunal – für den Anfang mit den anderen ehemaligen oberdeutschen Reichsstädten und gemeinsamen Forschungen über jene Zeit. Gespräche mit den jeweiligen Bürgermeistern erfolgen, da ihm nicht nur ein loser Forschungs- und Publikations-Verbund unter Historikern vorschwebt, sondern eine Partnerschaft unter Städten samt Austausch über die besonderen Anforderungen dieser historischen Städte heute. Aus Esslingen treffen sich Oberbürgermeister **DR. DIETER ROSER** und aus Weil der Stadt Bürgermeister **WILLY OBERDORFER** zu ersten Gesprächen.
- 1957 Rückstellung dieser Pläne, da der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Otto Bärnreuther auf den 27. Juni 1957 nach Nürnberg zu einem Traditionszusammenschluss unter ehemaligen Reichsstädten einlädt – nicht nur der oberdeutschen, sondern aller ehemaligen süddeutschen. Das primär geschichtswissenschaftlich und noch ohne denkmalpflegerische Akzente geplante Unternehmen kommt jedoch nach dem Tod Dr. Bärnreuthers drei Monate später zu keinem Abschluss.
- 1958 Die gemeinsamen Partnerschaftspläne aus Esslingen und Weil der Stadt leben auf Initiative des Gengenbacher Bürgermeisters **ERHARD SCHREMPF** wieder auf, der ein *Kuratorium zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft ehemaliger freier Reichsstädte* einberuft. Die programmatischen Inhalte lauten: „Denkmalpflege in der alten Stadt“, „Aktivierung und Koordinierung der Geschichtsschreibung“ und „Anpassung der kommunalen Verhältnisse an die Verhältnisse von heute“.

Otto Borst 1971 rückblickend:

*„Bauliche Sauberkeit und architektonisch-städtebauliches Stilgefühl waren Erhard Schrempp Herzenssache: der Sohn des Gengenbacher Wagnermeisters Josef Schrempp, der bei seinem Vater die Lehre machte, hernach als Geselle auf Wanderschaft durch Deutschland, Frankreich, Österreich und die Schweiz zog – und auch nach seiner Wahl zum Gengenbacher Bürgermeister – mit Genehmigung des Gemeinderats das väterliche Geschäft weiterführte: der Mann des handwerklichen Könnens, dem hochtrabende Dinge wie ‚Materialgerechtigkeit‘ von Kind auf eine Selbstverständlichkeit waren, war auch ein Glücksfall für seine Stadt [...] in*



Josef Schrempp (1910-1971)

*seiner Unabdingbarkeit in Bau- und Renovierungsfragen [...]. Der Handwerks- und Bürgermeister, der in Arbeits hose und Arbeitskittel beim Aufbau des zu Hälfte kriegszerstörten Rathauses mitgewirkt hat (für dessen restlichen Abbruch damals wohl die Hälfte der Gengenbacher war), war rasch zu einer Autorität geworden.“*

Als Erhard Schrempp 1971 stirbt, heißt es in der Todesanzeige der Stadtverwaltung: „Unsere Gemeinde verliert mit ihm einen Mann, der aus Gengenbach ein Kleinod gemacht hat [...]. Er selbst hat sich mit dieser Stadt ein Denkmal gesetzt.“ Und im Offenburger Tagblatt am 11. August 1971: „Ohne Schrempp hätten sich die Behörden das Ja zum Ortsstatus zur Erhaltung des altertümlichen Stadtbildes nicht abringen lassen.“

- 1960 Gründung der **Arbeitsgemeinschaft für Reichsstädtische Geschichtsforschung, Denkmalpflege und Bürgerschaftliche Bildung** am 5. September 1960 in Gengenbach anlässlich der 600-Jahr-Feier der Stadt.

WILLY OBERDÖRFER, Bürgermeister in Weil der Stadt, übernimmt den Vorsitz. Am 24. Oktober 1960 tagt in seiner Stadt eine *Kommission zur Aufstellung eines Programmes*. Jährliche **Stadtbaumeistertagungen** werden vereinbart und *historische und denkmalpflegerische Fachausschüsse* gebildet, dazu ein *Ausschuss für Publizistik*.

Den 16 Gründungsmitgliedern schließen sich weitere ehemalige Reichsstädte Baden-Württembergs und Bayerns an. Bald umfasst die Arbeitsgemeinschaft 23 Mitgliedsstädte: Aalen, Bad Wimpfen, Bad Windsheim, Biberach, Bopfingen, Buchau, Dinkelsbühl, Esslingen, Friedrichshafen (für Buchhorn), Gengenbach, Giengen an der Brenz, Isny, Leutkirch, Nördlingen, Offenburg, Pfullendorf, Ravensburg, Rottweil, Schwäbisch Gmünd, Überlingen, Wangen im Allgäu, Weil der Stadt, Zell am Harmersbach.

- 1963 Beschluss zur Herausgabe einer Mitgliederzeitschrift. Als Schriftführer gewählt wird Dr. Otto Borst, der unter der Bezeichnung „Sekretär“ fortan auch die Geschäfte der Arbeitsgemeinschaft führt.

- 1965 Erstausgabe: **Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte**, herausgegeben von Otto Borst (zugleich noch Band 11 der Esslinger Studien).

- 1967 Auf der Jahrestagung in Ravensburg entstehen die sogenannten **Ravensburger Thesen**, bekannt gewordene *Vorschläge zur Erhaltung der alten Innenstädte*, die auch in die Beratungen über ein Denkmalschutzgesetz für das Land Baden-Württemberg einfließen.

- 1968 In seinem Jahresbericht auf der Städtetagung in Bad Wimpfen berichtet der Erste Vorsitzende Willy Oberdorfer über die „Beurteilung des Jahrbuchs in der Fachwelt“:

*„Entscheidend ist, dass wir hier ein Organ geschaffen haben, das unserem ganzen Städtebereich dient, das ein Forum ist für die Wissenschaft, für die Diskussion auf stadt- und kommunalgeschichtlichem Gebiete. Die Urteile, die gefällt worden sind, liegen vor... Eine solch ungeteilte Zustimmung auf einem Gebiet, in dem es hundert Meinungen und Möglichkeiten gibt, hätte ich jedenfalls für meine Person nicht erwartet... Wir dürfen ohne Scheu sagen, dass wir als wissenschaftlich-korporatives Unternehmen akzeptiert und anerkannt sind.“*

- 1971 DR. OTTO BORST wird Professor für Geschichte und Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Esslingen. Unter seiner Redaktion ist das *Jahrbuch für Geschichte der*

oberdeutschen Reichsstädte erstmals dem Themenkomplex „Denkmalpflege und Stadterneuerung“ gewidmet. Nachfolgend kurze Auszüge aus den Beiträgen der Autoren:

ALEXANDER MITSCHERLICH (geb. 1908)

### Wachstum, Planung und Chaos der Großstädte

Professor an der Universität Frankfurt a. M. und Direktor des Sigmund-Freud-Instituts

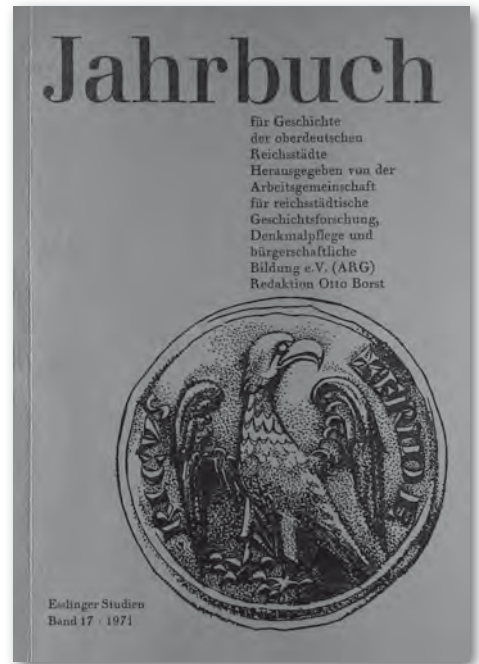
„Ein mächtiges Unisono von Kritik, Klage, Empörung über den Zustand unserer Städte hat eingesetzt... Stadtriesen waren von jeher ein Schreckgespenst... Hier gerät die Planung in Totenstarre, weil Menschen ihre Vermehrung nicht zu kontrollieren gelernt haben... Das rasche Anschwellen der Einwohnerzahlen wie die Veränderungen der Produktionsformen, der wachsende Lebensstandard, haben großstädtische Lebensbedingungen hergestellt, welche der Ordnungsversuche mit herkömmlichen Methoden immer mehr spotten... Die Verkehrs-, die Müllbeseitigungs-, die Luftreinigungs-, die Wasserversorgungsschwierigkeiten sind quantitativ kaum noch zu bewältigen. Viel beängstigender ist die Grundeinstellung zur Natur als Lieferanten. Die alle überwölbende Idee der menschlichen Zivilisation heißt Ausbeutung... Unser Verhältnis zur ‚Mutter Natur‘ war bisher ein ungestört infantil räuberisches. Wir haben die Natur respektlos behandelt, als ob sie jeden unserer Wünsche erfüllen könnte und als ob jeder dieser Wünsche berechtigt wäre, erfüllt zu werden... Unsere Ausbeutungsfähigkeiten sind ins Gigantische gewachsen... Wir haben hervorgehoben, daß Städte den Fortschritt brachten – jenen wirklichen Fortschritt, durch den der Mensch sich aus den Armen der Natur befreite, um selbst sein Schicksal zu suchen. Jetzt ist zu fürchten, daß die Städte auch der Ort sein werden, wo die menschliche Selbstordnung wieder einmal in der Geschichte zusammenbricht: jene Autonomie des Denkens, jene städtische Freiheit, die unter dem fortwährenden Leiden in endlosen Klassen- und Sozialkämpfen schrittweise errungen wurde. Heute ist der Zersetzungsprozess deutlich genug.“

GÜNTHER GRUNDMANN (geb. 1892)

### Die bauliche Vergangenheit in unseren Städten

Vorsitzender der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik

„Es ist interessant festzustellen, daß immer dann, wenn ein lebenswichtiges Problem zur Diskussion steht wie das der Gefährdung unserer alten Städte, zugleich die Literatur anschwillt, um ihre Schönheit anzupreisen... Gleichzeitig vollziehen sich die stilistischen Veränderungen, das heißt es wandelt sich das Schönheitsideal im architektonischen Bereich von den mittelalterlichen Stilen romanischer und gotischer Formvorstellungen über die der Renaissance und des Barock bis zu denen der Gegenwart von Historismus



*und Moderne. Das Ergebnis dieses dauernden Wandlungsprozesses bedeutet: Es gibt und kann keine unversehrte alte Stadt geben, so wie jedes menschliche Antlitz mit den Runen des Erlebens gezeichnet wird. Es gibt daher auch keinen absoluten Schönheitsbegriff, der auf eine alte historische Stadt angewendet werden könnte... Überwunden ist der Stubencharakter der Stadt, längst ist sie über ihre ursprünglichen Grenzen hinausgewachsen... Aber die für Fußgänger und Wagenverkehr ausreichenden Straßen sind dem Auto in keiner Weise mehr gewachsen... Das bedeutet ganz klar ausgesprochen nichts anderes, als daß die bauliche Vergangenheit der historischen Städte in einen Zustand unbarmherziger Konfrontation geraten ist. Daraus ergibt sich für die Beteiligten die ernste Forderung, nach Lösungen zu suchen, die wahrscheinlich weit das Maß des Vorstellbaren, ja vielleicht überhaupt des Realisierbaren überschreiten.“*

WALTHER SCHMIDT (geb. 1899)

ehem. Stadtbaurat der Stadt Augsburg

### **Grundgedanken zur Erneuerung alter Städte**

*„Als Erstes will ich meine Überzeugung begründen, daß eine alte Stadt nur dann in ihren Wesenszügen in die Zukunft hinübergerettet werden kann, wenn sie ‚erneuert‘ wird. Die museale Erhaltung – also Erhaltung ohne Veränderung – ist schon wirtschaftlich unmöglich; Rothenburg ist kein Prototyp... Eine Stadt ist ein lebendiges Wesen, in dem viele und verschiedenartige Kräfte zusammenwirken, und die Altstadt ist ein Teil dieses Wesens. Die erste Frage muß deshalb lauten: Welchen Sinn kann die Altstadt im Zusammenhang der ganzen Stadt oder auch der Stadtregion behalten oder neu gewinnen?... Ein steriles Geschäftsgebiet, das nichts anderes als Läden und Büros enthält und schon innerhalb neuer Stadtgebiete mit Recht als bedenklich gilt, würde der Atmosphäre einer alten Stadt, die stets auf Lebensdichte angewiesen ist, gänzlich widersprechen. Die Durchmischung mit Wohnungen erscheint mir deshalb unerlässlich... Nicht alles wird erhalten werden können; aber manches, ja vieles wird auch entgegen Zwecküberlegungen erhalten werden müssen. Wichtige städtebauliche Situationen werden auch dann in der erneuerten Altstadt fortleben sollen, wenn die sie bisher bildende Bausubstanz teilweise oder auch vollständig ausgewechselt werden muß. Straßen- und Platzfluchten, Gebäudehöhen, Himmelsanschnitte, Grundproportionen, Maßstab deuten Elemente an, durch die eine schöne alte städtebauliche Situation, bei der die Bebauung vielleicht im einzelnen nicht aus Baudenkmäler besteht oder die Gebäude selbst nicht sanierbar sind, in eine neue Bebauung hinübergerettet werden kann. Aber aus all dem darf kein Dogma gemacht werden. Deshalb Vorsicht bei Ortsvorschriften zur Gestaltung! Überraschende, von der Regel abweichende Lösungen können die besten sein... Eine alte Stadt hält einen länger und fester in ihrem Bann. Sie umgibt einen, man bewegt sich in ihr, man atmet in ihr, lebt in ihr. Sie vermittelt uns Vergangenheit, ‚unserer‘ Vergangenheit nicht als Schauobjekt, nicht als Lehrstück, sondern als unseren unmittelbaren Besitz, als etwas was zu uns gehört. In der Gesamtgestalt der alten Stadt ist die Zeit selbst Erscheinung geworden.“*

FRIEDRICH MIELKE (geb. 1921)

Potsdam, Venia legendi für das Fach Denkmalpflege an der TU Berlin

### **Überlegungen zur Revitalisierung denkmalwerter Altstädte**

*Die heutigen Altstädte sind eine nicht überholte oder zu überwindende Vorstufe moderner Stadtformen, sondern urbane Gebilde mit eigener Gesetzlichkeit, die ihre Exi-*

stanzberechtigung neben den größer gewordenen modernen Städten haben... Jeder einschneidende Eingriff in die historische Substanz würde sie im Werte mindern, jede Erweiterung der Straßen- und Platzräume würde ihre erhaltenswerten Abmessungen verändern und damit unvollkommen machen. Daraus folgt, daß wir darauf bedacht sein müssen, die historischen Dimensionen der stadtbildenden Faktoren nicht zu überschreiten... Sie haben eine feste Größe erreicht, die uns so abgewogen zu sein scheint, daß wir sie schätzen und auch schützen wollen... Der Begriff ‚Revitalisierung‘ trifft den Kern der Aussage. Nicht die Renovierung der Fassaden ist vordringlich, sondern weit wichtiger ist die Gesundung der Wohnungen im einzelnen Haus ebenso wie in der ganzen Altstadt. Für die Lebensfähigkeit einer Stadt ist es entscheidend, ob ihre Wohngehäuse – Wohnräume ebenso wie Straßenräume – lebenswert sind. Ist die Altstadt sozial und wirtschaftlich gesundet, wird auch die Erhaltung der Fassaden kein besonderes Problem mehr sein.“

HANS PAUL BAHRDT (geb. 1918)

Lehrauftrag für Soziologie an der TH Hannover

### **Die Bewohner sanierungsbedürftiger Stadtgebiete.**

„In diesem Beitrag ist von der Bevölkerung der als sanierungsbedürftig geltenden Stadtgebiete die Rede... Immobilität ist die Ursache von Instabilität und schneller Veränderung. Beweglichkeit wäre Garantie für Stabilität. Aktive Elemente wandern aus, sozial schwache bleiben zurück. Die Zuzügler sind häufig ebenfalls sozial Schwache, manchmal auch Personen, die an der Grenze zur Asozialität stehen. Zwar wandern auch wirtschaftlich aktive Kräfte zu, die man nicht ohne weiteres zu den Sozial-Schwachen zählen kann. Unter diesen befinden sich aber nicht selten Angehörige diskriminierter Minderheiten, die anderswo schwer Wohnungen finden (z. B. südländische Gastarbeiter), oder auch junge Ledige und junge Familien, die aber nur solange in dem sanierungsbedürftigen Gebiet zu bleiben beabsichtigen, bis sie in anderen Teilen der Stadt, z. B. weiter draußen, eine endgültige, ihren Ansprüchen genügende Wohnung finden... Die Bausubstanz der Gebiete verschlechtert sich meist rasch, da sich niemand findet, der zu ihrer Erneuerung investieren kann oder investieren will. Es bedarf deshalb des energischen Eingriffs durch die öffentliche Hand... Stadterneuerung ist also eine gebietsmäßig und zeitlich begrenzte Sozial- und Wirtschaftsreform... Das neue Städtebauförderungsgesetz muß also berücksichtigen, daß Stadterneuerung wissenschaftlich fundierte Sozial- und Wirtschaftsreform ist, die das Ziel hat, auf humane Weise im Niedergang befindliche Stadtgebiete in Stand zu setzen, sich in Zukunft wieder selbst zu regenerieren und sich in das wirtschaftliche und soziale Gefüge der Stadt, aus dem sie sich zu isolieren begonnen haben, gleichberechtigt einzufügen.“

WILHELM BÜRGLER (geb. 1914)

Baureferent in Kempten

### **Altstadtsanierung in Kempten im Allgäu.**

„Das Elend, das uns hier, wie in fast allen Altstadtkernen entgegentritt, ist die Folgerscheinung eines totalen Strukturwandels innerhalb eines knappen Jahrhunderts... Deshalb läßt sich die Altstadtsanierung wiederum nur durch eine Wandlung der Struktur mit baulichen Mitteln lösen, wobei die wirtschaftliche Belebung eine Grundvoraussetzung ist... Kempten ist aufgrund seiner geschichtlichen Entwicklung vor allem

durch die Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg arm an bedeutenden Baudenkmalern. Bei der Denkmalpflege im Zusammenhang mit der Stadterneuerung geht es deshalb weniger um einzelne wertvolle Bauten, sondern vielmehr um den Erhalt des typischen Stadtbildes, nämlich die Platzwände, die Baufluchten, die Hausumrisse. Dies gilt umso mehr, als die Altstadt im letzten Weltkrieg keine Schäden erlitten hat... Wenn der Raum um das Rathaus wieder das lebendige Herz der Stadt und nicht nur ein kommunales Verwaltungsghetto mit einigen mehr schlecht als recht gehenden Geschäften werden soll, muß auch eine Nord-Süd-Fahrverbindung durch die Altstadt geschaffen werden. Um dabei das gewachsene Stadtgefüge soweit als irgend möglich zu schonen, werden Teilstücke bestehender Straßen und Gassen herangezogen, auch um den Preis einer weniger zügigen Führung, wobei für die erforderliche Verbreiterung nur Bausubstanz abgebrochen wurde, die weder vom Objekt her noch für das Erscheinungsbild der Städte wertvoll war.“

WALTER BURGER (geb. 1911)

Büro für Restaurierungspraxis in Zürich

### **Der gegenwärtige Stadt der Altstadtsanierung und Denkmalpflege in der Stadt Zürich.**

„Eine bedeutende Hilfe zur Erhaltung der Züricher Altstadt war die Inkraftsetzung der ‚Bauvorschriften für die Altstadt‘ und der Denkmalschutzverordnung von 1962... Nach § 6 sind die Gemeinden berechtigt, auf dem Wege der Verordnung Vorschriften aufzustellen zum Schutze des Ortsbildes vor Verunstaltung und zum Schutze einzelner Plätze, Straßen und Bauwerke von geschichtlicher oder ästhetischer Bedeutung... Endlich wurde die bestehende Hausflucht als gültige Bauflucht erklärt. Damit wurde der Stadtgrundriss geschützt... Die nun auch in die Altstadt eindringende Citybildung führt zu einer Verfälschung, zu einer Vernichtung des einstigen wohn- und kleingewerblichen Charakters unserer Altstadt... Nach welchen Grundsätzen erfolgt die Beurteilung von Um- und Neubauprojekten? Zunächst darf darauf hingewiesen werden, daß es leider nicht immer die besten Architekten sind, die am meisten in der Altstadt bauen. Wir haben oft sehr große Mühen, Verständnis zu finden, für ganz einfache und selbstverständlich erscheinende ästhetische Lösungen. Im allgemeinen hat sich herausgestellt, daß wenn irgend möglich, der Umbau eines Gebäudes einem Neubau vorzuziehen ist. Für Neubauten gilt der eigentlich selbstverständliche Grundsatz, daß diese im Zusammenhang mit der Umgebung geformt und gestaltet werden sollen. Auf alle Fälle darf kein herausfordernder Kontrast angestrebt werden. Die heute modischen, brutalen Formen haben in der Altstadt nichts zu suchen... Vielmehr soll in einem befreundeten Kontrast gebaut werden, in einer eigenständigen Gegenwartsbauart, die in vertrauter Beziehung, in Wahlverwandschaft zum Altbestand steht... In der Regel kann dabei auch ein Altbau neu nachgebildet werden. Historisierendes Bauen, der pseudo-historische Ehrgeiz wird abgelehnt, und demnach gibt es auch keine Stilimitationen.“

LUDWIG WEGELE (geb. 1901)

Präsident der Deutschen Mozartgesellschaft und 1959 Gründer der Gesellschaft zur Erhaltung Alt-Augsburger Kulturdenkmale

### **Bürgerinitiative und Denkmalpflege, gezeigt am Beispiel Augsburg**

„Augsburger Bürger, die im Besitz denkmalgeschützter Häuser sind und diese restaurieren wollen, erhalten seit Jahren erhebliche Zuschüsse der ‚Gesellschaft zur Erhaltung

*Augsburger Kulturdenkmale, durch die sie vielfach erst in die Lage versetzt werden, ihr löbliches Vorhaben durchzuführen... Dabei sei eine besonders erfolgreiche Bürgeraktion hervorgehoben: am Elias-Holl-Platz, unter der gewaltigen Ostfront des Rathauses, steht eine Reihe vom Krieg verschonter, typischer Augsburger Altstadt Häuser mit gotischen oder vorgeblendeten barocken Giebeln und dem charakteristischen flachen Augsburger Erker. Die ganze Fassadenreihe war wieder in betrüblichem Zustand... Die Hausbesitzer wurden zur Renovierung aufgefordert und kamen dem Vorschlag, der von Zuschüssen der Gesellschaft unterstützt wurde, alle, man kann fast sagen mit Begeisterung nach, und so entstand hier, eingerahmt vom Rathaus und der schönen Giebelfront des Klosters Maria Stern, ein typisches Stück des alten Augsburg in beispielhafter Form wieder.“*

RUDOLF HILLEBRECHT (geb. 1910)

Stadtbaurat der Landeshauptstadt Hannover

### **Spekulationen über die Stadtentwicklung**

*„Ich habe die Wunschvorstellung, daß uns von dem alten Stadtbild und der alten städtebaulichen Grundstruktur, die beide in ihrer dreidimensionalen Charakteristik unlösbar miteinander verflochten sind, auch in Zukunft soviel wie nur irgend möglich, jedenfalls die charakterisierenden Elemente und charakteristischen Grundformen erhalten bleiben möchten... Daß zu meiner Prämisse nicht die museale Erhaltung des Stadtkerns um ihrer selbst willen gehört, ist hinzuzufügen... Nur rund 30 Jahre trennen uns vom Jahr 2000, die Spanne einer Generation, für die ein Modell der Stadtentwicklung konzipiert werden soll... Der eigentliche Unsicherheitsfaktor liegt aber im menschlichen Bereich. In Modellen früherer Zeiten – ob Leonardo da Vinci und Dürer oder Howard und Le Corbusier – wurden unveränderte menschliche Verhaltensweisen vorausgesetzt... Spätestens seit Jane Jacobs haben die aus dem Leben wachsenden und aus dem Wandel des Lebens sich verändernden Ansprüche des Menschen und die Beziehungen der Menschen in ihrer Direktheit – und nicht nur in einer auf Funktionen abstrahierten Indirektheit – wieder Geltung gewonnen. Auf sie zu reagieren, war und ist ureigene Aufgabe der Stadtbaukunst... Pointiert gesagt: wird die (rückläufige) Nachfrage nach unmittelbaren Informationen, Kontakten, Kommunikationen am Ort, also aus, in, mit der Stadt, d. h. ihrem Zentrum dann noch dessen Existenz rechtfertigen? Der ‚Verlust der Stadtmitte‘ wäre unter solcher Annahme die Folge, die sich bereits ankündigt: Verlust an Kontaktgelegenheiten, wie Kaffees, Kneipen, Klubs, Kinos, Kabarets und Kellerlokalen. Man könnte die Reihe der ‚K‘-Lokalitäten noch vermehren, so um die Kirchen in den Stadtzentren, für die die Nachfrage sich auf hohe Feiertage beschränkt. Der – aus vielen bekannten Gründen – bereits begonnene Prozeß der Entleerung der Stadtzentren, der gehaltlichen und räumlichen, bestätigt, daß die Spekulation also ernst zu nehmen ist... Dann steuern wir auf ein ‚stadtlose‘ Stadt zu, denn in meinen Augen ist das unabdingbare, das wichtigste Wesensmerkmal der Stadt ihre Mitte, ihre anschauliche, greifbare Mitte, die anzieht und ausstrahlt.“*

- 1973 Der aus seinem Bürgermeisteramt in den Ruhestand getretene Willy Oberdorfer gibt das Amt des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft ab. Zum neuen Ersten Vorsitzenden gewählt wird der Esslinger Oberbürgermeister **EBERHARD KLAPPROTH**. Umbenennung der Arbeitsgemeinschaft in **Arbeitsgemeinschaft für Stadtgeschichtsforschung, Stadtsoziologie und städtische Denkmalpflege e. V.** auf ihrer Mitgliederversammlung am 6. Juli 1973.

1974 Seit Jahren ist Frankfurt mit seinem „Häuserkampf“ in den Schlagzeilen. Das Westend, ein Gründerzeitviertel (heute eines der begehrtesten Wohngebiete der Stadt), sollte abgerissen werden. Bewohner und linke Gruppierungen wehrten sich. Drei Wochen vor der Städtetagung der Arbeitsgemeinschaft in Weissenburg/Bayern war es in Frankfurt am 27. Mai 1974 auch noch zu schweren Krawallen wegen einer angekündigten Fahrpreiserhöhung durch den Frankfurter Tarif- und Verkehrsverbund gekommen. Rund 2.000 Demonstranten blockierten die Straßenbahnschienen, die Polizei setzte Wasserwerfer ein.

Otto Borst und Eberhard Klapproth als Erster Vorsitzender tauschen sich aus, ob und gegebenenfalls wie während der Tagung darauf eingegangen werden soll. In seiner Begrüßungsrede vor zahlreichen Teilnehmern, Bürgermeistern und Pressevertretern trägt Eberhard Klapproth dazu vor:

*„Um es klar und einfach zu sagen: Was wir heute im Weichbild, im Herzen unserer Städte tun, kann morgen seine Rückwirkungen auf die politische Situation ganzer Regionen haben. Architektur ist nicht nur Stein und nicht nur Konstruktion, sondern auch Teil bestimmter sozial-psychologischer Haltungen und Entladungen. Wie immer auch die jüngsten Unruhen in Frankfurt im einzelnen zu interpretieren und zu analysieren sind: Sie haben uns gezeigt, daß zwischen Bauen und Wohnen, zwischen Planen und Niederreißen latente, ja gefährliche Zusammenhänge bestehen. Wer je glaubte, die Situation der historischen Stadt, die einen Baubestand von gestern oder vorgestern mit Gegenwartsbedürfnissen zu vereinbaren hat, mit den feinnervigen Fingern akademisch-ästhetischer Diskussionen angehen zu dürfen, hat spätestens jetzt umzulernen. Wenn sich je europäische Kultur im Gesicht unserer alten Städte widerspiegelt, ja sich hier überhaupt begreifen lässt, wenn je Geschichte nicht tönliche Antiquitätensucht, sondern eines der Hilfsinstrumente auf dem Wege zur politischen, zur menschlichen Emanzipation des Einzelnen ist – dann haben unsere alten Städte neben aller kommunalen Versorgung eine eminent kulturpolitische Aufgabe. Daß diese Aufgabe mit dem Instrumentarium der alten, der konventionellen Kommunalpraxis nicht mehr gelöst werden kann, ist klar. Aber wir wissen auch, daß das Gebilde ‚Stadt‘ im genauen Sinne des Wortes zerfahren und veruntreut wird, wenn nicht schleunigst und auf eine höchst unorthodoxe Weise alle diejenigen an einen Tisch gebracht werden, die in Sachen Stadterneuerung etwas zu sagen haben.“*



Eberhard Klapproth (1921-2010)

Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung vom 20. Juni 1974 gibt der Erste Vorsitzende den Beschluss bekannt, „die Begrenzung unserer Arbeit auf ehemalige Reichsstädte im oberdeutschen Raum zu sprengen und alle Städte mit wertvollem historischen Baubestand in der ganzen Bundesrepublik und in angrenzenden deutschsprachigen Gebieten einzuladen, bei unserer Arbeitsgemeinschaft mitzuwirken.“

Gleichzeitig werden die sog. **Weißburger Thesen** bekanntgegeben, Forderungen zur Altstadt-sanierung aus gemeinsamen wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen der Tagungsteilnehmer heraus.

- 1974 Im Verlag W. Kohlhammer erscheint im 1. Jahrgang die neue **Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege** als Halbjahresschrift unter der Schriftleitung von Otto Borst. Erste Mitherausgeber sind Hans Herzfeld, Rudolf Hillebrecht und Alexander Mitscherlich.
- 1977 Der bisherige als zu lang empfundene Vereinsname wird geändert in: **Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e. V.** Gleichzeitig entscheidet man sich für ein Vereins- und Zeitschriften-Signet.
- 1978 Umbenennung der Zeitschrift in **Die alte Stadt**, die ab dem 5. Jahrgang 1978 zudem als Vierteljahresschrift erscheint.

Bald erreicht die Zeitschrift eine Auflage von 800 Exemplaren. Bezieher sind Städte, Architekturbüros und Hochschulinstitute. Abonnenten, zu meist Hochschulbibliotheken, finden sich zudem in den Ländern Österreich, Schweiz, Dänemark, Finnland, Israel, Kanada, Australien, Japan und in den USA; dazu in den sozialistischen Staaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarn.

Erste Bewertungen erscheinen:

„Die Zeitschrift weist in ihrer ganzen Breite auf die Verpflichtung und Verantwortung gegenüber unserem historischen Erbe hin, weiß sich aber gleichzeitig den Herausforderungen der Gegenwart verpflichtet.“ (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte)

„Es wird einmal mehr deutlich, dass Gegenwart und Zukunft urbaner Entwicklung immer zugleich aus der Geschichte interpretiert werden müssen, will man sich nicht dem modisch-aktuellen in Politik und Verwaltung ausgeliefert sehen.“ (Deutsche öffentliche Verwaltung)

„Eine Zeitschrift, die zum Muss eines Planers gehört. Das Lesen ermöglicht Kritik an der eigenen Berufspraxis, führt unter Umständen zu einer fruchtbaren Relativierung der Bedeutung des beruflichen Handelns“ (Bausubstanz)



- 1980** Die *Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.* ist auf 76 Mitgliedsstädte angewachsen. Otto Borst berichtet:

*„Das Zusammenkommen von Theorie und Praxis, das Zusammen vor allem der wichtigsten, an Stadterneuerung mitarbeitenden Partner, dieses interdisziplinäre round table ist sicherlich das besondere und unverwechselbare Merkmal dieser Arbeitsgemeinschaft, die seit 1962 insgesamt 15 größere oder große Fachtagungen veranstaltet hat... mit insgesamt 2.470 Teilnehmern.“*

Im Archiv der Arbeitsgemeinschaft finden sich zahlreiche Briefe von Teilnehmern, die ihre Tagungseindrücke nicht nur in fachlicher Hinsicht schildern. Prof. Dr. Hermann Heimpel schreibt nach einer Tagung in Lüneberg u. a.: „Ich danke vor allem dafür, daß ich mich von einem Augenblick auf den anderen nach meiner Ankunft unter Gleichgesinnten habe zu Hause fühlen dürfen, das heutzutage nicht gerade selbstverständlich ist.“

Unter den Tagungsteilnehmern entstehen über die Jahre (soz. interkommunale) Freundschaften: Man besucht sich, tauscht sich auch im privaten Rahmen aus, verbringt mitunter sogar gemeinsame Urlaube mit Ehepartnerinnen und Ehepartnern, die sich ebenfalls auf den Tagungen kennenlernen konnten, da für diese stets ein sog. „Beiprogramm“ angeboten wurde – Führungen, Bus-Exkursionen in die nähere Umgebung, Konzerte. Und am ersten Tagungsabend findet man sich gemeinsam bei den festlichen Bürgermeister-Empfängen ein. So wurden die Fachtagungen auch zu gesellschaftlichen Ereignissen. Entsprechend gestimmt resümierte Otto Borst:

*„...daß das Aufeinander-Hören und das Gegenseitig-Gelten-lassen, daß das Betriebsklima in einem wissenschaftlich-öffentlichen Unternehmen wie dem dieser Arbeitsgemeinschaft das eigentlich Entscheidende ist. Es kommt sehr viel mehr auf das Sich-Verlassen-Können im Raum des Menschlichen an als auf das dritte Experten-Gutachten und das Figurieren in dieser oder jener Bezuschussungsliste... Freunde in der Person, und in der Sache: für die alte Stadt als ‚Sache‘ ist diese freundschaftliche gegenseitige Hilfe und Kontrolle eine Gewähr, die wiederum besser ist als mancher überraschende Bundeszuschuß. Wir haben sie nicht nur als Sache registrieren gelernt, die alte Stadt, sondern als Lebensraum lieben gelernt, wenn wir im Ravensburger, im weichem Lindenholz getüfelten Ratssaal einer unverdorbenen Spätgotik standen, wenn wir in Lüneburg in der Tenne eines unversehrten Patrizierhauses aus den Jahren vor dem Dreißigjährigen Krieg die Gitarren der Renaissance aufspielen hörten, wenn wir in Limburg zu später Stunde vom Dom herab in das Dunkel der Gassen tauchten, in den schimmernden Schatten ihres graphischen Dekors, wenn wir hier zu diesem kräftiggebrochenen Vorarlberger Stück ein köstlich hüpfendes Allegro aus Johann Christian Bachs D-Dur-Quintett hörten. Das ist deutsche Stadtkultur.“*

- 1984** Nach seiner Berufung als ordentlicher Professor für Landesgeschichte an die Universität Stuttgart überträgt Prof. Dr. Otto Borst die Aufgabe des Chefredakteurs der Zeitschrift *Die alte Stadt* 1987 an seinen wissenschaftlichen Lehrstuhlmitarbeiter **HANS SCHULTHEISS**.
- 1989** Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung treten zahlreiche Städte aus der ehemaligen DDR der Arbeitsgemeinschaft bei, die auf über 160 Mitgliedsstädte anwächst.

**1990** ULRICH BAUER wird zum neuen Esslinger Oberbürgermeister gewählt und folgt als Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Eberhard Klapproth nach.

**1992** 30. April bis 3. Mai 1992: Städtetagung in Weimar; erste Tagung in den neuen Bundesländern mit 346 Teilnehmern.

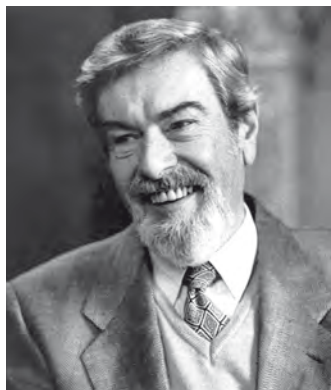
**1994** PROF. DR. AUGUST GEBESSLER übernimmt von Prof. Dr. Otto Borst das Amt des Geschäftsführers der Arbeitsgemeinschaft. August Gebeßler, von Haus aus Kunsthistoriker, hat nach dem Krieg in München Kunstwissenschaft, klassische Archäologie und Geschichte studiert. 1958 begann er seine Arbeit im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege, und von 1977 bis 1994 war er Präsident des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg. Während seiner beruflichen Praxis hat er sich voll und ganz den Belangen der Denkmalpflege gewidmet. Als Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft hat er fortan aber keineswegs nur die Denkmalpflege im Auge, sondern ist offen für andere Sichtweisen und Disziplinen, für andere Aspekte, die wichtig sind für die Gegenwart und Zukunft der alten Stadt. Sein Anliegen ist umfassend: die öffentliche Auseinandersetzung um Probleme, Gefahren, aber vor allem auch Chancen der alten Stadt. Seine außergewöhnliche Offenheit trägt wesentlich dazu bei, das Netzwerk zu erhalten.

Anlässlich des 70. Geburtstags von Prof. Dr. Otto Borst lädt Oberbürgermeister Ulrich Bauer am 1. August 1994 zu einem Empfang in den Bürgersaal des Alten Rathauses in Esslingen. Er überreicht dem Jubilar die städtische Bürgermedaille und führt in seiner Laudatio aus:

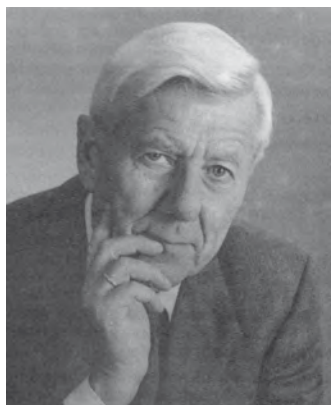
*»Daß es die Zeitschrift Die alte Stadt geschafft hat, sich im Pantheon der wissenschaftlichen Zeitschriften zu etablieren, ist zuerst Ihr Verdienst, ohne daß ich dabei die Beiträge und das Engagement von vielen hundert Autoren und Wissenschaftlern schmälern will... Daß es seit über 30 Jahren die Arbeitsgemeinschaft gibt, ist ebenfalls Ihnen zu verdanken. Sie sind einer der geistigen Väter, der Initiator. Ihr Anspruch – der Anspruch eines vielseitig begab-*



Ulrich Bauer



Prof. Dr. August Gebeßler (1929-2008)



Prof. Dr. Otto Borst (1924-2001)

*ten Menschen – war bei vielem maßgeblich und ist es bis heute... Sie haben ein Plattform geschaffen, auf der das komplexe Wesen Stadt mit all seinen Facetten hinterfragt, gedeutet und weiterentwickelt wird... Die Arbeitsgemeinschaft ist durch Sie mit Leben erfüllt worden, lebendig geblieben und auf rund 180 Mitgliedsstädte angewachsen.“*

**1999** Nach dem Rücktritt Ulrich Bauers als Esslinger Oberbürgermeister übernimmt sein Nachfolger **DR. JÜRGEN ZIEGER** das Amt des Ersten Vorsitzenden.

**2004** Die Arbeitsgemeinschaft beschließt die Auslobung des **Otto-Borst-Preises**. Im jährlichen Wechsel soll ein Preis für Wissenschaft und Sanierung vergeben werden: der „Wissenschaftspreis“ für herausragende Arbeiten, die an deutschsprachigen Hochschulen zu Themen der Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung eingereicht werden, der „Preis für Stadterneuerung“ für herausragende Sanierungsbeispiele in Altstadtensembles, die behutsam die historisch prägende Stadtsubstanz weiterentwickeln und zugleich dem Stadtcharakter gerecht werden.



Dr. Jürgen Zieger

**2005**



1. Übergabe des Otto-Borst-Preises für Wissenschaft auf der Internationalen Städtetagung in Freiberg/Sachsen 2005; v.l.: Prof. Dr. August Gebeßler, Prof. Dr. Johann Jessen (Juryvorsitz), Dr. Jürgen Zieger und die Preisträgerin Gudrun Christine Schimpf.

**2006**



1. Übergabe des Otto-Borst-Preises für Stadterneuerung auf der Internationalen Städtetagung in Esslingen 2006; v.l.: Prof. Dr. August Gebeßler, mit Urkunden die Preisträger aus Radebeul, Bautzen und Heidelberg, Dr. Jürgen Zieger und Rainer Bruha (Juryvorsitz).



Während der Herausgeber- und Redaktionskonferenz der Zeitschrift „Die alte Stadt“ 2005 in Freiberg/Sachsen; oben: Prof. Dr. Gerd Albers, Prof. Dr. Erika Spiegel, Prof. Dr. Johann Jessen; unten: Dr. Jürgen Zieger, Hans Schultzeiß, Prof. Dr. August Gebeßler.

**2006** Im 33. Jahrgung der Zeitschrift „Die alte Stadt“ zeichnen inzwischen als Mitherausgeber: **GERD ALBERS, HELMUT BÖHME, AUGUST GEBESSLER, FRIEDRICH MIELKE, JÜRGEN REULECKE, ERIKA SPIEGEL und JÜRGEN ZIEGER.**

Im Redaktionskollegium wirken mit: Prof. Dr. Harald Bodenschatz (TU Berlin), Prof. Dr. Dietrich Denecke (Universität Göttingen), Prof. Dr. Andreas Gestrich (Universität Trier), Prof. Dr. Tilman Harlander (Universität Stuttgart), Prof. Dr. Johann Jessen (Universität Stuttgart), Prof. Dr. Rainer Jooß (PH Schwäbisch Gmünd), Dr. Winfried Mönch (Suttgart), Prof. Dr. Ursula von Petz (RWTH Aachen), Volker Roscher (Architektur Centrum Hamburg), Prof. Dr. Joachim Schultis (Heidelberg), Prof. Dr. Dieter Schott (University of Leicester), Prof. Dr. Holger Sonnabend (Universität Stuttgart).

**2007** Prof. Dr. August Gebeßler gibt das Amt des Geschäftsführers nach 13 Jahren ab. Sein Wirken für die Arbeitsgemeinschaft würdigt der Erste Vorsitzende Dr. Jürgen Zieger mit den Worten:

*„Hier sah jemand neben aller notwendigen Theorie und Reflexion auch Praxis und Pragmatik als wichtige Schubkraft für Erhaltung wie für Stadtentwicklung an. Dies machte sich auch in August Gebeßlers Arbeitsstil bemerkbar, indem er die Schwerpunkte seiner Tagungsthemen niemals starr vorgab, sondern stets auch aus aktuellen städtischen Belangen und Notwendigkeiten schöpfte. Dabei hat er die Arbeitsgemeinschaft nicht nur mit seinem Engagement als leidenschaftlicher Denkmalpfleger inhaltlich profiliert, er vermochte es auch, das Vakuum zu füllen, das durch den Tod unseres Gründers Otto Borst im Jahr 2001 zu entstehen drohte. Schließlich, und dies ist in den Jahren seiner Amtszeit besonders hervorzuheben, hat er es geschafft, der Arbeitsgemeinschaft auch finanziell den Rücken zu stärken, indem er*

*in Zeiten knapper Haushalte unermüdlich für sie das Wort ergriffen, Mitgliedstädte und Fördermitglieder überzeugt und gewonnen und darüberhinaus Fördergelder eingeworben hat.“*

**2008** Die Aufgaben des Geschäftsführers, insbesondere die inhaltliche Ausrichtung der Städtetagungen werden einem *Wissenschaftlichen Kuratorium* übertragen. Berufen werden **PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, PROF. DR. JOHANN JESSEN, DR. ROBERT KALTENBRUNNER** und **PROF. DR. TILMAN HARLANDER**.

**2009** In Folge der kommunalen Finanzkrise durchforsten viele Städte ihre Ausgabenseite. In der Regel sind es die Stadtkämmerer, welche oftmals die Mitgliedsgebühren für die Arbeitsgemeinschaft entbehrlich halten. Dadurch sinkt die Mitgliederzahl auf ca. 100 Städte.

Vorstand, Hauptausschuss und wissenschaftliche Kuratoren diskutieren geeignete Maßnahmen, um diesem Trend entgegenzuwirken. Beschlossen wird die Streichung der bisherigen „Herbsttagungen“. Jährlich soll nur noch eine Tagung, die *Internationale Städtetagung* ausgerichtet werden. Auch das bisherige Begleitprogramm für Partnerinnen und Partner der Tagungsteilnehmer wird gestrichen, da dieses nun den städtischen Reisebewilligungen im Wege stehen könnte.

Diskutiert wird auch über einen neuen Vereinsnamen. Die Bezeichnung „Die alte Stadt“ – positiv besetzt in der Zeit der Altstadtsanierungswelle der 1970er und 1980er Jahre – erscheint für neue Mitgliederwerbungen zunehmend weniger attraktiv.

**2010** Auf ihrer Internationalen Städtetagung in der Mitgliedstadt Potsdam feiert die Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt e. V.“ ihr 50jähriges Vereinsjubiläum.

Umbenennung der Arbeitsgemeinschaft in *Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e. V.* und Vorstellung eines neuen Signets.

**2011** Im 38. Jahrgang erscheint die Zeitschrift ebenfalls mit neuen Titel *Forum Stadt*. Im Untertitel mit der Bezeichnung *Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung*.

Ausgabe 1/2011 widmet sich dem Schwerpunkt „Neue alte Stadt – 50 Jahre Netzwerk historische Städte e. V.“

WERNER DURTH in seinem Beitrag „Aufklärung, Diskurs und Widerspruch: 50 Jahre Die alte Stadt“:

*„Im Rückblick erscheint die Gründung der Arbeitsgemeinschaft in jenem Jahr 1960 wie eine historisch notwendige Reaktion auf einen Prozess der Modernisierung, der nach dem Ende der Phase des Wiederaufbaus eine neue Dynamik entfaltete und damals auch die noch verbliebenen historischen Stadtstrukturen zu verschlingen drohte, sofern diese nicht durch ihren pittoresken Charakter als Touristenattraktion lukrativ vermarktbar waren.“*

ERIKA SPIEGEL in ihrem Beitrag „Die alte Stadt: Eine Zeitschrift im Schnittpunkt von Vergangenheit, Zukunft und den Forderungen des Tages“:



„An den Themen, die in den einzelnen Heften behandelt werden, lässt sich relativ genau ablesen, welches jeweils die Fragen und Probleme waren, die die alten Städte vorrangig beschäftigten, welche Themen immer wieder auftauchen, welche Gewichtsverschiebungen erfahren, welche neu auf die Agenda kommen, welche aber auch weitgehend von ihr verschwinden. Insofern spiegelt die Zeitschrift auch ein Stück Zeitgeschichte wider.“

- 2011** **DIPL.-ING. JULIUS MIHM**, Baubürgermeister in Schwäbisch Gmünd, übernimmt von **DIPL.-ING. RAINER BRUHA**, Dezernent für Stadtentwicklung in Freiberg/Sachsen, den Juryvorsitz des alle zwei Jahre zu verleihenden Otto-Borst-Preises für Stadterneuerung.



**2012**



2012: Sitzung des Hauptausschusses von Forum Stadt e.V. im Ratssaal der Stadt Rottweil. Im Bild v. l.: Birgit Emberger (Finanzen), Bürgermeister Wolfgang Quante, Freinsheim (Schatzmeister), Simone Knoll (Referentin des Oberbürgermeisters) und Oberbürgermeister Dr. Jürgen Zieger (Erster Vorsitzender).



Podiumsdiskussion zum Tagungsthema „Kirchenräume neu denken“ auf der Internationalen Städtetagung von Forum Stadt e.V. in Rottweil am 10. Mai 2012.

**2022** **MATTHIAS KLOPFER** wird zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Esslingen gewählt. Von seinem Vorgänger Dr. Jürgen Zieger übernimmt er das Amt des Ersten Vorsitzenden von *Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.*

Neubildung des wissenschaftlichen Kuratoriums mit **PROF. DR. JOHANN JESSEN**, **DR. ROBERT KALTENBRUNNER**, **PROF. DR. HANS-RUDOLF MEIER**, **PROF. DR. KLAUS JAN PHILIPP** und **PROF. DR. CHRISTINA SIMON-PHILIPP**.

**2022** **PROF. DR. KLAUS JAN PHILIPP** übernimmt von Prof. Dr. Johann Jessen den Juryvorsitz bei der 10. Ausschreibung des Otto-Borst-Preises für Wissenschaft 2023. Der Jury gehören an: Prof. Dr. Laura Calbet Elias (Universität Stuttgart), Prof. Dr. Christina Simon-Philipp (Hochschule für Technik, Stuttgart), Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier (Universität Weimar) und Hans Schultheiß.



Matthias Klopfer

**2023**



10. Vergabe des Otto-Borst-Preises für Wissenschaft auf der Internationalen Städtetagung in Potsdam am 11. Mai 2023 an David Gripp, Carina Thomas und Maximilian Bräunel durch Prof. Dr. Klaus Jan Philipp (Juryvorsitz) und Matthias Klopfer (1. Vorsitzender Forum Stadt e.V.).

- 2023** Die *Zeitschrift Forum Stadt* erscheint im 50. Jahrgang. Als Mitherausgeber zeichnen inzwischen **HARALD BODENSCHATZ, TILMAN HARLANDER, JOHANN JESSEN, MATTHIAS KLOPFER, HANS-RUDOLF MEIER, ELISABETH MERK** und **JÜRGEN REULECKE**. Die Herausgeber- und Redaktionskonferenz beschließt in Potsdam die Herausgabe eines Jubiläumsheftes.

#### **Quellen und Literatur:**

Archiv des Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e. V.; *O. Borst*, Erhard Schrempp in memoriam, in: Jb. für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte 1971; *O. Borst*, Bericht über die zwanzigjährige Entwicklung und Wirksamkeit der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e. V., in: Die alte Stadt 7 (2/1980), S. 216-222; *E. Spiegel*, „Die alte Stadt“: Eine Zeitschrift im Schnittpunkt von Vergangenheit, Zukunft und den Forderungen des Tages, in: Forum Stadt 38 (1/2011), S. 39-50.

#### **Abbildungen:**

*E. Schrempp*: aus: *O. Borst*, Erhard Schrempp in memoriam, in: Jb. für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte, 1971, S. 78; *Eberhard Klapproth*: aus Archiv Forum Stadt e.V.; *Ulrich Bauer*: Stadtarchiv Esslingen StAE Fslg. 2160; *August Gebefler*: Archiv Forum Stadt e.V.; *Otto Borst*: Stadt Esslingen; *Jürgen Zieger*: Stadt Esslingen; *Matthias Klopfer*: Stadt Esslingen; *Preisverleihung Otto-Borst-Preis 2023*: M. L. Blümlein; alle anderen Fotos: Hans Schultheiß.

#### **Hinweis Archiv Städtetagungen:**

Eine Übersicht über alle Städtetagungen der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt / Forum Stadt seit 1974 (mit Tagungsorten, Tagungsthemen und Referenten) findet sich auf der Homepage der Arbeitsgemeinschaft unter: [www.forum-stadt.eu/start/Fachtagung/Archiv.html](http://www.forum-stadt.eu/start/Fachtagung/Archiv.html) [15.02.2024].

#### **Hinweis: Archiv Zeitschrift:**

Alle Zeitschriftenausgaben, älter als vier Jahre, finden sich als PDF zum freien Download unter: <https://forumstadtverlag.de/download/> [15.02.2024].

Ein Verzeichnis der Zeitschriftenbeiträge seit 1974 findet sich unter <https://forumstadtverlag.de/archiv/> [15.02.2024].

## AUTORINNEN / AUTOREN

### *Prof. Dr.-Ing. Uwe Altrock*

2006-2015 Leiter des Fachgebiets Stadtbau und Stadterneuerung an der Universität Kassel, seit 2015 Leiter des Fachgebiets Stadterneuerung und Planungstheorie. Davor Städtebaureferendar in Berlin, Tätigkeiten in der planerischen Praxis und bis 2006 Juniorprofessor an der BTU Cottbus und Vertretungsprofessor an der TU Hamburg-Harburg; Forschungsschwerpunkte: Leitung einer DFG-Forschungsgruppe zu aktuellen Stadterweiterungen, Großprojekten, Protest in der Stadtentwicklung, Praxis der Städtebauförderung, Zukunft der Städte sowie Baukultur und Rekonstruktionismus in Deutschland. Kooperationsprojekte mit Universitäten in China, Äthiopien, Ägypten und Kuba. Mitherausgeber des Jahrbuchs Stadterneuerung. Seit 2016 Dekan des Fachbereichs Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung an der Universität Kassel.

### *Prof. Dr. Harald Bodenschatz*

Stadtplaner und Sozialwissenschaftler; 1967-1972 Studium, 1978 Promotion, 1986 Habilitation; 1995-2011 Universitätsprofessor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin; heute ass. Professor am CMS der TU Berlin und Mitglied des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und der Planung in Weimar; Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Stadt.

### *Prof. Dr. Tilman Harlander*

Studium der Soziologie, Volkswirtschaft, Politikwissenschaft und Psychologie an der LMU München und FU Berlin; Lehr- und Forschungstätigkeit an verschiedenen Architektur- und Planerfakultäten in Aachen,

Dortmund und Lima; 1989-1997 Aufsichtsratsvorsitzender der Aachener städtischen Wohnungsgesellschaft GEWOG; 1997-2011 Professur für Architektur- und Wohnsoziologie an der Architektur fakultät der Universität Stuttgart; seit 2011 freiberuflich tätig; Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Architektur- und Wohnsoziologie, Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Wohnungspolitik; Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Stadt.

### *Prof. Dr. Hans Rudolf Meier*

Als Sen.professor Direktor des Internationalen Heritage-Zentrums IHZ der Bauhaus-Universität Weimar und Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs Identität und Erbe. 2008-2023 Professor für Denkmalpflege und Baugeschichte an der Bauhaus-Universität Weimar, davor Professor für Denkmalkunde und angewandte Bauforschung an der TU Dresden. 2008-1016 1. Vorsitzender des Arbeitskreises Theorie und Lehre der Denkmalpflege. A. o. Mitglied des BDA Thüringen. Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Stadt.

### *Prof. Dr. Klaus Jan Philipp*

Studium der Kunstgeschichte, Archäologie und Geschichte in Marburg und Berlin; Promotion über mittelalterliche Architektur in Südwestdeutschland; 1988-1990 freier Mitarbeiter am Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt a.M; seit 1989 als Professor am Institut für Architekturgeschichte der Universität Stuttgart tätig, von 2008 bis 2023 als Leiter des Instituts; 1996 Habilitation über Architekturtheorie und Architekturkritik um 1800 in Deutschland. Mitglied des wissenschaftlichen Kuratoriums von Forum Stadt e.V.

*Hans Schultheiß*

Studium der Germanistik, Geschichte und Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg; 1985-1989 wiss. Angestellter am Lehrstuhl für Landesgeschichte der Universität Stuttgart, 1991-1993 bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; 1994-2021 Stadthistoriker und Museumsleiter in Waiblingen. Als Theaterautor historischer Stoffe zweimal Arbeitsstipendien des baden-württembergischen Kunstministeriums sowie des Förderkreises Deutscher Schriftsteller für Uraufführungen; seit 1987 Chefredakteur der Zeitschrift *Die alte Stadt/ Forum Stadt*.

*Carina Thomas M.A.*

Studium der Architektur mit Schwerpunkt auf Cultural Heritage, History and Criticism an der TU München. Studienaufenthalte an der Università degli Studi di Ferrara (Italien) und dem Technion-Israel Institute of Technology. Otto-Borst-Preisträgerin für Wissenschaft des Jahres 2023. Seit 2023 in der Abteilung für Neubau-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen beim Landschaftsverband Rheinland tätig.

*Hier ertönten  
| schon Megahits,  
bevor es  
| Spotify gab.*

Hier spielt die Musik: Denkmale  
sind Orte für kulturelle Begegnungen.  
Wir helfen, sie zu erhalten.



Lassen Sie uns gemeinsam  
Denkmale erhalten!

Spendenkonto  
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400  
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG  
[www.denkmalschutz.de](http://www.denkmalschutz.de)



DEUTSCHE STIFTUNG  
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.